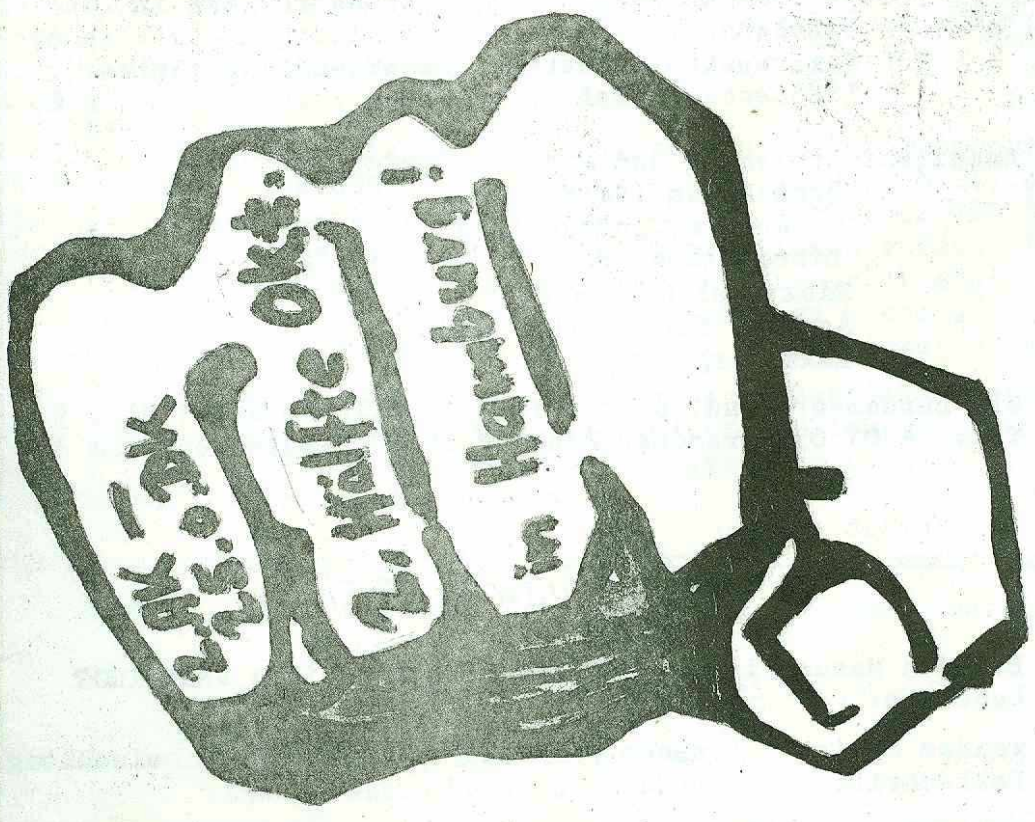
SDS

info 19

ZUR HOCHSCHULPOLITIK II



INHALT

Informationsreise nach Jordanien 3

Zerschlagt das bürgerliche Publikationswesen 4

Rote Zelle Germanistik gegründet 10

Resolution der Studentenschaften des Landes Baden Württemberg zur Zerschlagung der AStAs 12

Tübingen: Streikdokumentation 16

Mannheim: Zur Hochschulpolitik der SDS-Gruppe 26
Arbeitspapier zum AStA und vds 29

Freiburg: Sommersemester (Bericht und Dokumentation) 33

Kiel: Aktiver Streik und Einheitsfront 42
Was heißt revolutionäre Hochschulpolitik 43
Der Streik und die Ordinarien 46

Hamburg: Thesen zur aktuellen Situation 48

Köln: Von der Aktivierung des antiautoritären Kampfes zum Elend des Aktivismus 52
Rote Woche in Köln 57

Bonn: Zur Neukonstituierung des antirevisionistischen SDS 59
Kampf gegen das HS-Gesetz heißt Kampf gegen RCDS und DSU 60

Erlangen: Die Lehren aus dem Streik 62

München: Kritik an der bisherigen Institutspolitik und der Strategie der Hochschulrevolte in München 67
Vom re-aktiven Streik zum offensiven sozialistischen Kampf 69

Anzeigen: Erziehung und Klassenkampf 15
Broschüren (Palästina, Angola, Indonesien) 20
Libro Libre 48
Kiel: Reich, Dokumente 3
Agnoli, Kuron-Modzelewski, Luxemburg 58

SDS Bundesvorstand, 6 Frankfurt 1, Wilhelm Hauff Str. 5
Tel. 74 01 09, Dresdner Bank 28 24 27, Postscheck Ffm 316 07

MANUSKRIPTE

Bei den Manuskripten, die Ihr schickt, bitte UNBEDINGT beachten:

weißes Papier neues Farbband einzeilig einseitig
Perlschrift mind. 3 cm Rand

Schickt uns bitte von allem, was zweiseitig bedruckt ist (Infos, Flugblätter, etc.) jeweils mehrere Exemplare, um den Umbruch zu erleichtern.

Informationsreise nach Jordanien

Die erneute und lange verdrängte Diskussion um Vietnam, ausgelöst durch den möglichen Besuch zweier Vertreter der Revolutionsregierung Südvietnams, hat neben anderem eines ganz deutlich gezeigt:

Mit Organisationsdebatten, Arbeitsgruppenpluralismus und Selbstorganisationsparolen hatte diese Bewegung sich zwar eine erste dezentrale Organisationsform gegeben, sich aber abgesperrt von wichtigen globalen und internationalen Zusammenhängen und Bezügen, die ihr in der Konstitutionsphase, in der antiautoritären Identifizierung mit den Befreiungsbewegungen der dritten Welt, noch bewußt gewesen waren.

In dem Maße, in dem wir - aus unseren ersten Erfahrungen mit spontanen Massenaktionen gegen soziale Benachteiligung (Hannover, etc.) - nach zentralen Diskussions- und Aktionsebenen suchen müssen, auf denen die Bewegung der Schüler, Lehrlinge und Studenten sich zu einer Bewegung entwickelt, die auch andere gesellschaftliche Gruppen umgreift und vom Angriff auf partikulare Erscheinungsformen des Systems zum Angriff auf das System selbst übergehen kann, in eben dem Maße müssen wir uns über die Rolle der BRD im globalen Zusammenhang nicht nur theoretisch klar werden, sondern auch die imperialistische Gehilfenrolle der BRD in ihren Rückwirkungen auf Ideologie und Praxis unserer eigenen Gesellschaft praktisch aufzeigen. Das setzt jedoch eine neue Form der Diskussion mit den revolutionären Befreiungsbewegungen der dritten Welt voraus. So wenig der SDS seit dem Beginn der Pariser Verhandlungen noch Öffentlichkeit über die Ereignisse in Vietnam hergestellt hat, so wenig hat er auch öffentlich Notiz genommen von den Veränderungen in Palästina und Südamerika. Das hatte eine fatale Konsequenz: die revolutionären Befreiungsbewegungen degenerierten zu Gegenständen von spezialisierten Arbeitskreisen oder Sozialfürsorgern.

Die richtigen kritischen Bemerkungen auf der AK im April über konkreten Internationalismus blieben bis auf eine schmale Angola- und Indonesienkampagne konsequenzenlos. Wenn wir überhaupt den autoritären Staat auf der Ebene sozialer Sicherheiten angreifen wollen, müssen wir sowohl einen Begriff von Sozialrevolution in den Metropolen als auch Kriterien für Bündnispolitik haben: beides kann aus der Diskussion um die dritte Welt gewonnen werden.

Damit diese Diskussion nicht in spezialistisch-privatistischer Weise verkommt, sind einige SDS'ler (darunter ein Mitglied des BV) nach Palästina gefahren, um mit Vertretern der Al Fatah und der FPDLP zu diskutieren. Diese Gruppe wird sich erste Informationen verschaffen, um das Verhältnis beider Organisationen, ihre bündnispolitischen Kriterien, ihre ideologischen Differenzen beurteilen zu können. Ausführliche Beiträge werden dazu im Info oder in der nk geleistet werden müssen.

Daß die Vorbereitung dieser Reise unter einigen Geheimhaltungserfordernissen stand, hat eine adäquate Verbandsöffentliche Diskussion verhindert ; umso ausführlicher werden die Ergebnisse dieser Informationsreise diskutiert werden müssen.

SDS-BV

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Kiel bietet an: Wilhelm Reich, Sexualerregung und Sexualbefriedigung
für Genossen: DM 1.5o

Dokumente der Novemberrevolution; DM o.5o

Bestellen bei: Rote Skizze, z.Hdn. Egon Reich, 23 Kiel, Westring, Studntenhaus

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

SDS 2-10 (9

4

ZERSCHLAGT DAS BÜRGERLICHE PUBLIKATIONSWESEN!
(Diskussionsbeitrag zur politischen Funktion des Trikont-Verlages)

Der Marktmechanismus, der in der massenhaften Verbreitung linker Literatur seinen Ausdruck fand, entsprach nicht der in der spätkapitalistischen Gesellschaft gängigen Manipulation und Kreation von Bedürfnissen im Sinne des Profitinteresses. Vielmehr vollzog sich das Spiel von Angebot und Nachfrage wesentlich in umgekehrter Richtung. So reagierte das Profitinteresse auf ein schon vorhandenes Informationsbedürfnis, das durch die radikalen Aktionen und den weltweiten Durchbruch des Klassenkampfes geschaffen wurde. Dieser neuentstandenen Nachfrage wurde durch einen hohen out-put an linker Literatur Rechnung getragen. Die bürgerlichen Verlage publizierten massenhaft Texte, die ernst genommen ihren eigenen Untergang implizierten.

ZUR BILDUNGSGESCHICHTE

Eine solche Anpassung an ein entstandenes Marktbedürfnis entsprach keineswegs den Intentionen der SDS-Genossen, die 1967 den Verlag gründeten. Die ersten Bücher standen unter der unsere Politik bestimmenden Dritten-Welt-Kampagne (daher der Name), zum anderen unter der in Köln und München sich abzeichnenden Revisionismuskritik. Letztere wurde zu dieser Zeit wesentlich unter dem Aspekt des Verhältnisses der UdSSR und der Kommunistischen Parteien zu den Befreiungsbewegungen gesehen. So versuchte die erste Broschüre mit Guevaras Botschaft und Castros Rede vom 13 März dieses Verhältnis zu kritisieren. Die Verlagsarbeit war Teil unserer politischen Praxis. Wir verstanden uns als ein Kollektiv, das auf dem Campus, in den Vietnamkomitees und in den Schulen Aufklärungsarbeit leistete. Bis einschliessder Chinaanalyse Bettelheims waren alle Bücher zur Theorie der Befreiungsbewegungen und ihren Möglichkeiten geplant, bevor die bürgerlichen Verlage überhaupt daran dachten, in dieser Richtung zu publizieren. Dass die Bücher so spät erschienen, beruhte auf technischen und finanziellen Ursachen und hatte zur Folge, dass die geradezu hektische Variable im Informationsbedürfnis das Interesse an unseren Texten teilweise mit Recht schwinden liess.

In der Zeit von den Springer- bis zu den Notstandsaktivitäten lag der Verlag aufgrund der politischen Arbeit der Genossen de facto brach. Die jetzt auftretenden Probleme: Klassenkampf in der spätkapitalistischen Gesellschaft, Organisationsfrage, Aufhebung des abstrakten Internationalismus usw. mussten notwendigerweise auf die nun wiederaufgenommene Verlagsdiskussion zurückwirken. Die Konfrontation mit der hohen Produktivität in linker Literatur, die vor einem Jahr kaum einer vor dem Kommunismusvorwurf vertrieben hätte und mit gänzlich neuen Voraussetzungen, machten die politische Einordnung des Verlages problematisch. Jedenfalls hatte er als reines Aufklärungsinstrument zur Drittenweltproblematik seine Funktion verloren. Unsere Hilflosigkeit drückte sich zu der in dieser Zeit geplanten und auch publizierten Broschüre zur Mairevolte aus. So veranlasste uns die Unsicherheit in der Einschätzung der Pariser Ereignisse und der auf sie folgenden unterschiedlichsten Interpretationsmodelle zur Veröffentlichung der wenig anfechtbaren, mit der unmittelbaren Aktion im Zusammenhang stehenden Karikaturen. Vollends problematisch wurde der Verlag, als wir Ches tagebuch herausbrachten. Das Tagebuch wurde uns von Kuba unter der Bedingung angeboten, es einmal in kürzester Zeit erscheinen zu lassen und es zum anderen weder mit einem Vorwort noch mit einem Kommentar zu versehen. Wir entschlossen uns den Text zu publizieren und gerieten in einen nicht vorhersehbareb Zwangsmeschanismus. Unser Umsatz stieg von ca 15 000 DM im Monatsdurchschnitt auf 80 000 DM im August. Wir haben keine bedeutenden Verlagserfahrungen. Mit grober Phantasie versuchten wir den Betrieb zu bewältigen. Eine politische Diskussion fand kaum statt. Hinzukam eine allgemeine Kampagne gegen Trikont, die keineswegs politisch geführt wurde, sondern die uns absurde Verdienste unterstellte. Erst im Spätherbst begannen wir die Verlagsfrage politisch radikal neu zu stellen

5

ZUM PROBLEM REVOLUTIONÄRER LITERATURPRODUKTION

Idealtypisch hätte sich die Verlagsproduktion allen entscheidenden Phasen der oppositionellen Bewegung anzupassen. Damit ist nicht gemeint die unreflektierte Übernahme gängiger Theoreme und Informationen, sondern die kritische auf Organisation und Praxis zielende Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Stand des Klassenkampfes. Wie schwerfällig jedoch die Apparatur unsere Reaktionsfähigkeit machen kann, haben wir an der eigenen Geschichte erfahren. Dennoch scheint es uns notwendig, schematisch die Schwerpunkte in der Literaturproduktion seit Beginn der Studentenrevolte und des Vietnamprotestes festzumachen.

Durch den Protest gegen die amerikanische Agression wurde zum ersten Mal der Schleier, der die Zweiteilung der Welt in reiche und arme Länder verdeckt hatte zerrissen. Die Texte, die wir zu dieser Zeit veröffentlichten, leisteten vorallem Aufklärung, auch bei den Protestierenden, deren humanes Engagement durch das Aufzeigen imperialistischer Zusammenhänge politisch gewendet wurde. Ansatzweise zeichnete sich eine Revisionismuskritik im internationalen Rahmen ab.

Auf die zweite Phase, die Massenaktionen gegen Springer und die Notstandsgesetze waren weder die SDS-Verlage noch die Literaturproduzenten vorbereitet. Die in einem Stadium weitgreifender Mobilisierung notwendige massenhafte Verbreitung von Agitationsschriften wurde nur äusserst punktuell realisiert, etwa mit Negts Schrift zur Gewaltproblematik. Es muss möglich gemacht werden, dass wir in Zukunft technisch und finanziell auf entsprechende Mobilisierungen adäquat reagieren können.

Das durch die Aktionen und das Aufbrechen des Klassenkampfes im internationalen Rahmen entstandene allgemeine Informationsbedürfnis einer abstrakt politisierten Öffentlichkeit wurde durch die bürgerlichen und halblinken Verlage verwertet. Während wir in der zweiten Phase nicht adäquat reagierten, waren wir in der dritten überflüssig und unterschieden uns weder von Rowolth noch von der EVA.

Nach der Partikularisierung des SDS in Basis - und ad hoc Gruppen und der Forderung nach der Rekonstruktion einer sozialistischen Bewegung, ergeben sich folgende Schwerpunkte in der Produktion:

I Theoriebildung und Organisationsdebatte

Im Gegensatz zur bürgerlichen Verlagsproduktion geht es nicht darum Theorie als abstrakte Meinung zu publizieren, sondern mit dem Ziel ihrer Verwirklichung und ihres Umschlags ins Organisatorische. In einer Phase die betont aktionistischer Ausrichtung, sowie lokal, und überregional auftretendem Partikularismus gewinnt Theoriebildung zunehmend an Bedeutung. Sie ist garnicht aus der Organisationsdebatte herauszuhalten, sondern die revolutionäre Organisation lässt sich selbst erst aus einer Theorie der Revolution organisch entwickeln. Vermieden werden muss jedenfalls, das Theorie unvermittelt neben Aktionen gestellt wird, ohne klarzumachen, wie ihre Einwirkung auf jene gemeint ist: ein Vorgang, wie er mit den barock drauflosproduzierenden Nachdruckern einsetzte. Wesentlich spielte sich die abstrakte Theoriediskussion in den Publikationen halblinker Verlage ab. Deren Spektrum war weit genug, auch linke Kritik theoretischer, jetzt teilweise überholter Grundkonzeptionen der Bewegung aufzunehmen (Antworten auf Habermas und Marcuse) Es ist wahrscheinlich, dass die Theoriediskussion auf ihrer abstrakten Ebene weiterhin in bürgerlichen Verlagen veröffentlicht werden kann. Weniger wahrscheinlich ist das für die Frage ihrer Vermittlung zur Praxis, also für die Frage nach der Bestimmung einer sozialistischen Organisation. In diesem Bereich wird in Zukunft im wesentlichen der Schwerpunkt unserer Produktion liegen. Die in nächster Zeit publizierten Analysen und Darstellungen ausländischer Bewegungen in den hochindustrialisierten Ländern stehen allesamt unter diesem Aspekt. (Zengakuren - Entwicklung der Studentenbewegung zur sozialistischen Opposition, Black Panther - Organisationsmodell zur Überwindung der "rassistischen" Black Power, Saclay und Gramsci Aufsätze - zum Problem der Betriebsbasisgruppen). Das Aufweisen von Parallelerscheinungen muss notwendigerweise ergänzt werden durch eine Auseinandersetzung mit dem vor- und nachrevolutionären Revisionismus, zur Überwindung eigener Fehler. Die Revisionismuskritik muss auf zwei Ebenen geführt werden, einmal als Kritik der bestehenden Systeme und Parteien, zum anderen durch die Analyse revolutionärer Gegenmodelle in den sozia-

II Analyse
Die abstrakte Analyse der spätkapitalistischen Gesellschaft muss aufgehoben werden und ansetzen in konkreten Teilbereichen: Verwertungsfunktion der Institutionen, in denen oder gegen die revolutionäre Arbeit möglich ist (Schulen, Justiz, Bundeswehr), sowie Betriebsnalysen (Arbeitsdisziplinierung). Auch in diesem Bereich kann der Verlag zum Teil auf ausländische Arbeiten zurückgreifen. Falls die Analysen nicht unter III fallen haben sie sich im Rahmen einer Strategiediskussion auszuweisen. Mit der Entwicklung einer sozialistischen Organisation, deren Politik nicht mehr primär in der Hochschule liegt, ergibt sich in zunehmendem Maße die Notwendigkeit zur Publizierung von Agitationsschriften.
III Information
Wir haben die Information zu verbreiten, welche die halblinken Verlage aus politischen Gründen nicht veröffentlichen. Primäre Motivation für solche Publikationen kann auch hier nicht sein die Aufklärung eines uninformierten unspezifischen Publikums. Es geht vielmehr darum, den Genossen Argumentationshilfen im Rahmen bestimmter Kampagnen und Beiträge für unsere eigene Strategiediskussion und Organisationsdebatte zur Verfügung zu stellen. Darüberhinaus wird solche Aufklärung natürlich auch einen Stellenwert in der zu leistenden Politisierung auf breiter Ebene haben. Das kann aber bei der EVA und bei Rowolth weit effektiver gemacht werden. Unter diesem Gesichtspunkt hätten wir von einer Politisierung abzusehen.

ZUR LEGITIMATIONSFRAGE

Aus der Partikularisierung der politischen Aktivitäten ergibt sich im Augenblick die Bestimmung des Verlagsprogramms durch die Diskussion mit den arbeitenden Projekt-und Basisgruppen, sowie produzierenden Individuen. Soweit jene sich nicht als theoretische Zirkel verstehen, haben sie die praktische Relevanz ihrer Produktionen aufzuweisen, der Verlag hat als Instrument überregionaler Politik die Frage nach einer möglichen Verallgemeinerung zu beantworten. Gerade da die dezentralisierten Arbeitsgruppen eher pluralistisch nebeneinanderbestehen als fraktionell festzumachen sind, kommt dem Verlag in der politischen Verwertung von Druckprodukten eine wesentliche Entscheidung zu, die er unter dem Gesichtspunkt der Rekonstruktion einer sozialistischen Bewegung fällen wird. Diese Entscheidungsgewalt kann der Verlag in seiner jetzigen personellen Besetzung nicht in Anspruch nehmen. Er hat die Projekte einem politischen Beirat zu unterbreiten, der in der Bestimmung und auch in finanziellen und technischen Fragen mit dem Verlagskollektiv zu einer politischen Willensbildung gelangt. Der Beirat besteht aus Vertretern der Stadt - und Unibasisgruppen, die sich auf eine Kooperation mit uns geinigt haben. Er zieht auch Genossen ausserhalb Münchens und den SDS-BV mit ein. Wie sich eine Fraktionierung im SDS auf den Verlag auswirkt, ist abstrakt noch nicht aufzuweisen. Im Augenblick entscheidet sich das am konkreten Projekt. Die Bestimmung der Literarischen Produktion durch arbeitende "Gruppen" bedeutet nicht die Fetischisierung der kollektiven Arbeit, als zeitige sie per se sozialistische Produkte. Jedoch scheint es uns notwendig, daß die Individuen, die bei uns produzieren, in einen kollektiven politischen Diskussionsprozeß einbezogen werden. Die Produzenten haben Anspruch auf Einsicht in alle Verlagsvorgänge und die Kalkulation wird an Hand der einzelnen Projekte mit ihnen durchgesprochen.

ZUR INNENSTRUKTUR

Der Verlag soll, soweit möglich, vor allem den Genossen, die die entfremdete Arbeit leisten, die finaziellen Mittel zur Reproduktion geben. Grundlage für die Berechnung der auszuzahlenden Gelder ist nicht der "Qualifikationsgrad der geleisteten Arbeit - vielmehr richten sich die Entnahmen nach der Arbeitszeit und nach den persönlichen Bedürfnissen, soweit diese nicht unserem politischen Selbstverständnis zuwiderlaufen. Doch um

die Privilegierung und Arbeitshierarchie nicht nur formal, sondern auch inhaltlich, d.h. im Bereich der Arbeit selbst abzubauen, wird es notwendig sein, daß alle Mitglieder der Kooperative tendenziell das gleiche Quantum an bürokratischer Arbeit bewältigen und sich an der Projektplanung inhaltlich gleißermaßen beteiligen. Der Verlag ist aufgrund seiner notwendigen Verflechtung mit den Institutionen der spätkapitalistischen Gesellschaft alles andere als ein Freiraum. Außerdem sind die Bewußtseinsstrukturen sämtlicher mitarbeitender Genossen teils durch atomisierte Arbeit in kapitalistischen Betrieben, teils durch eine Unwilligkeit, verfestigte Privilegien aufzugeben, geprägt. Die rationlae Bewältigung der Bürokratie und die Entwicklung von Eigeninitiative bei der Projektbesprchung machen den Verlag zu einem Problem, das nur durch permanente kollektive Diskussion gelöst werden kann. Diese Diskussion muß das Medium sein für die Entfaltung der Individuen und die Entwicklung eines sozialistischen Verantwortungsbewußtseins für das Instrument Verlag. Versteht sich der Verlag nur im Zusammenhang mit einer sozialistischen Oppostion, so muß er die notwendige Freisetzung und Entlastung für politische Arbeit außerhalb des Verlagskollektivs garantieren.

Es soll darauf hingewiesen werden, daß wir ein finanziell verbindliches Modell entwickelt haben für den Fall, daß der Verlag mit Gewinn arbeiten sollte:

1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeitszeit. Die Höhe unterliegt allgemeiner Diskussion.
2. Erzielte Gewinne, soweit sie nicht zur Neuproduktion von Büchern verwendet werden, sollen politischer Arbeit zufließen. Die Diskussion über diese Zuwendungen wird der Beirat führen. Sie steht natürlich in Zusammenhang mit der Organisationsfrage.
3. Bei einer Auflösung der Verlagskooperative fällt das Auseinandersetzungsguthaben allen Mitarbeitern nach Arbeitseinsatz zu. Jedoch werden die Anteile nach oben hin begrenzt (im Höchstfall 1o.ooo DM) Der Rest wird politisch verwertet.

ZUM VERHÄLTNIS ZU OBERBAUM UND NK

Wir werden versuchen, die Kooperation mit den genannten Verlagen (evtl. auch anderen) zu verbessern mit der langfristigen Perspektive einer Zentralisierung. Ansatzweise Versuche einer Kooperation mit Oberbaum sind wahrscheinlich aus objektiven Schwierigkeiten beim Projekt Saclay gescheitert. Jedoch wird das weitere Schicksal der Verlage sich im wesentlichen durch die weitere Entwicklung des Verbandes bestimmen. Garantiert ist die Projekttransparenz zwischen den genannten Verlagen, eingeleitet werden soll eine intensivere Koordination in technischen Bereich sowie gemeinsame Buchprojekte. Wir unterstützen einen syndikalistischen Zusammenschluß der Autoren. Soweit jedoch die SDSler des "Autorensyndikats" weder die sozialistische organisatorische Perspektive dieser Vereinigung aufweisen, noch das Verhältnis zu unseren Verlagen politisch diskutieren, müssen wir das Syndikat als tradeunionistischen Interessenverband, der sich von zufälligen Geldzuwendungen leiten läßt, angreifen.

ZU DEN VERTEILERN UND LINKEN BUCHHANDLUNGEN

Aufgrund der zu hohen Auflagen sind wir in einige, wenn auch behebbare, finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die niedrige Auflagenziffer für unsere zukünftigen Projekte machen unsere Bücher etwas teurer. Diese Preise lassen sich nur durch eine forcierte Verbreitung der Organisationsausgaben unterwandern. Wir werden die Organisationsausgaben gegen Vorauszahlung bis zu 5o% billiger verkaufen; die Bestellung muß mindestens DM 5.- betragen.

DEMNÄCHST VERÖFFENTLICHEN WIR IM INFO BILANZ UND KOMMENTIERTE UMSÄTZE!!!!

VERLAGSKOOPERATIVE TRIKONT, 8 MÜNCHEN 8o
JOSEPHSBURGSTR. 16

8

UNTERSTÜTZT UNSERE NEUE PRODUKTION – KAUFT MASSENHAFT DIE ALTEN BÜCHER!

...Régis Debray: REVOLUTION IN DER REVOLUTION

...Vo Nguyen Giap: VOLKSKRIEG – VOLKSARMEE

...Debray, Castro, Mandel, Dutschke u.a.: DER LANGE MARSCH

...Le Chau: BAUERNREVOLUTION IN SÜD VIET NAM

...Bettelheim, Marchisio, Charrière: DER AUFBAU DES SOZIALISMUS IN CHINA

...Conrad Schuhler: ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE DER ARMEN WELT

...TRIKONTINENTAL Nr.8

...Ernesto Che Guevara: PARTISANENKRIEG – EINE METHODE
MENSCH UND SOZIALISMUS AUF KUBA

...HoChi Minh: GEGEN DIE AMERIKANISCHE AGGRESSION

...Forman, Carmichael, Guerin, Brown: NOW – DER SCHWARZE AUFSTAND

...Ernesto Che Guevara: BOLIVIANISCHES TAGEBUCH

...MERDE, Karikaturen zur Mairevolte

...Mehdi Ben Barka: REVOLUTIONÄRE ALTERNATIVE

Die Preise der obenstehenden Bücher sind aus dem beiliegenden Prospekt ersichtlich. Für die Organisationsausgabe geben wir 50 % Rabatt.

Die folgenden Bücher erscheinen demnächst:

A. Reihe "Schriften zum Klassenkampf" (bis Nr.7 "trikont aktuell" ab Nr. 8 unter der neuen Bezeichnung)

8: Spanien 1969 vgl. Frühjahrsprospekt

9: Jean Pesquet – Räte in Saclay
Antonio Gramsci – Räte in Italien
zu Pesquet: vgl. Frühjahrsprospekt
zu Gramsci: Beiträge zur Frage der vorrevolutionären Arbeiterräte (Basisgruppen) und zur Organisationsfrage. Die Parallelität zwischen der Turiner Okkupationsbewegung 1919 und dem französischen Mai 1968 wirft wichtige theoretische und praktische Diskussionspunkte für die revolutionäre Linke auf.

10: Tragt die Unruhe in die Bundeswehr. vgl. Frühjahrsprospekt

11: Klassenjustiz: vgl. Frühjahrsprospekt

12: Thailand entfällt!!!!!! Ersetzt durch:

Conrad Schuhler – Black Panther – Zur Konsolidierung des Klassenkampfs in den USA.

Das Buch gibt zunächst eine ökonomische Analyse des Rassenproblems als Klassenproblem; es geht ein auf die Ausbeutung der Ghettos und die Zerstörung der Identität ihrer Bewohner. Sehr wichtig ist der Abriß der Geschichte des Widerstands der amerikanischen Neger, der von der Kolonialzeit bis zum Entstehen der Black Power Bewegung

reicht. Eine Kritik an den mangelnden Perspektiven der Black Power Bewegung führt über zur Darstellung der Black Panthers, ihrer Organisation und Zielsetzung, nämlich der Bekämpfung des amerikanischen Systems auf Klassenbasis im Rahmen gut koordinierter Organisationen schwarzer und weißer Arbeiter.

13: Zengakuren vgl. Prospekt

14: Nordirland - vom Religionskrieg zur Organisierung der katholischen Minderheit auf Klassenbasis.

Die Ereignisse in Nordirland werden meist als Auseinandersetzung zwischen Protestanten und Katholiken auf ideologischer Basis dargestellt, wobei nicht erkenntlich wird, daß es sich um eine Bürgerrechtsbewegung der ökonomisch und politisch unterdrückten Katholiken handelt. Diese Bewegung hat im letzten Jahr durch die Impulse der nordirischen Studentenbewegung sozialistische Perspektiven angenommen. Außer diesem politischen Aspekt wird der ökonomische Status Nordirlands beleuchtet, der es zu einer englischen Kolonie macht.

15: Palästina - Theorie und Praxis des arabischen Widerstands.

Eine Selbstdarstellung der Motive und Kampfformen der arabischen Widerstandsorganisationen Al Fatah und Demokratische Befreiungsfront wird ergänzt durch die Analyse der imperialistischen Funktion des Staates Israel von Eli Löbel, der der sozialistischen Gruppe Matzpen in Israel angehört. Angedeutet wird die Perspektive einer künftigen Kooperation von Israelis und Arabern in einem sozialistischen arabischen Raum.

16: Zerschlagt die liberale Medizin (Arbeitstitel)
Das Buch versucht, anhand von Analysen der liberalen Medizin in Frankreich und in Deutschland deren Klassencharakter nachzuweisen. In einem System, in dem alles dem Profitinteresse unterfällt, bleibt die Medizin nicht ausgeschlossen. Ihre Funktion besteht in der möglichst wenig Kosten verursachenden Wiederherstellung von Arbeitskraft. Das aufgezeigte Problem kann jedoch nicht in der Kritik stehenbleiben, sondern hat Möglichkeiten einer revolutionären Medizin aufzuweisen.

17. Betriebsbasisgruppen in Italien.

Über die Praxis der Organisation von Arbeitern aufgrund von Forderungen, die die gewerkschaftlichen Inhalte transzendieren - sowie über die Notwendigkeit der Zusammenfassung solcher Arbeitsansätze in einer politischen Kampforganisation. Die Beiträge, die auch das Problem der Kooperation von Studenten und Arbeitern anschneiden, stammen von den Gruppen postere operaio in Pisa und Avanguardia Operaia in Mailand.

B. TRIKONT BÜCHER

Paolo Cinanni - EMIGRATION UND IMPERIALISMUS. Zur Politökonomie des Fremdarbeiterproblems.
Über die ökonomischen Ursachen und katastrophalen Folgen der Abwanderung von Arbeitskräften aus den rückständigen Agrargebieten der europäischen Peripherieländer in die hochentwickelten Staaten. Darstellung der Ausbeutungsmechanismen, denen die Fremdarbeiter in den "Gastländern" unterfallen. Im Vorwort wird eingegangen auf die Möglichkeit politischer Arbeit und Aufklärung unter diesen Arbeitern.

Frauenemanzipation I.
Texte zum theoretischen Bezugsrahmen des Problems sowie zur Darstellung von Theorie und Praxis der Frauenarbeit in verschiedenen hochentwickelten Staaten (Schweden Schweiz), in Entwicklungsländern (Algerien) sowie Kritik der ökonomistischen Emanzipationsansätze in der DDR. Modellcharakter der Umwandlung der Familienstruktur in China.

10

ROTZEG

Rote Zelle der Germanistik gegründet

Die ROTE ZELLE GERMANISTIK wird ein Bestandteil der neu zu gründenden Massenorganisation sein. Ihre Organisation kann daher nur im Zusammenhang mit den Aufgaben der Massenorganisation diskutiert werden.

In der Frage der Massenorganisation, die in ihrer ersten Etappe hauptsächlich aus Studenten bestehen wird, werden zwei falsche Positionen vertreten:

1. Die eine Position vertritt die Auffassung: "Wir müssen die Massenorganisation jetzt bilden, weil das Hochschulgesetz verabschiedet und damit die zentralen studentischen Organe zerschlagen werden." Diese Position tendiert dazu, die Aufgaben der Massenorganisation in der syndikalistischen Vertretung studentischer Interessen gegenüber der Hochschul- und Staatsbürokratie zu sehen und damit den Kampf an der Universität zu fixieren.

2. Die zweite Position vertritt das andere Extrem. Sie sagt: "Wir müssen die Arbeiterklasse organisieren. Deshalb ist der Kampf an der Universität anachronistisch." Dies ist eine falsche Konsequenz aus einer richtigen Einsicht. Aus zwei Gründen: 1. Im gegenwärtigen Vorbereitungsstadium des Klassenkampfes hat der Kampf an der Universität die Aufgabe, die radikale bürgerliche Intelligenz beständig zu mobilisieren und für ihre initiierende bzw. unterstützende Funktion im Klassenkampf vorzubereiten. 2. Der Klassenfeind ist durch die vielfältigen Vermittlungsinstanzen des Monopolkapitalismus so wenig als konkreter Gegner greifbar, daß der abstrakt festgehaltene Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, der nach wie vor in der Fabrik seinen brutalsten Ausdruck findet, sich nicht ausschließlich aus Betriebskonflikten entfalten läßt. Die Frage: Was ist Klassenbewußtsein? muß sich auf die Gesamtverfassung des proletarischen Lebens beziehen und neben der direkten Ausbeutung und Disziplinierung im Betrieb, neben den direkten Unterdrückungsinstanzen Bürokratie, Justiz, Polizei verstärkt auch die indirekten Unterdrückungsinstanzen Familie, Schule, Wohnverhältnisse, Ausbildung berücksichtigen. Veränderung des Kampfes an der Universität nach den Erfordernissen des Klassenkampfes kann deshalb nicht nur heißen, daß die Schulung studentischer Kader für die Betriebsarbeit vorangetrieben wird und noch mehr Genossen in die bestehenden Basisgruppen gehen. Die Arbeit an der Basis muß ebenso sehr unterstützt werden durch forcierte Anstrengung im Ausbildungssektor, durch den verstärkten Kampf in den Apparaten. Dies ist der Punkt, an dem die in der Massenorganisation arbeitenden Studenten die Transformation in eine sozialistische Massenorganisation leisten können: die Berufspraxis. Unter diesem Gesichtspunkt behält der Kampf an der Universität unvermindert strategische Bedeutung.

Durch unsere während des Streiks geführte Diskussion über eine revolutionäre Berufspraxis als Lehrer erhielt unsere Arbeit erstmals eine langfristige sozialistische Perspektive. Die ersten praktischen Schritte unserer Arbeit zeigten zugleich die Grenzen der anfänglichen Konzeption. Durch die Arbeit in Schulen während der Praktika wurde klar, daß sich zwischen der Parole "Lernt Pädagogik mit den rebellierenden Schülern" und der Parole "Erlernt euren Beruf im Klassenkampf" vorerst ein Abgrund auftat. Die Zusammenarbeit mit Schülern, die Versuche, Gegeninterpretationen für den Deutschunterricht zu entwickeln, zeigten die Grenzen der Bemühung, als Germanisten einen branchenspezifischen Beitrag zum Klassenkampf zu leisten. Eine strategische Perspektive konnte diese Arbeit erst gewinnen, als wir begannen, den gesamten Bereich der Ausbildung und Erziehung theoretisch zu reflektieren und die verschiedenen Ansätze der in diesem Bereich arbeitenden Gruppen in unsere Überlegungen mit einzubeziehen.

Im Organisationsseminar Lehrer/Schüler wurde versucht, diese Arbeit folgendermaßen zu leisten:

1. Wir diskutieren abstrakt sozialistische Sozialisationsmodelle: polytechnische Ausbildung, Erziehung im revolutionären China usw.
2. Wir zerstreuten uns in die einzelnen arbeitenden Gruppen im Ausbildungssektor: d. h. einzelne Genossen gingen zu den Jugendkommunen, Kinderläden, Ingenieurstudenten, Lehrlingen, PH-Studenten, Schülern, Lehrern und Referendaren, zu den ad-hoc-Gruppen der Math. Nat. Fak. und der Historiker. Einige Genossen haben begonnen, mit diesen Gruppen kontinuierlich zu arbeiten. Wie in der ersten Phase der Versuch gemacht wurde, theoretisch eine Gesamtstrategie für den Ausbildungssektor zu entwerfen, wird jetzt versucht, eine solche Strategie in der gemeinsamen Arbeit mit anderen Gruppen zu entwickeln.

In der Sektion Ausbildung und Erziehung, mit deren Aufbau die Rote Zelle Germanistik (ROTZEG) beginnt, werden zwei Hauptlinien verfolgt:
1. Ausdehnung der politischen Arbeit auf die Masse der zukünftigen Lehrer, die von der Mobilisierung und Politisierung noch unberührt sind oder tatenlos sympathisierend am Rande stehen.
2. Allmählicher Aufbau von Organisationsformen, die die Vorschul-, Grundschul-, Schülerzirkel- und Lehrlingsarbeit in die Basisgruppenarbeit mit einbeziehen helfen, wobei an eine mehr oder weniger enge Assoziation der Basisgruppen mit Schülerläden, Ärzteläden, Kindergärten etc. zu denken wäre. Beim Aufbau eines Gegenstudienplans ist daran gedacht, die Arbeit in diesem Bereich, d. h. die Arbeit in Basisgruppen und in der Produktion als Bestandteil des Studiums für Mitglieder der ROTZEG verpflichtend zu machen.

Wir glauben, daß zunächst folgende Schritte zur Gründung der Sektion Ausbildung und Erziehung unternommen werden müssen:
1. Zusammenfassung der vertreuten Initiativen im Ausbildungssektor
2. Klärung einer gemeinsamen Strategie
3. Arbeitsteilige Organisation in Projektgruppen auf Sektionsebene
4. Rücktransport der Sozialisationsproblematik in die Fächer und Konstituierung von weiteren Roten Zellen

STATUTEN DER ROTEN ZELLE GERMANISTIK

Mitglieder

I. Mitglied der ROTZEG kann werden, wer längere Zeit in einem Ausschuß mitgearbeitet hat. Die Aufnahme wird

durch einen Ausschuß vorgenommen. Das Plenum hat Vetorecht.

I. Jedes Mitglied ist zu folgendem verpflichtet
- in einem Ausschuß oder in einer Projektgruppe der Sektion ständig mitzuarbeiten
- Beschlüsse des Plenums als für sich bindend anzuerkennen
- seine Seminare und Prüfungen im Kollektiv zu organisieren
- einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von DM 5,-- (+ DM 4,-- für das Abonnement der Roten Presse Korrespondenz) zu entrichten.

III. Ausschließlich Mitglieder der ROTZEG sind berechtigt:
- in den Ausschüssen und im Plenum abzustimmen
- an nicht öffentlichen Sitzungen teilzunehmen
Nur sie können in die Organe der Massenorganisation delegiert werden.

Organisation

I. Plenum
Oberstes Beschluß- und Kontrollorgan ist das Plenum. In jedem Semester werden in einer Arbeitskonferenz die Perspektiven der Arbeit festgelegt. Das Plenum diskutiert und entscheidet über alle einzurichtenden Ausschüsse und Kollektive. Diese sind dem Plenum über ihre Arbeit Rechenschaft schuldig. Am Ende eines jeden Semesters legen sie dem Plenum schriftliche Arbeitsberichte vor, die diskutiert und ggf. veröffentlicht werden.

Das Plenum tagt einmal in der Woche in einer zweigeteilten Sitzung. In der ersten Hälfte werden die Institutspolitik und die Berichte der Ausschüsse diskutiert. In der zweiten Hälfte sollen politische Diskussionen zu bestimmten Themen geführt werden, die den strategischen Zusammenhang der ROTZEG mit der Gesamtpolitik garantieren.

II. Ausschüsse
Die Ausschüsse 1 - 3 haben die doppelte Funktion, das Studium ökonomisch zu gestalten und die theoretische Arbeit entsprechend den Bedürfnissen der politischen Organisation voranzutreiben. Sie richten dafür Studienkollektive, Tutorien und Schulungskurse ein. Studienkollektive werden eingerichtet für das Grundstudium, das Hauptstudium, Philosophikum, Staatsexamen und die Dissertation.

Diese Ausschüsse haben im Gesamtzusammenhang der Massenorganisation taktische Bedeutung. Ihre Aufgaben sind vor allem:
- Rekrutierungsfunktion: Erstsemesterarbeit
- Funktionalisierung der wissenschaftlichen (materiellen und intellektuellen) Ressourcen für den Klassenkampf: Forschungsaufträge an Dissertantenkollektive, Umfunktionierung von Lehrveranstaltungen, Institutspolitik, Schulungskurse
- Unterstützung und Absicherung zentraler Kampagnen (der Sektionen oder der Massenorganisation) im Fachbereich
- ökonomische Organisation des Studiums für die Genossen: Studienkollektive

Ausschuß 1: Basisarbeit im Institut (Arbeit mit Erstsemestern/SV/Kollektives Grundstudium)

Ausschuß 2: Unterlauft das Prüfungssystem (Kollektive Vorbereitung aufs Philosophikum/Kollektive Vorbereitung aufs Staatsexamen/Vorbereitung auf kollektives Referendariat/Einrichtung einer zentralen Kartei für Prüfungsthemen und Prüfungskontrolle)

Ausschuß 3: Studienorganisation und Schulung (Entwurf eines Gegenstudienplans/Dissertantenkollektive/Tutorien in offiziellen Seminaren und Beratung von Seminarkollektiven/Durchführung von Schulungskursen)

Die beiden folgenden Ausschüsse unterscheiden sich von den Ausschüssen 1 - 3 dadurch, daß sie sich direkt an strategischen Zielen außerhalb der Universität orientieren und die Gründung von Sektionen organisatorisch vorantreiben. Wir nennen sie daher Initiativausschüsse.

Ausschuß 4: Initiativausschuß für die Sektion Erziehung und Ausbildung
Der Ausschuß hat eine doppelte Aufgabe: a) Er muß die oben entwickelten Schritte in Richtung auf die Gründung einer Sektion Ausbildung und Erziehung unternehmen. Insofern löst er sich in absehbarer Zeit in das Plenum der neuen Sektion auf, b) er muß die Schüler- und Lehrerarbeit als den eigentlichen Praxisbereich der ROTZEG (zusammen mit den ad-hoc-Gruppen der Schulfächer und PH) weiterentwickeln. Insofern löst er sich in die spezielle Projektgruppe "Lehrer, Schüler" der Sektion Ausbildung und Erziehung auf.

Ausschuß 5: Initiativausschuß für die Sektion Agitation und Propaganda. (Da in diesem Bereich kaum praktische Ansätze vorhanden sind, die Entwicklung dieses Sektors jedoch von strategischer Bedeutung ist, werden hier nur einige vorläufige Überlegungen mitgeteilt.)
Der Ausschuß hätte zwei Aufgaben: a) die publizistischen Arbeiter (Journalisten, Schriftsteller, Schauspieler, Werbefachleute etc.) zu organisieren und zwar mit dem Ziel, daß b) in allen Praxisbereichen sowie von einer Zentrale aus sozialistische Agitation und Propaganda entfaltet wird.

Die ROTE ZELLE als Organisation hat sowohl Erziehungs- als auch Schutzfunktion. Sie soll uns helfen, unsere bürgerliche Neigung zur Liberalismus und Individualismus zu bekämpfen. Sie soll verhindern, daß wir vereinzelt der Verfolgung durch den Staatsapparat, der Gefangennahme bei Aktionen, der Disziplinierung in den Institutionen ausgesetzt sind.

Wir werden dann sehen, daß politisch organisierte Arbeit nicht nur notwendig, sondern auch befreiend ist.

Aus: Rote Presse Korrespondenz
1 Berlin 30
Eisbrener Str. 14

12

RESOLUTION DER STUDENTENSCHAFTEN DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG ZUR ZERSCHLAGUNG DER ASTEN, ZUM ORDNUNGSRECHT UND ZU DEN MAßNAHMEN DES KULTUSMINISTERIUMS ZUR DURCHSETZUNG DES HOCHSCHULGESAMTPLANS.

Nach vergeblichen Versuchen, die Studentenbewegung durch Polizeieinsätze und Justizverfahren einzuschüchtern, wird nun der zweite Schritt in der Generaloffensive des autoritären Staates eingeleitet: Die legalistische Disziplinierung der einzelnen politischen Studenten durch das Ordnungrecht und die Zerschlagung der ASTAs, als Zentren der Organisation des Widerstands, deren Apparat auch für die Koordinierung der politischen Arbeit außerhalb der Universität zunehmend wichtig wurde.
Die Integrationsversuche, die mit den Grundordnungen versucht wurden, finden in Ordnungsrecht, und Zerschlagung der ASTAs ihre konsequente Fortsetzung. Alle diese Maßnahmen sind notwendige Voraussetzung dafür, den Ausbildungssektor endgültig den Interessen derer dienstbar zu machen, die über das Kapital verfügen. Die Studenten sollen vereinzelt werden, Widerstand leistende Einzelne sollen relegiert werden. Damit ist die Hochschulrevolte in ihre entscheidende Phase getreten.
Gelingt es ihr nicht, diesen Angriff abzuwehren, bzw. in der Abwehr dieses Angriffes neue legale und subversive Organisationsformen zu entwickeln, dann verliert sie auch ihre Initiativfunktion für die Organisation des Kampfes gegen kapitalistische Macht und Herrschaftsverhältnisse.
Im Rahmen dieser allgemeinen Strategie der Herrschenden Klasse hat sich Baden-Württemberg mit seinen jüngsten Kabinettsentscheidungen an die "Spitze der Hochschulreform" gestellt. Der organisierte Diskussions- und Entscheidungszusammenhang an den Hochschulen, den die politischen Studenten dadurch herstellten, daß sie Studentenparlament und AStA zu Gegeninstitutionen machten, wird aufgelöst. Diese Maßnahme tarnt sich vergebens liberal: "anstelle der Zwangskörperschaft sollten freiwillige Zusammenschlüsse treten. Die bisherigen Zwangsbeiträge sollten durch freiwillige Leistungen der Studenten ersetzt werden und eine staatliche Förderung für die Gruppen eintreten, welche die freiheitliche demokratische Grundordnung bejahten" (Filbinger) Damit wird die Verwendung der Mittel der Selbstbestimmung der Studenten entzogen und der Entscheidung des Staates unterworfen.

Für die sozialistischen Studenten soll an dieser Universität kein Platz sein." Wenn die gegenwärtige Krise der Hochschulen überwunden werden soll, wenn die mit dem Geld der Steuerzahler errichteten Universitäten als Lehr- und Forschungsstätten erhalten bleiben und Lehrkräfte vor der Abwanderung bewahrt werden sollen, dann müssen sich Hochschulen und Staat gemeinsam gegen ständige Rechtsverletzungen und sytematische Zerstörung zur Wehr setzen."(Filbinger) Die Krise der Universität besteht in der sozialistischen Studentenbewegung, die eine Gleichschaltung der Universität hemmt. Ihre Beseitigung ist eine "schlichte Notwendigkeit und bare Selbstverständlichkeit", wenn sie nicht zur Krise der kapitalistischen Herrschaft selbst werden soll.

Wenn die parlamentarisch-pluralistischen Vertretungen der Studentenschaften von gewählten linken Studenten geführt werden, dann werden - im Widerspruch zu der pluralistischen Ideologie - diese Vertretungen abgeschafft.

Wer das Ordnungsrecht übersteht, wird reif für die Planung des Kapitals im Ausbildungsbereich. Deren Instrument ist der Hochschulgesamtplan. Der Hochschulgesamtplan der Landesregierung Baden-Württemberg stellt das in der Planung fortgeschrittenste Modell technokratischer Hochschulreform dar. Sein erklärtes Ziel ist die Anpassung der Hochschulen an den "Bedarf der Gesellschaft", der bestimmt wird durch die Bedürfnisse des Staates und der Industrie. Die Bedürfnisse des Staates, insbesondere an Lehrern, sind wiederum bestimmt durch die staatliche Bildungspolitik, die den Bedarf der Wirtschaft an ausgebildeten Fachkräften und verwertbaren Forschungsergebnissen decken soll. Die Rentabilität dieser Bildungsplanung soll zugleich den Effekt optimaler Anpassung und Disziplinierung erzeugen.

Gemäß dem Bedarf der Wirtschaft erfolgt eine Schwerpunktverlagerung auf die naturwissenschaftliche Ausbildung und Forschung. Fächer, die kritisches Wissen ausbilden, werden aufgelöst (Geschichte) bzw. in spezielle Verwaltungsstudiengänge eingegliedert (Soziologie).

Mittel der Lenkung der Studenten gemäß den dem Bedarf angepaßten Kapazitäten sind:
Numerus Clausus,
die Einrichtung einer zentral koordinierten Bildungsberatung,
obligatorische Eignungstests.
Damit wird die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Studien- und Berufswahl außer Kraft gesetzt.

Die Ausbildung selbst wird strikt von der wissenschaftlichen Forschung abgeschnitten und auf feste Berufe ausgerichtet. Das Studium wird generell verkürzt. Neben den verkürzten Normalstudiengängen werden neue Kurzstudiengänge eingeführt und schon bestehende Kurzstudiengänge weiter ausgelastet.

Mittel der Studienzeitverkürzung sind:
Beschränkung des Stoffs,
vom Kultusministerium oktroyierte Studienpläne,
ein rigides Prüfungssystem zur Ablenkung in die Kurzstudiengänge,
Auslastung der vorlesungsfreien Zeit (Kompaktkurse),
Bildung kleiner Arbeitsgruppen mit vorgeschriebenen Inhalten, die von Tutoren geleitet werden, auf deren Ernennung die Studenten keinen Einfluß haben.
die Verkürzung des Studiums und die Berufsspezialisierung der Ausbildung zur Herstellung angepaßter "Halbfabrikate" ist die Hauptforderung der Industrie an die Bildungsplaner. Diese Forderung wurde auch wieder im Jahreswirtschaftsbericht des Bundes Deutscher Industrieller (BDI) erhoben.

Der Hochschulgesamtplan zementiert den hierarchischen Aufbau des Hochschulbereichs. Die Universitäten sollen zugunsten der Forschung einer kleinen Elite von den Aufgaben der Ausbildung entlastet werdnn. Kurzstudiengänge werden deshalb verlagert auf Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen, die durch den

Zugang über eine neue einzurichtende Fachhochschulgebundene Fachhochschulreife und in ihrem rechtlichen Status unterprivilegiert bleieben. Forschungsaufgaben und damit eine Verwissenschaftlichung ihrer Ausbildung werden den Pädagogischen Hochschulen und Ingenieur- bzw. Fachhochschulen vorenthalten. Ein großer Teil der Abiturienten, der bisher Zugang zu den Universitäten hatte, wird auf die Pädag.Hochschulen und Fachhochschulen abgedrängt.

Diese "differenzierte" Hierarchie des Hochschulbereichs, die vor allem nach unten durchlässiger werden soll, die Einpassung in ein hierarchisches Leistungssystem von Kurzstudiengängen, verkürzten Normalstudiengängen und in ein einer angepaßten Minderheit vorbehaltenes Aufbaustudium, die permante Leistungskontrolle innerhalb vorgegebener Ausbildungs bildungsinhalte trainieren auf die Leistungs- und Befehlshierarchie in den Betrieben, in der Schule und im Staatsdienst.

Insbesondere die Ermächtigung des Kultusministeriums, Lehrpläne festzulegen, schafft ein Instrument flexibler Anpassung an den jeweiligen Bedarf der Wirtschaft. Rational wäre diese Anpassung nur, in einer Gesellschaft, die demokratisch über Ziele und Inhalte ihrer Produktion verfügt. Der Hochschulgesamtplan aber leistet nur die Anpassung an die Profit- und Herrschaftsinteressen des Kapitals. Für die Studentenbewegung bedeutet die Realisierung des Hochschulgesamtplans den Versuch, die Studenten in einem reglementierten Studium und in einem Leistungssystem zu vereinzeln, der die Organisation kollektiver Solidarität verhindern soll.

Die Studenten haben sher lange versucht, durch konstruktive Vorschläge Teilnahme an Anhörungen vor den parlamenten, Mitarbeit in universitären Ausschüssen ihre Interessen in die Hochschulgesetze einzubringen.

Diese Bemühungen mußten scheitern.

Ordnungsrecht und Technokratische Hochschulreform werden verabschiedet, die Disziplinierung der AStAs wird durchgesetzt werden. Die politische Disziplinierung der Universitäten wird durch die systematische Trennung von Forschung und Lehre, die Verschärfung des Leistungsdrucks und der Konkurrenzmechanismen unter den Studenten als Individualisierung vorangetrieben werden.

Studentischer Widerstand heißt:

Die Organisierung der kollektiven Ausbildung für außeruniversitären, antikapitalistischen Kampf in der Universität, sowie die Organisation dieses Kampfes als Teil des Studiums in Zusammenarbeit mit Schülern, Lehrlingen und Arbeitern.

Die Studenten Baden-Württembergs werden sich je nach den spezifischen Bedingungen an den Universitäten, Technischen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Ingenieurschulen den Aktiven Streik erkämpfen.

Aktiver Streik an diesen Ausbildungsinstitutionen wird sich in folgenden Schwerpunkten konkretisieren:

- Ausbildungssektor
  Die Studenten der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, die sich auf die Arbeit in den Schulen vorbereiten, werden zusammen mit den Schülern die Bedingungen für den Kampf an den Schulen analysieren, entsprechende Studienpläne erarbeiten undmit den Schülern die unmittelbaren Auseinandersetzungen an den Schulen vorantreiben.

- Kampagnen gegen die Forschung für den Krieg, die Arbeit an den naturwissenschaftlichen Fakultäten, den THs und Ingenieurschulen.
  An den wissenschaftlichen Instituten betreiben Professoren und Assistenten Forschung, deren Ergebnisse unmittelbar für die militärische Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt eingesetzt werden. Diese Forschungen werden offengelegt und verhindert werden. Sie sind das Modell von Herrschaftswissen, das gegen die praktische Befreiung der Gesellschaft gerichtet ist.

  Die Studenten dieser Fächer werden in der Bestimmung ihrer Berufsperspektiven, in den Betrieben, während ihrer Praktika die Zusammenarbeit mit Lehrlingen und Arbeitern aufnehmen. Sie werden durch die Mitarbeit in den Betriebsbasisgruppen die Rekonstruktion des Klassenkampfes unterstützen.

- Soziale Projekte
  Psychologen, Soziologen, Juristen, Sozialarbeiter und Kindergärtnerinnen werden die Einrichtung antiautoritärer Kindergärten vorantreiben; sie werden die Arbeit mit den Lehrlingen in den Jugendheimen intensivieren, Wohnheimstreiks organisieren und Mieterkampagnen führen.

Politischer AStA

Wenn der Staat die öffentlich-rechtlich verfaßten Studentenschaften und die AStAs abschafft, weil sie zu politischen Organen der Protestbewegung geworden sind, werden die Studenten ihre Institution politisch verteidigen:

- Die Räume des AStA werden weiterhin benutzt und gegen die staatliche Räumung praktisch verteidigt.

- Zur technischen und öffentlichen Zentralisierung der einzelnen Projekte und Basisgruppen wir d ein Politischer AStA organisiert. Dieser Politische AStA wird entweder bei eigenen AStA-Wahlen oder über die Basis- und projektgruppen finanziert werden. In Hochschulen, in denen der AStA keine politische Funktion hat, muß sich die Arbeit stattdessen auf die politischen Basisgruppen konzentrieren. Anders als eine Studentengewerkschaft könnte der Politische AStA ohne bürokratischen Verschleiß öffentliche Funktionen wahrnehmen und die materielle Basis organisieren, ohne seine Aufgaben aufeine syndikalistisch bornierte Interessenvertretung der Studenten zu beschränken.

  Der Politische AStA ist eine institutionelle Stütze des praktischen Organisationsprozesses, ohne selbst zur inhaltsleeren Organisation zu werden.

Im Aktiven Streik sind die Aufgaben der Semesterferien und des Wintersemesters zu bestimmen:

- Für die Ferien sind im Rahmen des Bundestagswahlkampfes die Projekte für die umliegende Provinz vorzubereiten. Das Schwergewicht muß dabei auf der Organisierung von Lehrlings- und Schülergruppen liegen, die in Zukunft Kontakt mit den Hochschulstädten halten. Speziell muß eine Kritik an der DKP geleistet werden.
- Für das Wintersemester sind die Projektansätze so zu organisieren, daß sofort zu Beginn des Semesters eine offensive Kampagne gegen die technokratische, elitäre Ausbildungskaserne geführt werden kann.

Generell muß das Verhältnis von Studentenrevolte und allgemeiner politischer Widerstandsbewegung, besonders in Bezug auf eine antiautoritäre Lehrlings- und Jungarbeiterbewegung an den einzelnen Inhalten geklärt und organisatorisch gewendet werden.

AStA der PH Reutlingen
AStA der TU Karlsruhe
AStA der Staatl. Ingenieurschule Karlsruhe
ASTA der HfbK Stuttgart
AStA der Uni Freiburg
AStA der PH Heidelberg
AStA der Uni Heidelberg
AStA der Staatl. Ingenieurschule Ulm
AStA der Staatl. Ingenieurschule Konstanz
AStA der Staatl. Ingenieurschule Reutlingen
AStA der PH Freiburg
AStA der Uni Konstanz

Verband Deutscher Studentenschaften (vds) Bonn
Basisgruppen der baden-württembergischen Universitäten
Pädagogischen Hochschulen und Staatl. Ingenieurschulen

E R Z I E H U N G und K L A S S E N K A M P F

deren Geschichte mit einer relativ vollständigen Bibliographie unterschlagener, verbotener und verbrannter Bücher zur revolutionären sozialistischen Erziehung.

erschienen in der Reihe: ANLEITUNG FÜR EINE REVOLUTIONÄRE ERZIEHUNG
herausgegeben vom Zentralrat der Sozialistischen Kinderläden
Westberlin
Berlin 1969

zu beziehen über: Barbara Wolff, 1 Berlin 30, Regensburgerstr. 5a

Das ist die erste und bisher beste Bibliographie! Preis 5.-DM

BESTELLT MASSENHAFT! BESTELLT MASSENHAFT! BESTELLT MASSENHAFT!

kontrolliert das Studentenwerk?

Wir können es doch unmöglich dulden, daß die linken Studenten, nachdem sie nun schon den ASTA übernommen haben, auch noch das Studentenwerk unter ihren Einfluß bekommen. So propagierte Rektor Raiser seine Politik angesichts der von den Staatsschergen in Stuttgart bereits beschlossenen Zerschlagung der studentischen Selbstverwaltung. Repräsentativ für die Praxis der Bürokraten gegenüber der von Studenten artikulierten Interessen enthüllt Raiser hier, daß er die öffentlichen Einrichtungen als Privatbesitz der herrschenden Minderheiten betrachtet.

Einsichten, die uns täglich klarer werden

Wie der Eigentümer mit seinem Besitz, so kann der Staat mit seinen Institutionen tun was er will. Verfassung, demokratische Legitimationen und Satzung haben die Aufgabe, diese unbeschränkte Verfügungsgewalt im Bewußtsein der beherrschten Massen zu verschleiern - sie werden in dem Moment kurzerhand über Bord geworfen, wo sie zu stören beginnen, wo die Betroffenen diese Verschleierung durchschauen und ihre in Paragraphen kodifizierten Rechte gegen die staatliche Macht wenden.
Solange der ASTA "brav" ist, darf er frei gewählt werden, und seine Politik selbst bestimmen; sobald er Initiativen entfaltet, die sich der obrigkeitlichen Kontrolle entziehen, wird er per "Novellierung der Gesetze" zerschlagen. Solange das Studentenwerk ausschließlich dazu dient, die bürgerlichen Privilegien der Studenten abzusichern und damit die Klassentrennung zu zementieren, dürfen studentische Vertreter paritätisch im Beirat mitbeschließen. Kein Einwand gegen eine dementsprechende Satzung. Sobald aber diese Studenten damit beginnen, eigene Initiativen zu entfalten, die sich der gewünschten antisozialen "Sozialpolitik" widersetzen, wird die Satzung kurzerhand übergangen.

Die Satzung des Studentenwerks wurde angefertigt in einer Zeit, als niemand ahnen konnte, daß Studenten - Kinder der Bourgeoisie - den revolutionären Kampf gegen bourgeoise Produktionsverhältnisse vorantreiben würden; diese Satzung sieht vor, daß das entscheidende Gremium, der Beirat, von sieben Vertretern der Studentenschaft, sieben Vertretern der Universität + Stadtverwaltung sowie zwei "Vertretern des öffentlichen Lebens" gebildet wird. Der Beirat wird von der Mitgliederversammlung des Vereins gewählt, Mitglied kann jeder für fünf DM Jahresbeitrag werden. Auf der letzten Mitgliederversammlung mußte der Beirat neu gewählt werden. Die zufällig anwesenden Mitglieder waren in der Mehrheit Studenten, (da die bürgerlichen Mitglieder kein Interesse an den Angelegenheiten eines Vereins haben - wohl wissend, daß die Universitätsbürokraten (Raiser, Lebsanft) "die Sache schon machen"). Folglich wählten diese Studenten die ihnen genehmen Personen in den Beirat, so daß zu den satzungsmäßigen sieben Studentenvertretern auch einer der beiden weiteren freien Posten durch einen Vertreter ihrer Interessen besetzt werden konnte (der andere freie Posten ist ebenfalls in demokratischen Händen). Im Beirat sitzen also jetzt acht Linke und nur sieben Vertreter der herrschenden Klasse! Dieser Beirat sollte in seiner gestrigen Sitzung - am ersten Streiktag - eine Reihe von wichtigen Beschlüssen fassen - z.B. die Verwendung der aus dem Fergenhaus erwirtschafteten Profite für das Kinderladen-Projekt, - und sollte den Vorstand des Studentenwerks neu wählen.

Kein Wunder, daß Raiser keine Mühe scheute, nach Wegen zu suchen, um diese Beiratssitzung zu verhindern. Zunächst suchte er nach Advokatenschlichen, um die Wahl anfechten zu können, wobei es ihm darauf ankam, eine Verzögerung zu erreichen - wahrscheinlich in der Erwartung der baldigen

Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft und damit der notwendigen Satzungsänderung des Studentenwerks.
Den Studenten, die gestern Nachmittag spontan ins Rektorat gingen, um den Rektor zur Rede zu stellen, teilte er mit, daß die Wahl der Intention der Satzung widerspräche. Es sei jetzt "das Gleichgewicht gestört", weil einer der beiden frei verfügbaren Posten mit einem ehemaligen Studenten besetzt sei, der die Studentischen Interessen vertritt. Wenn also endlich das Gleichgewicht hergestellt worden ist, in dem den acht nichtstudentischen Mitgliedern nunmehr acht studentische gegenüberstehen, so ist das eine untragbare Gleichgewichtsstörung! Das Attribut "genuin antidemokratisch" paßt nicht nur auf romantische Reaktionäre à la Tembruck....
Damit hatte Raiser aber noch nicht genug gefummelt. Als die Studentenvertreter des bisherigen Beirats, die solange im Amt sind, bis ein neuer gewählt ist, ihrerseits vom Rektor die sofortige Einberufung einer Sitzung forderten, behauptete Raiser schlichtweg, es gebe z.Z. überhaupt keinen ordentlichen Beirat, der Vorstand müsse allein entscheiden. In der panischen Angst vor einer linken Machtübernahme im Studentenwerk zerbrach er kurzerhand die ansonsten so oft betonte formale Legitimation, und erklärte offen, was oben (zu Beginn des Artikels) zitiert ist.

Das Gleichgewicht der Herrschenden ist ihre Macht

Raiser muß fürchten, daß die Studenten die Finanzen der Studentenwohnheime zu kontrollieren beginnen, daß sie Einfluß auf die Festsetzung der Mieten und die Planung des neuen Studentendorfes ausüben, daß die neue Hausordnungen beschließen und das Zusammenwohnen von Studenten, Lehrlingen und jungen Arbeitern in solchen Wohnheimen organisieren. Wohnheime können somit zu linken Zentren werden, die sich staatlicher Kontrolle entziehen.

Raiser muß fürchten, daß die Studenten die im HGP geplante Auflösung des Studentenwerks e.V. verhindern und damit die Überführung in staatliche Unternehmen sabotieren.

Raiser muß fürchten, daß der von Studenten dominierte Beirat die Zerschlagung des ASTA damit auffängt, daß er die Räume des Clubhauses weiterhin für studentische Arbeit zur Verfügung stellt.

Raiser und die Technokraten im KM müssen fürchten, daß die von ihnen geplante Ausschaltung der linken Studenten durch die Übernahme des Studentenwerks teilweise unterlaufen wird.

Angesichts solcher Perspektiven scheut er keine Satzungsmanipulation, keinen Winkelzug und letztlich auch nicht den Satzungsbruch - so haben sich die Herrschenden immer verhalten, wenn sie bedroht in ihrer Herrschaft waren,

Es wird ihnen allerdings nicht gelingen, uns durch solche Mittel einzuschüchtern. Der aktive Streik gibt uns die Möglichkeit, uns dagegen zur Wehr zu setzen, indem wir weiterhin organisiert und mit Nachdruck alle Lücken im System ausnutzen und alle Fehler, die die Techniker der Herrschaft machen, für die Durchsetzung unserer Ziele, die nicht bloß unsere Privilegien sind, ausbeuten.

Kontrolliert das Studentenwerk!

Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen

(Karl Marx, 1844)

Obwohl von studentischen und anderen Handlangern des Kultusministeriums der Streik zu einer folgenlosen Manifestation gegen einen allzukühnen Interventionismus der Staatsbürokratie reduziert werden sollte, hat sich im Streik in allen Disziplinen eine massenhafte Selbsttätigkeit entwickelt, die durch ihre praktische Solidarität die Spaltungstaktik des KM und seiner universitären Kumpane verhindert hat.

Diese Selbsttätigkeit, die sich in der spontanen Bildung von Arbeitskreisen, Projektgruppen und kollektiven Diskussionen konkretisiert hat, ist die Konsequenz einer politischen Arbeit und Organisierung am Arbeitsplatz. Die tendenzielle Gefahr einer nur fachbezogenen Basisarbeit wurde durch die Vermassung der Diskussion um unsere gesellschaftsverändernde Berufspraxis und die verstärkte Arbeit in außeruniversitären Bereichen (Schüler, Lehrlinge, Strafgefangene) aufgehoben.

Dieser Streik ist bis jetzt die beste kritische Uni, die es je gab!

Aber wir dürfen eins nicht vergessen

alle Diskussion über "kritische Alternativen", "autonome studentische Sektoren" und "revolutionäre Berufspraxis" bleiben nichts als leeres Geschwätz, solange KM und Unibürokratie jeden, der sich ihren "Reformmaßnahmen" zu widersetzen wagt, folgenlos disziplinieren und relegieren können!

Ist unser Streik Widerstand,

wenn Hähn den Streik sanktioniert: "Das KM hat nichts dagegen, wenn während des Streiks die Lehrveranstaltungen ausfallen." ?

wenn Raiser im Großen Senat den Streik als 'gemütlich' bezeichnet und frohlockt, daß er am Mittwoch doch wieder vorbei sei ?

wenn Eschenburg seit 1962 die Auflösung der Studentenschaft publizistisch vorbereitet und während des Streiks sein Seminar ungehindert weiterführen kann ?

wenn Tenbruck schon längst das Ordnungsrecht praktiziert, indem er Studenten aussperrt und denunziert ?

Unsere Gegner in KM und Rektorat haben erkannt, daß ihnen der Streik bei der Durchsetzung ihrer Pläne langfristig nicht schadet, wenn er sich weiter auf viele dezentralisierte Arbeitsgruppen beschränkt.

Unsere Gegner werden erst dann unsicher, wenn wir damit beginnen, das Nervensystem ihres Gleichschaltungsapparates zu bekämpfen. In der zeitweiligen Konfrontation einzelner Arbeitskreise mit einzelnen Lehrveranstaltungen hat sich bereits im Ansatz gezeigt, wo das Nervensystem verletzbar ist: wir haben gesehen, daß die Dozenten und die Mehrzahl der Studenten der Juristischen Fakultät als die Streikbrecher par excellence auftreten, und wir haben gelernt, daß dieses Auftreten die logische Konsequenz aus Inhalt und Funktion der Jurisprudenz darstellt: die Juristen haben als Vertreter der reinen und exemplarischen Herrschaftswissenschaft als erste nach dem Ordnungsrecht geschrien; sie sind die ersten, die es praktizieren (Berlin, Marburg); die Jur.Fak. hat als erste mit der Kriminalisierung der studentischen Kritik begonnen (Strafanzeigen wegen Go-in in Vorlesungen, GOV und Senat) und sie sieht weiterhin ihre Aufgabe darin, bewußtlose Staatsbüttel für die Verwaltung, Justiz und Politik heranzuzüchten.

Wenn wir den politischen Inhalt dieses Streiks näher bestimmen, nämlich Widerstandsformen gegen jede Disziplinierung einzuüben, so müssen wir die Jur.Fak. als unseren ersten Gegner erkennen und zum zentralen Angriff auf sie ansetzen.

Die Konzentration sämtlicher Arbeitskreise des aktiven Streiks auf das Gebäude der Neuen Aula zielt also zunächst auf die konsequente Verhinderung des gesamten juristischen Lehrbetriebs.

Die Jur. Fak. ist der wahre Streikbrecher

Damit ist allerdings nur ein Teilziel unseres Streiks erreicht. Die Jur.Fak. anzugreifen heißt zunächst nur, den Produzenten der reaktionären Theorie zu bekämpfen. Der notwendige nächste Schritt ist der Kampf gegen die Institution, die die Praxis dieser reaktionären Theorie durchführt und durch Ordnungsrecht, HGP und GO die studentische Selbstbestimmung ausschalten will, nämlich gegen die Universitätsbürokratie als Transmissionsriemen der Staatsbürokratie.

Nur in der praktischen Konfrontation mit diesem Gegner können die einzelnen Arbeitskreise die Dimension des Kampfes erkennen und realistische Konzepte für den Widerstand erarbeiten. Nur, wenn wir jetzt bereits erste Formen von studentischer Kontrolle über die Verwaltung einüben, werden wir nächstes Semester in der Lage sein, gegen den terroristischen "Ordnungsbeauftragten" vorzugehen und damit effektiv Relegationen zu verhindern.

Bürokraten müssen braten

Die in der Neuen Aula etablierte Bürokratie ist das Instrument, mit dem bisher und in Zukunft verstärkt die Pläne der Herrschenden und ihrer juristischen Handlanger durchgesetzt werden. Sie wird dafür sorgen, daß der mit dem HGP, Ordnungsrecht, der Grundordnung und der Zerschlagung des AStA vorbereitete Schlag zur beabsichtigten Liquidierung der studentischen Opposition führt.

Wenn wir langfristigen und wirksamen Widerstand gegen die beabsichtigten Disziplinierungsmaßnahmen planen, müssen wir den Technokraten dieses Instrument aus der Hand schlagen !

Daß die Bürokratie sich breitwillig als Exekutive für die Herstellung von Ruhe und Ordnung zur Verfügung stellt, beweisen u.a. folgende Maßnahmen:

- sie organisiert die vom KM beschlossenen Anmeldungsverfahren (Ausschlußfristen) und die Durchführung des Numerus Clausus, auch gegen die Beschlüsse akademischer Gremien.
- nachdem die sozialistischen ASten begonnen haben, auch die Politik der Studentenwerke zu kontrollieren und den staatlichen Plänen studentische Alternativen entgegenzusetzen (antiautoritäre Vorschulerziehung, Wohnheimpolitik, Studienförderung etc.), plant die Unibürokratie die Ausschaltung derartiger studentischer Einflußmöglichkeiten durch die Auflösung des 'Studentenwerk e.V. An seine Stelle soll eine vom Staat mittels der Unibürokratie kontrollierte 'Körperschaft öffentlichen Rechts' treten. Konkret für Tübingen: der Jurist Schmidt-Glaeser, 2.Vors.d.Studentenwerks beabsichtigt, auf der nächsten MV des Studentenwerks einen derartigen Antrag zu stellen.
- Ein weiterer Beweis für das abgekartete Spiel zwischen KM und Unibürokratie: Rektor Raiser wußte seit dem 2.Juni von der geplanten Zerschlagung der ASten in Baden-Württemberg. Daran ändert auch seine Überraschung vortäuschende Lüge in der Presseerklärung vom 18.6. nichts.
- Durch die enge Zusammenarbeit mit der Politischen Polizei ('Dezernat Staatsschutz' im Keller der Gartenstr.62 - hit and run! - insbesondere ihren Spitzeln Beyler und Behrendt, hat die Studentenabteilung der Uni bereits Vorarbeit für den Ordnungsbeauftragten geleistet: in der Studentenkartei wurde bei der Karteikarte des Genossen Jellinghaus folgender Zettel gefunden: "Bitte um sofortige Nachricht, wenn die neue Adresse von J. bekannt ist. gez. Behrendt"

Popo in der Uni bringt die Uni auf ihren Begriff

Was wir tun müssen:

Unsere Anwort auf die erneute Repression durch Einführung des Hochschulgesamtplans und Novellierung des Hochschulgesetzes sind die folgenden Forderungen:

1. Öffentlichkeit und Kontrolle sämtlicher die Universität und ihre Mitglieder betreffenden Entscheidungen, auch wenn diese ausserhalb der Universität gefällt werden.
2. Verfügung über Tutoren-, Assistenten- und Dozentenstellen.
3. Offenlegung der Herkunft und Kontrolle über Verwendung aller Haushaltsmittel, vor allem derjenigen aus dem Kriegsministerium und der Industrie.
4. Uneingeschränkte Studienmöglichkeiten und Studienlohn.

Daraus ergeben sich die nächsten Schritte:

1. Übernahme des Studentenwerks und seine Absicherung gegen staatliche Interventionen
2. Requirierung der Studentenkartei.

☆

BROSCHÜREN

Beim BV zu erhalten:

Chaliand: Der palästinensische Widerstand zwischen Israel und den arabischen Staaten (DM 10.-; Verkauf 1.50)

Neto u.a.: Wir kämpfen für die uneingeschränkte Unabhängigkeit (Angola-Broschüre) (jetzt: DM 14.-; Verkauf 2.-)

Schlereth u.a.: Konterrevolution in Indonesien (DM 14.-; Verkauf DM 2.-)

Die Preise sind für 10 Exemplare (Mindestbestellung); Bestellungen nur durch Vorauszahlung. Konten: Dresdner Bank 28 24 27, Postscheck 316 07.

Streikresolution

Obwohl von studentischen und anderen Handlangern des Kultusministeriums der Streik zu einer folgenlosen Manifestation gegen einen allzu kühnen Interventionismus der Staatsbürokratie reduziert werden sollte, hat sich im Streik in allen Disziplinen eine massenhafte Selbsttätigkeit entwickelt, die durch ihre praktische Solidarität die Spaltungstaktik des KM und seiner universitären Kumpanen verhindert hat.

Diese Selbsttätigkeit, die sich in der spontanen Bildung von Arbeitskreisen, Projektgruppen und kollektiven Diskussionen konkretisiert hat, ist die Konsequenz einer politischen Arbeit und Organisierung am Arbeitsplatz.

Die tendenzielle Gefahr einer nur fachbezogenen Basisarbeit wurde durch die Vermassung der Diskussion um unsere gesellschaftsverändernde Berufspraxis und die verstärkte Arbeit in außeruniversitären Bereichen (Schüler, Lehrlinge, Strafgefangene) aufgehoben.

Die Diskussionen über kritische Alternativen, autonome studentische Sektoren und revolutionäre Berufspraxis bleiben nichts als leeres Geschwätz, solange KM und Universitätsbürokratie jeden, der sich ihren Reformmaßnahmen zu widersetzen wagt, folgenlos disziplinieren und relegieren können!

Ist unser Streik Widerstand,

- wenn Hahn den Streik sanktioniert "das KM hat nichts dagegen, wenn während des Streiks Lehrveranstaltungen ausfallen"
- wenn Raiser im Großen Senat den Streik als gemütlich bezeichnet und frohlockt, daß er am Mittwoch doch wieder vorbei sei,
- wenn Eschenburg seit 1962 die Auflösung der Studentenschaft publizistisch vorbereitet und während des Streiks sein Seminar ungehindert weiterführen darf,
- wenn Tenbruck schon längst das Ordnungsrecht praktiziert, indem er Studenten aussperrt und denunziert,
- wenn folgenlos hingenommen wird, daß die jur. und wiwi. Fak. in der Begründung für die Schließung ihrer Fakultäten nach dem Ordnungsbeauftragten rufen?

Unsere Gegner im KM, im Rektorat und in der Studentenschaft haben erkannt, daß ihnen der Streik bei der Durchsetzung ihrer Pläne langfristig nicht schadet, wenn er sich weiter auf viele dezentralisierte Arbeitsgruppen beschränkt und im übrigen den geregelten Lehrbetrieb nicht weiter beeinträchtigt.

Der aktive Streik steht daher jetzt unter der Parole: Inbesitznahme der Universität durch die Studenten. Was unter Inbesitznahme der Universität durch die Studenten verstanden wird, wurde am Montag deutlich; es gelang den selbstorganisierten Arbeitskreisen und Projektgruppen durch ihre Konzentration auf die Neue Aula, den Lehrbetrieb gerade der juristischen Ordinarien zu blockieren, denen seit jeher alle Mittel zur Unterdrückung studentischer Opposition recht waren (Relegationen Berlin, Marburg, Strafverfahren, Aussperrung in Tübingen). Indem in der juristischen Fakultät ein Hauptgegner erkannt und zum Angriff auf ihn übergegangen wurde, gelang es, aus der Streikresolution der Vollversammlung praktische Konsequenzen zu ziehen. Die Diskussion am Montagabend hat gezeigt, wie unser Streik weiter konsolidiert werden kann und muß, soll er nicht als bloße Kritische Universität folgenlos bleiben.

Die Arbeit an unseren Projekten kann nur in Auseinandersetzung mit denen, die sie bewußt zerschlagen wollen, langfristige Konzepte entwickeln. D.h. in der Weiterführung des Streiks muß vor allem diskutiert werden:

1. In den Projektgruppen und Arbeitskreisen wird jetzt und in den Semesterferien die Weiterführung der Arbeit im nächsten Semester vorbereitet. Wir fordern die Anerkennung dieser selbstorganisierten Seminare durch die Vergabe von Tutorien, Sachmitteln und Scheinen.

2. Wir erklären, daß wir die Anwendung des Ordnungsrechts zur Verhinderung von Kritik in Vorlesungen und Seminaren und zur Ausschaltung studentischer Opposition mit kollektivem Widerstand verhindern werden.

3. Wir fordern, daß keinem Kommilitonen durch den Streik Nachteile durch Scheinentzug entstehen, vielmehr daß, wie teilweise an einzelnen Fakultäten praktiziert, alle bis zum Streikbeginn besuchten Seminare voll testiert werden.

Resolution der VV der Germanisten vom 2.7.69. —Germanisten—

Die auf der VV der Germanisten am 2.7.69 versammelten Studenten beschließen, den Streik bis Ende des Semesters weiterzuführen. Der Streik versteht sich weiterhin als aktiver Streik, d.h. die Arbeitsgemeinschaften sehen ihre Arbeit im Zusammenhang mit dem von Staats- und Universitätsbürokratie angekündigten Disziplinierungs- und Zerschlagungsmaßnahmen und werden sich in ihrer weiteren Arbeit verstärkt auf Organisation und Perspektiven des langfristigen Widerstands konzentrieren.

Eine weitere VV am Anfang des nächsten Semesters beschließt über Maßnahmen, die eine effektive Unterlaufung der vom KM angedrohten Maßnahmen gewährleisten soll. Wir fordern weiterhin die Lehrenden auf, bindend zu erklären, daß sie

a) ihrer Denunziationspflicht nach HSG § 55 nicht genügen.
b) relegierte Studenten in ihre Lehrveranstaltungen aufnehmen und sich dafür einsetzen, daß diesen die Ablegung ihrer Examina ermöglicht wird.

Die Vollversammlung vom 2.7.69 fordert die Lehrenden auf, ihre verbale Solidarisierung mit dem studentischen Streik durch die großzügige Vergabe von Scheinen praktisch auszuüben. Das Abhalten von Prüfungen und Klausuren und die Forderung anderer Leistungsnachweise während des Streiks hindert die Studenten an einer aktiven Teilnahme am Streik und den in ihm eingerichteten Arbeitsgruppen. Die Lehrenden, die solche Forderungen stellen, sabotieren die Ziele des Streiks und unterstützen damit, ob beabsichtigt oder nicht, die Maßnahmen des KM (Ordnungsrecht, HGP, GO, Zerschlagung der Asten und Fachschaften, Einrichtung von Studienplänen u.a.).

Die VV hält es deshalb für unmöglich, daß die Lehrenden in der gegenwärtigen Situation und angesichts der geplanten Maßnahmen auf den bisherigen Qualifikationsnachweisen bestehen. Sie fordert die Lehrenden auf, die Scheine auf Grund der bisher in den Seminaren geleisteten Arbeit auszustellen. Als äußersten Kompromiß schlägt die VV den Lehrenden vor, daß die Studenten für den Nachweis einer Qualifikation eine kurze schriftliche Zusammenfassung des Seminarthemas bzw. eines Themenbereiches mit einer anschließenden Kritik (am Thema, der Methodologie und der Unterrichtsform) in Arbeitsgruppen oder individuell bearbeiten und vorlegen. Die VV sieht damit zugleich die Möglichkeit, daß mit der Lernkontrolle auch eine Selbst- und Fremdkontrolle der Lehre verbunden wird. Eine Diskussionsveranstaltung aufgrund der vorgelegten Papers könnte zu Beginn des nächsten Semesters die Seminare abschließen.

Die VV lehnt Klausuren in den jetzigen Seminaren prinzipiell und für jeden Zeitpunkt ab. Während sie zu Semesterende den Streik verhindern, stellen sie zu einem späteren Zeitpunkt eine unzumutbare Belastung dar, weil sie eine Wiederholung des Seminarsteffes nötig machen. Dadurch wären vor allem die Honnef-Stipendiaten in der Anfangsförderung benachteiligt, weil für sie während der Semesterferien Werksarbeit unumgänglich ist.

Die VV fordert die Lehrenden, diesem Kompromißvorschlag zu entsprechen. Sollten die Lehrenden auf strengeren Qualifikationsnachweisen bestehen, so wird die Studentenschaft am Deutschen Seminar geeignete Gegenmaßnahmen und Aktionen vorbereiten.

Beschlüsse der VV der Kath.-theol. Fak. vom 2.7.69. — Kathol. Theol.—

Die VV der Kath.-theol. Fak. lehnt das geplante Ordnungsrecht entschieden ab. Sie wendet sich damit gegen die mit dem Ordnungsrecht beabsichtigte Zerschlagung der Studentenbewegung, deren Ziel die Forcierung des demokratischen Bewußtwerdungsprozesses innerhalb der Universität und dessen notwendige Initiierung außerhalb der Universität ist.

Die Studentenschaft der Kath.-theol. Fak. fordert den Lehrkörper auf, sich vom Ordnungsrecht zu distanzieren und verbindlich dessen Nicht-Anwendung zu erklären.

Sie fordert darüberhinaus die Lehrenden auf, auch bei Nicht-Beteiligung an den Praktika und Übungen aufgrund des Streiks Scheine auszugeben.

Die VV der Kath.-theol. Fak. empfiehlt der VV der Gesamtstudentenschaft, den Streik fortzuführen, um die Weiterarbeit der Arbeitsgruppen zu gewährleisten.

Die Lage in Tübingen ist ausgezeichnet →

Jur. Fak. geschlossen ...

I. Die juristische Fakultät steht wie immer mit beiden Füßen auf dem Grundgesetzt - und trampelt darauf rum. Mit schöner Undifferenziertheit erhebt die "beste juristische Fakultät Deutschlands" (so Dürig in ständiger Rechtsprechung) ihr Privateigentum an der Wissenschaft zu einem dem geltenden Recht ansonsten unbekannten Rechtsinstitut, zu einem Recht ohne Grenzen:

"Die gewaltsame Verhinderung von Lehrveranstaltungen ist rechtswidrig."

Verfassungsrechtlich kann das gewaltsame Verhindern einer Lehrveranstaltung im Einzelfall gerechtfertigt sein, insbesondere durch das Widerstandsrecht (Art. 2o IV GG).

Alte und immer aktuelle Erkenntnisse

Die deutsche Geschichte der letzten Jahrzehnte hat Brauchbarkeit und Bedeutung herrschender Rechtswissenschaft für die schleichende Zersetzung des Rechtsstaates und dessen bruchlosen Übergang in den von Juristen streng ordnungsrechtlich verwalteten autoritären Machtstaat erwiesen. Notstandsgesetze, Ordnungsrecht, Rehse-Urteil zeigen symptomatisch die ungebrochene Tradition und unveränderte Funktion der herrschenden Rechtswissenschaft.

Diese Jurisprudenz erstickt schrittweise die Ansätze von Demokratisierung, verwässert bürokratisch die Grundrechte und schafft damit langfristig das Grundgesetz ab.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Rechtswissenschaft sind - wie eine umfangreiche, von den Juristen hingegen weitgehend ignorierte sozialwissenschaftliche Literatur längst vielfältig nachgewiesen hat - so menschenfeindlich, daß folgenlose Kritik nicht mehr genügt.

Diese Wissenschaft muß radikal verändert werden. Zwei Jahrzehnte lang verschleppte "Reformen" und eine zweijährige Entwicklung zum Ordnungsrecht zeigen, daß "andere Abhilfe nicht möglich ist" (Art.2o IV GG)

Der Widerstand gegen das Ordnungsrecht richtet sich notwendig zugleich gegen die herrschende Rechtswissenschaft und ihre in blinder Begriffslosigkeit verharrenden Erfüllungsgehilfen.

II. Die AUSSPERRUNG verdeutlicht, daß die juristischen Wissenschaftsbesitzer sich verschätzt haben:
im Gegensatz zu den meisten Mitgliedern der anderen Fakultäten, die ihre Veranstaltungen den studentischen Arbeitsgruppen zur Verfügung stellen, hielten die Juristen als einzige geschlossen ihre Lehrveranstaltungen ab, demonstrierten provokativ für das Ordnungsrecht.

Die allgemein erwartete Aufrechterhaltung des juristischen Lernbetriebs durch gewalttätige Streikbrecher blieb aber aus.

Die 27 unterzeichneten Juristen versuchen jetzt, durch Aussperrung den Abbruch des Streiks zu erzwingen, die Unterdrückung des studentischen Widerstands zu organisieren.

Befürworter des Ordnungsrechts befürworten einen Abbruch des Streiks am heutigen Mittwoch.

Befürworter des Ordnungsrechts befürworten einen Abbruch des Streiks heute

übrigens: die Volkswirte haben auch schon durchgedreht

TÜBINGEN: (STREIKZEITUNG 4)

24 2.7.69 23

Der Streik geht weiter

Der aktive Streik hatte von Anfang an die Tendenz, die Neue Aula zu übernehmen. Das hatte seinen Grund nicht in technischen, d.h. räumlichen Notwendigkeiten für studentische Arbeitskreise, sonderm ist politischer Ausdruck der Erkenntnis: Widerstand gegen die Inpflichtnahme der Universität durch Hochschulgesamtplan etc. kann nur heißen: Inbesitznahme der Universität durch die Studenten.

Am Montag ist dieses Bewußtsein der Streikenden insofern praktisch geworden, als es gelungen war, durch die wachsende Konzentration der selbstorganisierten Arbeitskreise auf die Neue Aula den ordentlichen Lehrbetrieb der Juristischen Fakultät zu blockieren.
Indem wir in der Jur.Fak. einen unserer primären Gegner erkannten und zum direkten Angriff auf ihn übergingen, ist es uns gelungen, aus der Streikresolution der Vollversammlung praktische Konsequenzen zu ziehen.

Diese erste Konsolidierung des Widerstandes, die die Gefahr der Vereinzelung in zahllose Arbeitskreise überwinden kann, wurde von unseren Gegnern sofort erkannt. Die Koalition von Unibürokratie, Kultusministerium und Innenministerium ließ ihre Polizei aufmarschieren. Mehrere Hundertschaften wurden mittags bei Biberach auf die Zerschlagung von Studentenversammlungen trainiert und abends nach Tübingen beordert, wo sie bis spät in die Nacht hinein in der Lustnauer Turnhalle auf den Einsatzbefehl gegen die Streikenden warten mußten.

In der Diskussion am Montag abend haben wir gelernt, wie unser Streik weiter konkretisiert werden kann und muß, soll er nicht als bloße 'Kritische Universität' folgenlos bleiben.
Die zunächst allgemeine Parole von der Übernahme der Neuen Aula wurde von uns in dieser Situation präzisiert: Inbesitznahme der Universität beginnt mit der materiellen AUSSPERRUNG derjenigen Ordinarien, die sich offen für das Ordnungsrecht einsetzen und uns bereits unmittelbar damit drohen.
Die Arbeit an unseren Projekten kann nur in der Konfrontation mit denen, die sie bewußt zerschlagen wollen, langfristige Konzepte entwickeln.

Die Möglichkeiten solidarischen Handelns werden von unseren Gegnern durchaus gesehen und gefürchtet. Das zeigt sich darin, daß die bloße Diskussion über Maßnahmen gegen die Funktionäre der Jur.Fak. diese zu hysterischen Reaktionen verleitet: gestern morgen stellte die Jur.Fak. ihren Lernbetrieb ein, einige Stunden später folgte ihr die volkswirtschaftliche Abteilung...

"Wir erkennen in der Schließung der Juristischen Fakultät eine volle Identifizierung mit dem Ordnungsrecht und der Zerschlagung des AStA und empfehlen daher der Vollversammlung, den aktiven Streik unbefristet weiterzuführen."

(Resolution des Teach-in am Dienstag zur Schließung der Juristischen Fakultät, mit überwiegender Mehrheit angenommen)

Streikt bis es allen Spaß macht!

ARBEITSBERICHT DER SOZIALPÄDAGOGEN

Die Sozial-Pädagogen gehen wie die anderen Basisgruppen davon aus, daß der Widerstand gegen die technokratische Hochschulreform sich nicht in isolierten Kampagnen gegen Ordnungsrecht etc. erschöpfen kann. Langfristig kann unser Kampf nur dann Erfolg haben, wenn es uns gelingt kollektive Arbeitsformen zu entwickeln und die Forschung in den Dienst der Emanzipation zu stellen; d.h. politisch, sie unter die Kontrolle der Studenten zu bringen, denn die Studenten sind heute die einzige Gruppe an der Universität, deren subjektives Interesse die befreite Wissenschaft ist.
Ein Ordinarius Möllenstedt kann niemals gewillt sein, Forschung im Auftrag von Industrie und Militär an der Uni zu verhindern, denn sie ist Quelle seiner materiellen Vorteile. Ein Assistent, der in der hierarchischen Universitätsstruktur aufsteigen will, muß seinen Namen in der "Fachwelt" bekannt machen, damit er aufsteigen kann, an kollektiven Arbeitsprodukten hat er kein Interesse. (Ausnahmen bestätigen die Tendenz)

Für diese zwei Kardinalforderungen der Hochschulreform - kollektive Arbeitsorganisation und Kontrolle der Forschung durch Studenten - haben die Sozialpädagogen am vergangenen Freitag die strukturellen Voraussetzungen geschaffen. Sie werden im nächsten Semester als Gruppe gemeinsam ihr Studium organisieren.
Für die 2o-3o Sozialpädagogen werden Kleingruppen zur Erarbeitung von Grundwissen eingerichtet, die sich mehrmals in der Woche treffen, um ihr spezielles Thema zu erarbeiten. Im nächsten Semester werden von ihnen zwei große Themenbereiche behandelt: Psychoanalyse und Jugendwohlfahrtsrecht. In diesen Gruppen soll die akademische Fächertrennung aufgehoben werden, die Kritik des Jugendwohlfahrtsrechts geschieht z.B. in Zusammenarbeit mit progressiven Jurastudenten. Prinzipiell bleiben alle kleinen Gruppen offen für die Hinzuziehung von sog. Fachleuten, die dann von den Studenten "ausgeforscht" werden.
Die Kontrolle der laufenden Forschungsprojekte ist dadurch gesichert, daß zu jedem Projekt sich Arbeitskreise konstituieren, in denen Assistenten und Studenten gleichberechtigt arbeiten. Im nächsten Semester sind es folgende Bereiche: Jugendstrafvollzug im Jugendgefängnis Schwäbisch-Hall, Vorschulerziehung (praktische Felder: Dorfkindergarten in Gniebel und Kindergarten im "Backofen", u.U. studentischer Kinderladen), Projekt "Backofen" (praktische Felder: entweder Schülerarbeit oder offene Jugendarbeit oder Elternarbeit) und Heimerziehung (praktische gemeinsame Erfahrungsgrundlage durch Heimpraktika)!
In diesen auf die Forschungsprojekte bezogenen Arbeitskreisen wird nicht nur die Beteiligung der Studenten an der Forschung garantiert, sondern eine Forderung realisiert, die generell an jedes Studium zu stellen ist, aber verschärft für die Pädagogen gefordert werden muß: das praxisorientierte Studium.
Da jeder Student verpflichtet ist, an beiden Typen von Arbeitskreisen teilzunehmen - theoretischer Grundlagenkurs und praktisches Forschungsprojekt - kann der Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis hergestellt werden.
Wir konnten dieses Modell sogar mit Unterstützung des Ordinarius und der Assistenten durchsetzen. Das läßt sich daraus erklären, daß sie dieses Modell nur als didaktische Verbesserung des Studiums und als Arbeitsentlastung ihrer Forschungsarbeit begreifen können. Daß die ganze Sache tatsächlich darauf hinauskaufen kann, ist die große Gefahr unseres Versuches. Nur die weitere Arbeit wird erweisen, inwieweit die Studenten in der Lage sind, dieses Modell inhaltlich in ihrem Sinne zu füllen.
Die Entwicklung am Päd. Seminar hat den großen Vorteil, daß sie das, was bisher neben dem normalen Studienbetrieb ablief, in das Studium selbst einbezogen hat. (In diesem Sinne könnte man davon reden, daß die Studenten der Sozialpädagogik in dem nächsten Semestern permanent gegen das HSG streiken werden.)
Die laufenden Arbeitskreise des Streikes kommen nicht darum herum, ähnliche Veränderungen des Studiums anzustreben. Daß das unter günstigen Umständen leicht durchzusetzen ist, zeigt das Beispiel der Sozialpädagogen.

☆

Ende Tübingen

Zur Hochschulpolitik der Mannheimer SDS-Gruppe:

Nachdem sich die Gruppe über die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Gegendemonstration zum 1.Mai wieder konsolidiert hatte und sich ein aktiver Kern gebildet hatte,der arbeitsteilige Strukturen ansatzweise bildete,beschloß die Gruppe,in einer Kampagne zur Wahl von StP und AStA die Konflikte in der Universität bei einzelnen Ordinarien aufzugreifen und auszutragen.Es bot sich an,die Appeasement-Politik des Rektorats und der Senatsmafia zu entlarven und aufzuzeigen,inwieweit die ehemalige Wirtschaftshochschule Mannheim schon im Griff der herrschenden Klasse ist; dennndie fortgeschrittenen Technokraten im Lehrkörper haben sich schon lange objektiv den Profitinteressen des Kapitals prostituiert,was sie mit rein verbalen Bekenntnissen zur Liberalität und systematischen Integrationsversuchen gegenüber der studentischen Politik an der Hochschule zu überspielen versuchen müssen, um ihre Herrschaft nicht zu gefährden.
Zu Beginn des Semesters wurden von den beiden arbeitenden Basisgruppen Politische Psychologie und Philologie go-ins in größere Vorlesungen gemacht,die in der Aktionsform selbst militant waren,die aber keinerlei organisatorische Momente enthielten,da Studenten der Phil. Fak. nicht über fachspezifische Konflikte - Anspruch von bürgerlicher Germanistik und Psychologie auf kritische Wissenschaft und Realität in den Lehrveranstaltungen - mobilisiert werden können,sondern in die Strategie zur Mobilisierung von Studenten von vornherein 1. die allgemeine hochschulpolitische Ebene (Rolle der entsprechenden Ordinarien im Senat) und 2. die Bedürfnisse der politisierten Schüler und jungen Arbeiter eingehen müssen,da erst dadurch gezeigt werden aknn,daß das Schaffen von Freiräumen in einzelnen Instituten erst dann sinnvoll für die gesamte Bewegung der anti-autoritär Mobilisierten ist,wenn sie als organisatorische Zellen für Erhaltung und Weiterentwicklung des Kampfes,der nur von den Universitäten ausging,sich aber nicht an den Universitäten entscheidet und daher aus dem Ghetto Universität herauskommen muß,dienen.
Aus den strategischen Fehlern,die die Politik der Basisgruppen bestimmten und die weitgehend organisatorische Verbindlichkeit der politischen Arbeit nicht leisten konnte,entwickelten wir Strategeme,die an der zentralen Ebene der Hochschulpolitik - Rolle der Ordinarien bei Ablehnung des Mini-Reförmchens Übergangslösung vom Kultusministerium,Rektorwahl unter Bullenschutz - ansetzt und im wissenschaftlichen Verhalten der ordinarialen Wortführer aufzeigt,daß sie die Ebene der vorgegebenen Trennung zwischen Wissenschaft und Politik,schon lange hinter sich gelassen haben und diese lediglich immer wieder deshalb betonen,um 1. ihre Rolle bei der Technokratisierung des Bewußtseins zu verschleiern, 2. ihr Verhalten auf ihr positivistisches Verständnis von Wissenschaft zurückzuführen,da hier Wissenschaft und Politik rigide getrennt wird, um so ihre Rolle als Agenten des Monopolkapitals zu verschleiern, und 3. ihre irrationale Herrschaftsposition als Ordinarien und Institutsdirektoren zu verschleiern,die wir öffentlich anzugreifen haben.
Die Gruppe stand vor der Schwierigkeit,einerseits eine Hochschulrevolte in Ansätzen in Gang zu setzen,andererseits dem punktuellen bloß antiautoritären Aufbegehren gegen einzelne Ordinarien dauerhafte Momente zu geben,die in die Mobilisierung eingehen und dabei noch StP und AStA zu erobern.Darüberhinaus gibt es an der Hochschule erst seit einigen Jahren eine Phil. Fak.,so daß die Betriebswirte an der WiSo-Fakultät noch immer ca. 60 % der Studenten ausmachen.
Die Aktionen konzentrierten sich - sobald ein Vollversammlungsbeschluß zur Wahl eines StP vorlag,nachdem seit fast zwei Semestern weder StP noch AStA überhaupt existierten,- neben situationsspezifischen ad-hoc-go-ins ins Rektorat (z. B. weil Wandzeitungen von uns abgerissen waren) - auf Veranstaltungen der Technokraten,die im Senat das große Wort führen und unsere Aktionen bisher immer mit iherer roll-back-Strategie reibungslos integrieren konnten.Das go-in bei Erzpositivist Lepsius wurde

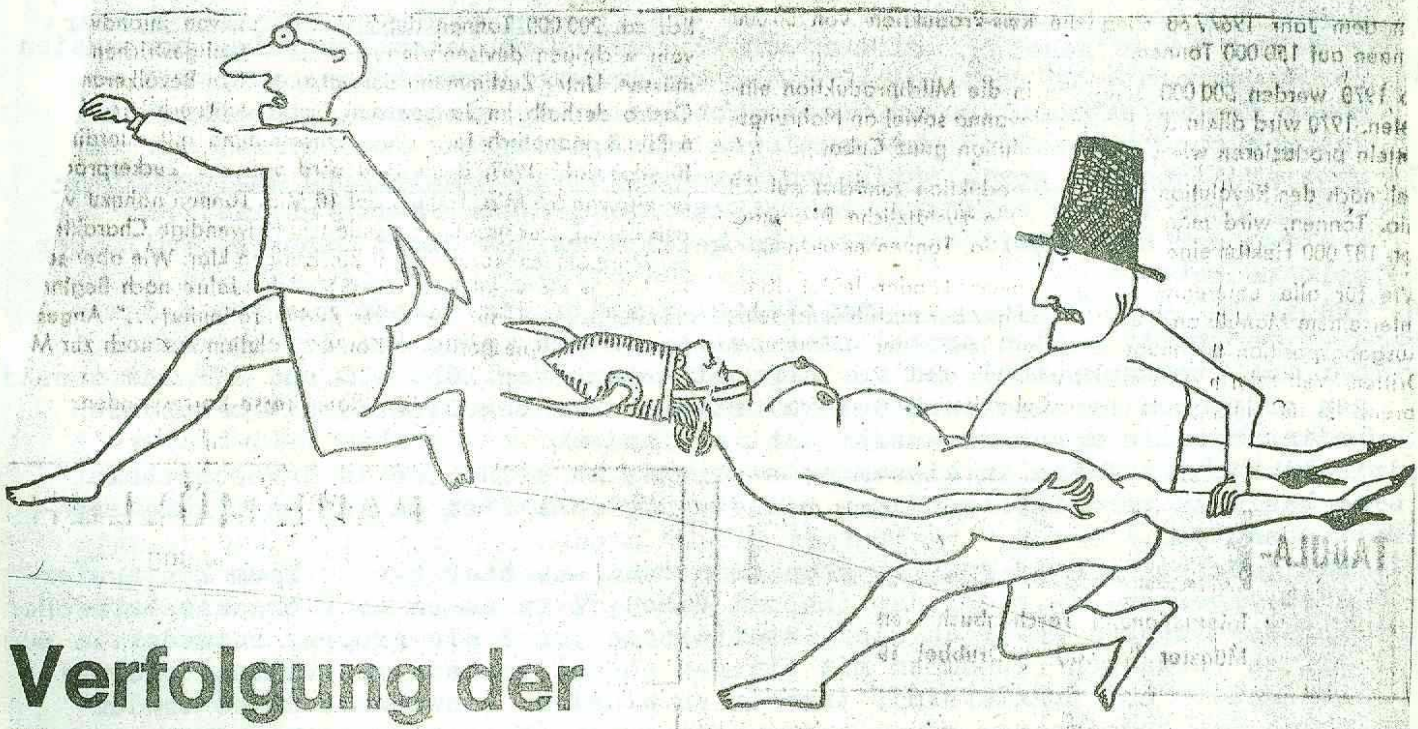
ca. eine Woche vorher angekündigt und im Anschluß an ein teach-in über technokratische Universität durchgeführt: es führte dazu,daß die Akteure nach Ende der Vorlesung ins Professorenzimmer gingen,um da nach Unterlagen für die Forschungsaufträge der US-Air-Force zu suchen.Da wir aber nicht entschlossen genug vorgingen,konnte es Lepsius und den assistentären Abwieglern gelingen,den Konflikt zu einer privaten Auseinandersetzung zwischen einem einzelnen Genossen und Lepsius herunterzustilisieren,so daß die politische Ebene unter den Tisch fiel.
Mit der Aufarbeitung der Aktion in unseren "roten Kommentaren" kündigten wir weitere zentrale go-ins bei Exponenten der Senatsmafia an,wobei als letzte Aktion vor den Stp-Wahlen ein go-in in die Vorlesung des politischen Denunzianten Borchardt (Preistheorie,ca. 650-700 Ökonomen) beabsichtigt war.Borchardt antwortete mit der Drohung auf unsere Ankündigung,er werde Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch stellen und forderte uns auf,den Wahrheitsbeweis für die Bezeichnung Denunziant anzutreten, was von uns so gewendet wurde,daß wir 1. den Wahrheitsbeweis öffentlich in der Vorlesung antreten werden (1. Flugblatt) und 2. in der Vorlesung selbst auf einem Flugblatt der neu konstituierten Arbeitsgruppe politische Ökonomie inhaltlich seine Vorlesung Preistheorie angriffen.Im Hörsaal selbst konnten wir uns nicht artikulieren,weil Borchardts Drohung in der vorhergehenden Vorlesung,bei der geringsten "störung" abzubrechen und in diesem Semester nicht weiterzulesen,von einigen Studenten durchaus in seinem Sinn interpretiert wurde: sie schlugen einzelne Genossen so zusammen,daß der geplante organisierte Rückzug nach den ersten Schlägereien und die Besprechung der weiteren Taktik nicht verwirklicht werden konnte.Zur Diskussion,die Borchardt nach der Vorlesung ansetzte und ander die meisten Genossen als Individuen teilnahmen,wurden zwar die Vorwürfe gegen Borchardt erhärtet,Borchardt konnte aber nicht als Denunziant entlarvt werden,da man ihm Gelegenheit zu antworten gab,obwohl er uns zusammenschlagen ließ.
Nach dee ersten von Rechten organisierten Schlägerei an einer westdeutschen Universität in diesem Ausmaß ist einigen Mannheimer Genossen folgendes klargeworden:

1. Es gibt für uns im Moment keine Möglichkeit,uns gegen organisierte Schläger zu verteidigen,so lange die Gruppe relativ klein ist.(Die Genossen,die die Vorbereitungen tragen,können ohne weiteres krankenhausreif geschlagen werden,so daß die Arbeit in der Gruppe länger gefährdet wird.)
2. Die studentischen Gruppen,die sich,nachdem wir aus dem Hörsaal geprügelt wurden,mit uns verbal solidarisierten (ESG,HSU),können uns in keiner Weise schützen,da sie selbst Mittel einer begrenzten Regelverletzung wie ein go-in weder organisatorisch tragen noch argumentativ vermitteln können.
3. In der Aktion selbst gab es keinen Schutz vor den Schlägern,da wir uns als einzelne zwar hätten wehren können,aber so oder so brutal zusammengeschlagen werden.Daher bleibt uns nur der organisierte Rückzug,zu dem wir diesmal nicht kamen,da einzelne Genossen sehr schnell zusammengeschlagen wurden.
4. Das go-in wird einen Rattenschwanz von Prozessen bringen (Hausfriedensbruch;einstweilige Verfügungen gegen die Gruppe und einzelne Genossen,auf die wir bisher nicht vorbereitet sind),die jetzt einige Genossen ziemlich beschäftigt.
5. Das strategische Kalkül der Herren,die Gruppenpolitik zu sabotieren und einzelne Genossen,die als einzelne zerschlagen und dann rechtlich verfolgt werden,aus der offensiven Politik auszubrechen und zu opportunistischen Leisetretern verkommen zu lassen,muß abgewendet werden. Der Versuch,gemeinsame Aktionen zu individualisieren,muß von der Gruppe organisatorisch bewältigt werden.
6. Einige Genossen glauben,daß die Funktion des Genossenschutzes nicht durch offensive Politik der Gruppe wahrgenommen werden kann,sondern durch das vorschnelle Aufgeben strategischer Positionen,damit sich liberale Gruppen und Individuen mit unserer Politik solidarisieren, um diese Gruppen/Individuen dann zu radikalisieren.Diese Genossen lassen sich damit auf perspektivlose Taktiererei ein,anstatt daß die SDS-

Gruppe die Gewaltakte und die juristischen Schritte gegen uns offensiv dahingehend wendet und aufzeigt,daß die Vertreter der herrschenden Klasse immer dann offene und versteckte Gewalt anwenden müssen,wenn sie ihre Herrschaftspositionen vor den Massen nicht mehr legitimieren können.

7. Unsere Politik an der Hochschule muß also,um nicht in den Geruch sektiererischer Politik zu kommen,ständig Reste liberalen Bewußtseins mobilisieren,darf aber auf keinen Fall auf die Stufe bloßen liberalen Handelns - das gegen die Regelverletzungen protestiert,ohne zu sehen,daß die Träger des Systems ihre eigenen Regeln ständig durchbrechen müssen - zurückfallen,das jederzeit ins herrschende System integriert werden kann.Diese Stufe wurde in der aktionistischen Praxis selbst überwunden.

Die von rechten Gruppen boykottierte Wahl zum StP. (Wahlbeteiligung 17,5%) ergab einen Scheinerfolg des SDS (21 von 3o Sitzen für die rote Liste(SDS und Basisgruppen)),so daß wir den AStA bestimmen können;da wir von vornherein mit schneller Liquidierung der ASten rechneten kam es uns darauf an,die materiellen Möglichkeiten auszuschöpfen und selbst im AStA zu arbeiten,wenn er demnächst ausgeschaltet wird.Dadurch glauben wir,zu Beginn des nächsten Semesters auf der allgemeinen hochschulpolitischen Ebene Studenten mobilisieren zu können.
In der jetzigen Situation ist aber die Übernahme des AStA keineswegs dem Aufbau einer studentischen Gegenmacht gleichzusetzen.Im Gegenteil,wir müssen zunächst mal dafür sorgen,daß wir überhaupt über Gelder,Räume,Abzugmaschinen verfügen,damit der Konflikt mit Universitätsbürokratie und Kultusfürsten,der sicher den Beginn des nächsten Semesters bestimmen wird, ausgetragen werden kann von uns und um uns dann weiter eine wenn auch bescheidene Basis an der Hochschule zu verschaffen.



Verfolgung der Studentenschaft durch den Rektor mit Hilfe der Alma mater

1. ARBEITSPAPIER ZUM ASTA UND VDS 18.5.69

zur lage in mannheim :

I. die mannheimer sds-gruppe hatte bisher in keiner phase der hochschulpolitik eines massenbasis. ohne eine masse von mobilisierten studenten, die für aktionen in- und ausserhalb der universität auch in zukunft mobilisiert werden können und einen kontinuierlich arbeitenden harten kern von politisierten genossen wird jede sozialistische politik auf den verschiedenen ebenen in der hochschule und besonders ausserhalb der hochschule baden gehn.

II. das gerede von der "ungleichzeitigkeit der entwicklung" der studentenrevolte an der uni-städten umschreibt nur mangelhaft einen objektiven sachverhalt, eliminiert ihn aber nicht: diezentralen repressionen der herrschenden klasse (studienreform, ordnungsrecht) orientieren sich an dem teil der sozialistischen bewegung in den unis, in denen
   1. eine hochschulrevolte stattgefunden hat und sich weiterentwickelt
   2. die hochschulrevolte schon tendenziell in andere bereiche eingegriffen hat und erste ansätze einer sozialistischen bewegung sich entwickelt haben bzw. sich entwickeln, indem sdhüler, lehrlinge, jüngere arbeiter mobilisiert und z.t. politisiert wurden, so dass in diesen orten die langfristige perspektive nur die sein kann, schon jetzt unter der langfristigen perspektive zur rekonstruktuon der sozialistischen arbeiterbewegung zu arbeiten.

III. bei der projektierung der arbeitsbereiche in mannheim sind also im wesentlichen vier gesichtpunkte von uns zu beachten:
   1. schaffung einer aktionsbasis in der hochschule? wobei wir die bloss antiautoritäre phase der studentenrevolte radikal verkürzen müssen, d.h., antiautoritäres bewusstsein in sozialistisches zu transformieren haben; widersprüche unterm kapitalismus können also in zukunft nicht durch alleiniges üb überbaugestocher aufgedeckt werden, sondern müssen von uns auf den grundwid derspruch zwischen lohnarbeit und kapital argumentativ und aktionistisch zurückgeführt werden .
   2. schutz der in- und ausserhalb der uni arbeitenden genossen: der war bisher in keiner weise gegeben. dieser schutz vor der nächsten zentralen repression (ordnungsrecht, relegation) kann nur wirkungsvoll geschehen, wenn die momente des selbstschutzes in unsere mobilisierung eingehen, ohne dass wir dadurch opportunistisch argumentieren und agitieren.
   3. unterstützung der sozialistischen bewegung im nationalen und internationalen rahmen: in der solidarischen stütze der gruppen, deren angriff auf die zentren der herrschaft am weitesten geführt wurde, liegt unser eigentlicher selbstsdhutz.
   4. tendenzielle aufhebung der ungleichzeitigkeit: wir müssen aus von anderen gruppen praktizierten agitationsmodellen lernen, ohne bei der agitation in der uni (technokraten) und vor den betrieben (von DGB, SPD und DKP und sonstigen grüppchen systematisch deformiertes klassenbewußtsein) die besonderen bedingungen in mannheim ausser acht zu lassen.

IV. dringlichtste aufgabe in diesem semster muss es sein, uns in derhochschule eine basis zu verschaffen, indem wir die möglichkeiten an der uni (AsTa-Apparat) ausnutzen.
   1. die mannheimer auss-gruppe kann im moment aus sich heraus kaum kontinuierlich arbeiten, da weder die theoretischen, personalen noch organisatorischen Voraussetzungen dafür da sind. Stattdessen droht die gruppe, entweder im sumpf zu versacken (zusammen mit einigen ehemaligen sds-individuen) oder sich resigniert auf praxisfremde theorie zu stürzen. (inwieweit diese tendenz durch den gemeinsamen grundlagenerbeitskreis (Betriebsprojektgruppe, auss, sds) angefangen hat, wird sich zeigen).
   2. die betriebsprojektgruppe (BPG) konnte ihre fraktionsgegensätze in der arbeit zum ersten mai zunächst auffangen. aufgrund der personalen zusammensetzung und des mangelnden organisatorischen zusammenhangs treten im moment folgende schwierigkeiten auf:
      a. die am stärksten arbeitenden genossen, die z.t. aus einer jugendgruppe der IG metall, z.t. aus dem nicht-opportunistischen flügel der SDAJ zur BPG kamen, wollen abitur nachmachen, so dass sie nicht mehr allzu lange in den mannheimer grossbetrieben arbeiten werden und die gefahr der "arbeiteraristokratie" tendenziell besteht.

b. einige Genossen der BPG, die gleichzeitig "Kontaktpersonen" im Betrieb sind, können leicht aus ihrem Betrieb rausfliegen.

c. Die Gefahr einer Überfremdung durch Genossen der HD BPG - wie sie von einigen Mannheimer Genossen wahrgenommen wird - scheint noch nicht ausgeschlossen, da einige HD.Genossen nur sporadisch auftauchen und nicht kontinuierlich in Mannheim arbeiten.

Wenn diese Schwierigkeiten nicht bald beseitigt werden, lassen sich zunächst folgende Schwerpunktbereiche projektieren:

a. Lehrlingsarbeit: (Meist in Berufsschulen), die solange sie hauptsächlich in Berufsschulen stattfindet, allzuleicht bloßes Überbaugestocher bleibt (wobei das subjektive Bedürfnis nach sexueller Emanzipation im Moment nicht befriedigt werden kann).

b. Arbeit mit ausländischen Arbeitern: wurde zum ersten Mai begonnen: läuft zur Zeit weiter, indem wir zunächst in einem Betrieb innerbetriebliche Ausbeutung durch Wohnungsterror gemeinsam aufdecken.

3. Der SDS besteht heute aus einem aktiven Kern von 6-8 Genossen, von denen die Hälfte hauptsächlich in der BPG, auf der allgemeinen hochschulpolitischen Ebene und in einer zunächst theoretisch arbeitenden Gruppe in der WiSoFakultät arbeitet, die anderen ausschließlich auf der allgemeinen hochschulpolitischen Ebene. Die beiden Basisgruppen "Philologie" und "politische Psychologie" (ein Gen. aus dem aktiven Kern) werden von uns organisatorisch und bei Aktionen unterstützt.

a. Allgemeine Hochschulpolitik:
Nach einem euphorisch verkündeten aktiven Streik am Ende des WS 1968/69, der nie praktiziert wurde, besetzte der SDS in den Semesterferien kurz das Rektorat, nachdem der Rektor unter Bullenschutz im Museum gewählt wurde. Seitdem wurde - außer auf Institutsebene von den Basisgruppen - überhaupt nicht agitiert, zum Teil weil arbeitenden Genossen zur Vorbereitung des ersten Mai völlig absorbiert waren.

b. Instituts- und Basisarbeit:
Die Basisgruppen wurden Ende des WS 1968/69 von frustrierten SDS-Genossen gegründet; sie arbeiteten in den Semesterferien linke Theorie auf, so daß sie zum Beginn des Semesters von einer rein wissenschafts-immanenten Position her den Lehrbetrieb umfunktionieren wollten. Diese "Strategie" wurde inzwischen zum Teil durch ihre Aktionen korrigiert, indem sich schnell die Grenzen der liberalistisch-opportunistischen Argumentation zeigten (Scheine für Basisgruppenarbeiten), ohne daß damit die Verwertung von Wissenschaft durch den Kapitalismus durchbrochen wird. Wenn auch heute die Basisgruppen nicht angeben können, wie in den zu schaffenden autonomen Gebieten in der Uniformen der Kooperation mit Schülern, Lehrlingen, jungen Arbeitern gefunden werden, so erfährt die Politikder selbstbefreiten Gebiete durch die durchgeführten und geplanten Aktionen ein ständiges Korrektiv.
(Die Anti-SDS-Haltung der Studenten in den Basisgruppen verschwand, nachdem Aktionen (Vorlesungs-go-in) durchgeführt wurden. Inzwischen wurde eine wöchentliche Strategiebesprechung zwischen arbeitenden Studenten in Basisgruppen und arbeitenden Genossen im SDS festgelegt, so daß zunächst von uns über Perspektiven der allgemeinen hochschulpolitischen Arbeit (Ordnungsrecht, AStA) die außeruniversitäre Funktion der Basisgruppen - Zusammenarbeit mit AUSS, Lehrlingen, Gruppen bei militanten Aktionen in der Stadt - vermittelt werden kann).

PERSPEKTIVEN DER POLITIK AN DER HOCHSCHULE

I. AStA (StP, Studentenzeitung)

1. Nachdem verschiedentlich der historische Abriss der Mannheimer Hochschulpolitik und unserer Misere (Referat Gen. Albrecht am 14.4. zuletzt im Arbeitspapier zur Hochschulpolitik von Gen. Weidenmeier am 10./11.5.) aufgearbeitet wurde, ist es klar, daß wir wieder einen AStA brauchen, der im wesentlichen drei strategische Bedingungen erfüllen kann und muss:

a. Austragung von Konflikten mit Unibürokratie und Stadtverwaltung (Fahrpreiserhöhung, Demonstrationen) auf allgemeiner politischer und hochschulpolitischer Ebene und dadurch Mobilisierung von Studenten, die dann in den Basisgruppen aufgefangen werden müssen.

b. Koordinierung der Arbeit ander Basis in und außerhalb der Hochschule

c. Organisatorische Vermittlung der Arbeit der BPG und einer zu schaffenden Justizgruppe.

1. Zur Frage, ob SDS-Asta oder nicht:

a. Wir sind personell nicht in der Lage (auch nicht zusammen mit den Studenten, die in den Basisgruppen arbeiten), einen nicht-opportunistisch arbeitenden AStA zu bilden. Koalitionspolitik erübrigt sich, da es in Mannheim nur verkommene Studentenfunktionäre und die MSU gibt.

b. Also müssen irgendwelche sich liberal gebährdende Individuen den ersten AStA machen. Dazu erscheint es günstig, daß wir
   1. im StP eine starke Fraktion bilden (rote Liste aus SDS und Basisgruppen), die den AStA von Sitzung zu Sitzung radikalisieren kann.
   2. Drei neue Referate schaffen (Basisgruppen, Justiz- und Betriebsreferat), in denen SDS-Genossen arbeiten, die den Rest-AStA (2 Vorsitzende, Hochschul-, Polit-, Auslands-, Kultur- u. Sozialreferat) von innen kontrollieren und radikalisieren.

c. Die sogenannten Liberalen werden, da sie über keine Strategie verfügen, jeden Minikonflikt hochjubeln zu einer Art Strategie. Das nimmt uns Arbeit ab und wir können diese nützlichen Idioten zunächst benützen, um dann immer die Grenzen liberaler Politk aufzuzeigen.

d. Dadurch, daß drei Genossen im AStA arbeiten, ist unsere Arbeit in diesen Bereichen organisatorisch abgesichert.

e. Wenn es uns gelingt, ein Betriebsreferat zu schaffen, können von da aus mit der BPG langfristige Perspektiven zur Arbeiteragitation erarbeitet werden, so daß wir dieses Referat als Hebel in der Institution AStA benutzen können, bis die Herrschenden den AStA liquidieren.

f. Die Politik der Genossen im AStA hat immer zu berücksichtigen, daß der AStA von der Herrschaft willkürlich liquidiert werden kann. Daher müssen sich die Genossen im AStA von vornherein als Gegenmacht zum Rechts-AStA begreifen, die Möglichkeiten der sozialistischen Organisation mit Hilfe des Apparates schaffen.

g. Wir wären besoffen, wenn wir nicht den Apparat ausnutzen, solange es die Herrschaft gestattet; dazu müssen wir immer in unserer Argumentation betonen, daß ein AStA noch als Selbstschutz für die Studentenbewegung nötig ist, so daß sich anbietet über Prüfungskampagne und Kampagne gegen das Ordnungsrecht zu argumentieren.

2. Studentenparlament: Wir haben eine starke Fraktionzu schaffen, die über eine rote Einheitsliste (SDS, Basisgruppen, evtl. ESG-Individuen) gewählt wird, die drei Genossen, die von der Gruppe in den AStA delegiert werden, kandidieren nicht (nachrückender Mechanismus).

3. Studentenzeitung: Können wir hier nicht abschätzen; evtl. keine, sondern "roter Kommentar" regelmäßig (Projekt mit Diskus absprechen).

II. VDS

1. Der vds hat weder linkspluralistischer studentischer Interessenverband zu sein noch zu werden, sondern ein sozialistischer Kampfverband. Erst dann kann er eine echte Schutzfunktion für die arbeitenden Genossen wahrnehmen.

2. Daher kann er sich nicht darauf beschränken, vermeintlich linke Parolen auszukacken ("Übernahme der Produktionsmittel"), sondern muß von der geleisteten und zu leistenden Arbeit an der Basis in und außerhalb der Uni

ausgehen und seine Funktion instrumental wahrnehmen, um sich dann, wenn er objektiv keine historische Funktion mehr hat, von uns liquidiert zu werden.

3. Der vds kann nicht durch wortradikale Satzungsentwürfe zum Instrument der Studentenbewegung werden, sondern nur durch Unterstützung der Genossen, die Arbeit leisten und projektieren.

4. Damit der vds nicht endgültig zum opportunistischen Sammelbecken aller verwaschenen linken Kräfte degeneriert, muß nicht eine spezielle vds-Problematik, sondern muß auf der MV in Göttingen politisch diskutiert werden. Das heißt, die Studentenbewegung hat ihre Möglichkeiten und Grenzen unter den sich weiter verschärfenden Bedingungen unterm westdeutschen Kapitalismus zu diskutieren und diese Diskussion nicht durch Satzungs- und Rätemodellspielereien-geschwätz zu verdrängen.

5. Auf der Kölner MV hat sich gezeigt, daß die Differenzierungen SDS-AStA vs. sons tiger 'linker' AStA die politische Perspektive der ASten nur zunzureichend kennzeichnet: vielmehr fielen SDS-Individuen in kleinbürgerlich-opportunistische Lamentieren über "ihre" reaktionäre Studentenschaften zurück, anstatt ihre eigene Politik selbstkritisch zu analysieren. Die Furcht vor Abwahl bewirkte dann u.a. die Spaltung innerhalb der linken Mehrheit.

6. Position der Mannheimer Genossen:
Es gibt in Mannheim keine Studentenrevolte. Das bedeutet, daß die Mannheimer Genossen so eine Politik an der Hochschule machen, daß auch (und besonders) die Mannheimer Hochschule sich dem Zugriff durch das Kapital tendenziell entzieht und zum Widerstandsnest wird, wobei die rein anti-autoritäre Phase als nötige Geburtswehe der sozialistischen Studentenbewegung radikal verkürzt wird.

Daher müssen wir uns endlich sowohl in die SDS als auch in die VDS-Verbandsdiskussion einschalten, um am Beispiel Mannheim den opportunisten Elementen, die in Köln verhinderten, daß sich der vds als sozialistischer Kampfverband auffaßt, Einhalt zu gebieten.
Wir werden uns also auf der nächsten vds-MV in Göttingen zunächst das Stimmrecht nehmen, indem wir darauf hinweisen, daß lediglich die arbeitenden SDS-Genossen und Basisgruppen in Mannheim überhaupt sozialitische Politik machen können.

Dazu ist es nötig, daß aus den arbeitenden Basisgruppen Philologie und politische Psychologie und aus der projektierten Arbeitsgruppe politische Ökonomie je ein Genosse und ein oder zwei Genossen aus dem aktiven SDS-Kern sich klar auf die vds-MV vorbereiten und den Delegierten ein Papier vorlegen, aus dem klar wird, daß nur wir Nicht-Opportunisten Politik an der Hochschule machen können. Hier wird sich zeigen, ob der "sozialistische Kampfverband vds" einer verbalradikalen Pose zuneigt oder zur materiallen Gewalt werden soll (nämlich, ob wir Stimmrecht kriegen oder nicht). Da nur die arbeitenden Gruppen sozialistische Politik machen können, werden sie selbstverständlich über ihre Möglichkeiten diskutieren und abstimmen (bes. bei Kampfabstimmungen). Darüberhinaus ist es klar, daß nicht die Mannheimer Uraltfunktionäre (Schätzel, Pollinger, Haubold und andere verkommene Studentenfunktionäre) sozialistische Politik machen, sondern daß diese Elemente sich mit formal-demokratischem Heiligenschein (Streikrat) zu den legalen Vertretern der Mannheimer Studenten auf der Kölner MV hochstilisiert haben. (Außerdem sind wir - wenn schon formaldemokratisch - noch der "letzte AStA").
Es ist also nötig, daß ein Teil der arbeitenden Genossen sich diese Woche auf die vds-MV vorbereitet (Mo, 19.5.1969, 17.30 h, SDS-MV HD, TOP: vds) und zur MV dann nach Göttingen fährt (zumal nach Göttingen unsere AStA-Konzeption durchaus revidiert werden könnte.

VENCEREMOS!
Richard Albrecht

FREIBURG:

I. Situation zu Anfang des Semesters

Im WS 68/69 hatten sich bereits in verschiedenen Fächern Basisgruppen konstituiert (v.a. Phil. Fak.). In den Ferien hatte die Schülerprojektgruppe ihre Arbeit aufgenommen, die die Zusammenarbeit der studentischen Genossen mit dem AUSS in Freiburg und die Agitation in den umliegenden Orten Freiburgs koordinierte. Durch die Zusammenarbeit mit Lehrlingen und Jungarbeitern entstand die Projektgruppe Betriebe.
2. Schwerpunkte der Agitation in der Phil. Fak. wurden durch die Arbeit derdBG Germanistik und Politologie gesetzt. Die BG Germanistik führte von Beginn des Semesters an eine konsequente Vorlesungskampagne, die schließlich in Sprengungen mündete. Reaktion des Lehrkörpers: Aussetzung der Vorlesungen, Strafanzeigen gegen die "Störer". Als Alternative wurden freie Arbeitsgruppen gefordert, die sich kritisch mit den tradierten Lehrinhalten auseinandersetzen sollten.
Bei den Politologen entzündete sich der Konflikt am Reaktionär Hennis, der von vorneherein in Frontstellung zur BG ging. Entscheidend war die Diskussion um den Studienausschuß, der sich auf den Boden der GO stellte (nur Empfehlungen). Die Sitzungen des StA wurden von der BG zweimal gesprengt (beim zweitenmal gestützt durch einen Beschluß der VV).
In der Nat.-Math.-Fak. existierte seit einem Jahr eine BG, die sich vorwiegend aus Physikern zusammensetzte. Sie arbeitete hauptsächlich theoretisch mit Schwergewicht zunächst auf Wissenschaftstheorie, dann Militärforschung (Verwertungszusammenhang).
3. Während in fast allen Fächern BGs arbeiteten, nahm der AStA, der von einer in sich gespaltenen Gruppe (Kaktus) und dem SHB getragen wurde, seine Arbeit auf. Charakteristisch für diesen AStA war eine miese Informationspolitik, war der fehlende Kontakt zu den Basisgruppen. Es war somit kein Wunder, daß dieser AStA der politischen Entwicklung ständig hinterherhinkte. Nur daher ist es zu erklären, daß er sich an abstrakten Strukturdebatten über den VDS hielt, daß eine "konsequente" VDS-Politik betrieben wurde, daß schließlich dieser AStA die VDS-Übernahme durch den SDS zum Anlaß nahm, im Studentenrat Antrag auf Sperrung der VDS-Gelder zu stellen, falls der Umzug von Bonn nach Frankfurt erfolge usw.. Angesichts der politischen Eskalation in Germanistik, Politologie, Anglistik rührte der AStA keinen Finger: er veröffentlichte einen beleidigten Artikel zum VDS. Der Beschluß des Studentenrates (auf Antrag der Kaktus-Fraktion), die Gelder vorläufig zurückzuhalten, führte zum Austritt des SHB aus der Koalition und schwächte den AStA endgültig. Zugleich wurde eine Anti-ASta-Kampagne eingeleitet.

II. Zusammenfassend war die Situation des SDS und der BG bis Mitte des SS durch folgende Momente gekennzeichnet:
- dezentralisierte Arbeit in den einzelnen BGs und Projektgruppen;
- mangelnde Koordination der Ansätze;
- undiskutierte Ansätze in der außeruniversitären Arbeit (Betrieb, Fürsorge, Psycho-Projekte)

Die notwendige Organisationsdebatte litt darunter, daß sie nicht ständig im Hinblick auf den strategischen Ansatz für eine Verknüpfung der inner- und außeruniversitären Arbeit geführt wurde und somit die Gefahr bestand, zum einen den Blickwinkel zu sehr auf den Bereich Uni zu verengen, zum anderen die Organisationsproblematik nur auf der rein technischen Ebene zu lösen. Entscheidend waren hier die unklaren Vorstellungen darüber, was revolutionäre Berufspraxis, was den "Rahmen der Uni transzendieren" heißt.
In der Diskussion kristallisierte sich das Modell eines Zentralrats heraus, in dem nicht repräsentativ alle Gruppen vertreten sein sollten, sondern diejenigen Gruppen durch Vertreter zusammengefaßt werden sollten, die in der politischen Arbeit bereits weiter fortgeschritten und damit in der Lage waren, eine initiierende und vorwärtstreibende Rolle zu übernehmen. Funktion dieses Zentralrats sollte sein:
- Vertiefung der theoretisch-analytischen Ansätze
- Ausweitung der politischen Arbeit (Diskussion um Projektbereiche)

- Strukturierung der Arbeitsbereiche

III. Der Streik gegen HGP, Ordnungsrecht und Auflösung der verfaßten Studentenschaften traf uns deshalb ziemlich unvorbereitet. Der AStA war natürlich nicht in der Lage, Impulse für die Streikvorbereitung zu geben. Es kam daher für uns darauf an

a) Die zersplitterte Arbeit der Basisgruppen zu koordinieren. Ansätze dazu waren und sind die Basisgruppenvollversammlungen, die eine Klärung unserer Lage in der Uni erlaubten und zugleich die Diskussion um die Projektbereiche verantrieben.

b) Für die Vorbereitung, Durchführung des Streiks und die Vorbereitung der Arbeit in den Semesterferien ein organisatorisches Zentrum zu schaffen und die Geldmittel des AStA einzusetzen. Das führte zu der Bildung eines zunächst informellen Streikrats, der später durch die Vollversammlung legitimiert wurde. Dieser Streikrat umfaßte die Vertreter der linken Fachschaften, der Basisgruppen und der Projektgruppen, zwei AStA-Mitglieder waren ebenfalls beteiligt.

IV. Auf der VV am 25. Juni wurde der unbefristete, aktive Streik mit 1o5o:1oo:5o beschlossen. Der AStA erklärte seinen Rücktritt; er blieb lediglich zu Abwicklung der finanztechnischen Probleme im Amt, seine politischen Funktionen übernahm der Streikrat.

Die Durchführung des Streiks ging in der Phil. Fak. von den Ansätzen aus, die durch die Aktionen der BGs Germanistik, Anglistik und Politik geschaffen worden waren. Bei den Medizinern wurde der Streik durch das Vorgehen gegen die neue Approbationsordnung wesentlich gefördert (8oo Demonstranten gegen AO); die Math.-Nat.-Basisgruppe verwandte in ihrer Agitation die Verwertung der Naturwissenschaften für die Militärindustrie; es gelang Biologen und Chemiker miteinzubeziehen.

In den Diskussionen über die Fortführung des Streiks ergab sich folgendes:

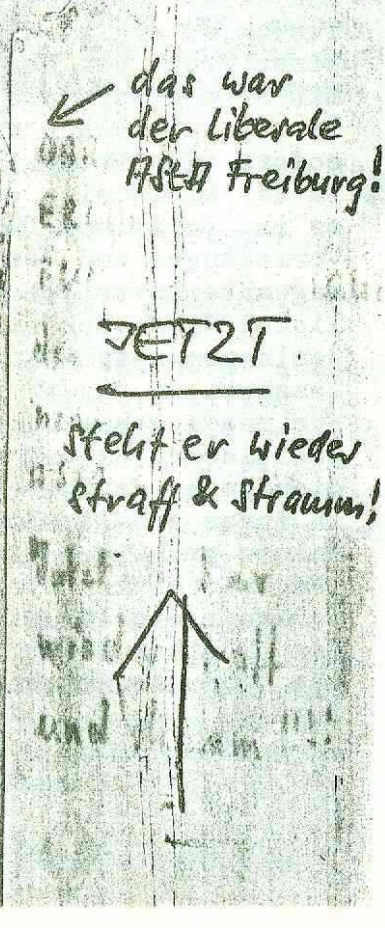
1. Zunächst war durch die Vorlesungssprengungen eine Mobilisierung erfolgt, die nur unvollständig in Arbeitsgruppen aufgefangen werden konnte, zumal keine Klarheit über die Funktion der AGs bestand. Deshalb ist für das weitere Vorgehen bestimmend, eine Selektion der Aktionen i.b.a. die einzelnen Fächer und auch innerhalb der Fächer vorzunehmen, um dann gezielt bestimmte Arbeitsprojekte vorlegen zu können.
   Zugleich ergaben die Erfahrungen bei den Sprengungen eine neue Art und Weise des Vorgehens: gehen die Sprengtrupps geschlossen in die Vorlesung, so ergibt sich häufig (v.a. Naturwissenschaftler) die Bildung einer Front der Hörer gegen die Genossen. Statt dessen haben wir jetzt mit Erfolg versucht, sich von vornherein unter die Teilnehmer der Vorlesung zu mischen und in kleinen Gruppen zu diskutieren. Damit wird sofort eine Frontstellung unterbunden.

2. In der Diskussion um die freien Arbeitsgruppen ergab sich folgendes: es ist politisch falsch, der bürgerlichen Wissenschaft, betrieben in Vorlesungen und Seminaren, lediglich eine kritische im Rahmen der fAG gegenüberzustellen. Die Konsequenz wäre, Lückenfüller für den herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb zu spielen, potentielle Genossen aus den Seminaren abzuziehen und in der Isoliertheit der FAG verkümmern zu lassen.
   Für uns ergab sich daraus, die Arbeit in den fAG im Hinblick auf die politischen Erfordernisse auszurichten, d.h. die Arbeit der AG darf nicht mehr darin bestehen, nur kritische Theorie zu erarbeiten, sondern in ihrer Arbeit müssen diejenigen Inahlte thematisiert werden, die für unsere praktische Arbeit relevant sind und die Diskussion um einen längerfristigen Strategieansatz mit ausdrücklicher Einbeziehung der außeruniversitären Arbeit voranzutreiben.
   Das führte auf der letzten Vollversammlung der BGs zur Einrichtung von Projektbereichen, auf die die Arbeit der BGs und AGs ausgerichtet wird.

V. In der vorletzten Semesterwoche ergibt sich folgendes Bild:
1. Bei den Juristen wurde der gesamte Lehrbetrieb eingestellt;gegen diese Einstellung wurde von einem Studenten sofort eine einstweilige Verfügung eingereicht,die große Aussicht auf Erfolg hat.
2. Bei den Medizinern wurden in der Physiologie die Vorlesungen eingestellt;die Scheine sollen ausgegeben werden.
3. Bei den Germanisten ist der Vorlesungsbetrieb eingestellt.Die BG,zu Semesteranfang gleichzeitig Fachschaft,Semestermitte abgewählt,wurde mit großer Mehrheit erneut gewählt.
4. Bei den Politologen ruht vorübergehend der gesamte Lehrbetrieb;bei den Anglisten teilweise.
5. Bei den Biologen wurde der Lehrbetrieb aufgrund einer einzigen Vorlesungssprengung sofort eingestellt.
6. Die PH hat auf einer erneuten VV die Fortführung des aktiven Streiks unbefristet beschlossen.5o Examenskandidaten erklärten,evtl. nicht sofort in den Schuldienst einzutreten.

Die Taktik des Lehrkörpers ist folgende:man läßt die Vorlesungen ausfallen,setzt evtl. den gesamten Lehrbetrieb aus und weicht damit der Konfrontation mit den Studenten und deren Forderungen aus.Damit soll erreicht werden,daß sich der studentische Protest im Sande verläuft;ein nicht unbeträchtlicher Teil der Studenten wird lieber nach Hause fahren,der Konfrontation aus dem Wege gehen.Durch diese professorale Taktik soll das Aufzeigen und Angreifen von Herrschaftsverhältnissen in den Instituen erschwert,soll eine Polarisierung verhindert werden.

Die ASta Diskussion ist in ein neues Stadium getreten:da der AStA noch immer von einer großen Zahl von Studenten als Vertretungsorgan akzeptiert wird,ist es falsch,ihm schon jetzt,vor seiner Auflösung,nur noch die Abwicklung der finanziellen Probleme zu überlassen und die politische Funktion dem Streikrat zu überlassen:das käme seiner frühzeitigen faktischen Auflösung gleich.Deshalb wird angestrebt,durch den SDS und die BG den AStA zu übernehmen und dadurch einmal zu erreichen,daß für die noch zu leistende Arbeit in den Semesterferien eine Zentrale geschaffen wird,zum anderen bietet sich durch einen SDS-AStA die Möglichkeit,für den Fall der Auflösung bereits einen Ansatz einer Organisationsstruktur zu besitzen, zum dritten kann die Auflösung eines SDS-AStA,der von den BGs getragen wird,für eine erneute Mobilisierung inder Uni benutzt werden



DAS VERHÄLTNIS VON PSYCHOLOGIE UND KAPITALISMUS UNTERSUCHEN !

(MAO)

I. Seit etwa einem Monat beschäftigt sich die BG Psychologie mit einer ausführlichen Untersuchung der inhaltlichen Bestimmung ihrer Wissenschaft durch die herrschenden Interessen und Intentionen der Wirtschaftsgesellschaft. Die Frage nach den Zielen und Strategien der Wissenschaft führt über die Wissenschaft hinaus zu den Mächten, von denen Wissenschaftler und deren Produkte materiell abhängig sind.

Die Psychologie wird nun in ihren hauptsächlichen Funktionen analysiert: Verschleierung von Herrschaft und Verlängerung der materiellen Abhängigkeit ins Psychische. Folgende Thesen lassen sich jetzt schon aufstellen:

1. Die Motivation der Arbeitenden wird angepaßt an die durch das Profitinteresse diktierte Struktur der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsablaufes.

2. Die innerbetriebliche Herrschaft wird abgesichert, z.B. durch Verbesserung des Betriebsklimas.

Die Herrschaft im Betrieb wird effektiviert durch Vorgesetztenschulung (Management training), z.B. Scheindemokratisierung im Betrieb durch "partnerschaftliche" Haltung gegenüber den Unterdrückten.

II. Zwang zum Konsum unnötiger Güter (Werbepsychologie): der kapitalistische Verschleißplanung von Waren kommt die Psychologie entgegen, indem sie zum permanenten Konsum aufgrund von Statusordnung bzw. Weckung von Statuswünschen anreizt.

III. Zur Absicherung des Systems nach außen und innen und zur Gewährleistung der Vollbeschäftigung benötigt die kapitalistische Gesellschaft die Rüstungsproduktion und deren Verwendung, zumindest die Drohung damit, soll die Kriegsmaschinerie reibungslos funktionieren, braucht sie Menschen als quasitechnische Bestandteile: Dazu schafft die Psychologie die Voraussetzungen, indem sie die für ein reibungsloses Funktionieren im Apperat notwendige Auslöschung der Individuellen Identität absichert. Dies geschieht dadurch, daß sie systematisch die Bewußtwerdung dieses Zustandes verhindert; das kann sie nur leisten, durch Schaffung und Anbietung von emotionalen Indentifizierungsmöglichkeiten mit rein apparativen Funktionen. D.h. der Psychologe besorgt die effektive Anpassung des Menschen an den Zerstörungsapparat und lehrt sie, die Folgen seiner Anwendung zu verdrängen.

IV. Die Besetzung der Arbeitsplätze wird nach den Profitinteressen der Unternehmer gesteuert; die Psychologen effektivieren einerseits die Steuerung durch Anwendung von klassentrennenden Tests, andererseits lügen sie den Betroffenen vor, daß deren individuellen Fähigkeiten überhaupt von Bedeutung seien. Das jüngste Beispiel dafür findet sich im HGP, in dem vorgesehen ist, daß sich jeder Schüler und Student obligatorischen, dem Ausbildungsgang begleitenden "Bildungsberatungen" unterwerfen muß.

V. Personen, die den Druck der so verwalteten Gesellschaft nicht aushalten, und "krank" sind, treibt die Gesellschaft durch die Mühle der psychologischen Diagnostik. "Heilung" ist nur durch Anpassung möglich. Wenn diese nicht gelingt, so wird der Betroffende in stationäre Klinikbehandlung überwiesen, d.h. aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Dadurch entstehender Ausfall von Arbeitskräften darf ein gewisses Maß nicht übersteigen; die Psychologen sorgen dafür, indem sie präventive Maßnahmen wie "mental health" und Psycho-"Hygiene" betreiben.

VI. Dazu wirken die Psychologen mit an der allgemeinen Verschleierung und Ablenkung von gesellschaftlichen Konflikten; die Interessen der Herrschenden werden darin so formuliert, daß die Massen sie für ihre eigenen halten (Publikationsorgane).

B. Der strategische Stellenwert dieser Untersuchung

Das eigentliche Ziel dieser Untersuchung ist, daß sie uns detailliertes Material liefert für die Argumentation im Kampf gegen die Unterdrücker. Adressaten der Agitation sind zunächst die Studenten, die durch die Erlernung psychologischen Wissens zu potentiellen Unterdrückung werden. Zu ihrer praktischen Konsequenz gelangt die Analyse erst dann, wenn die Ergebnisse dieser Analysen den letztlich Unterdrückten, d.h. den Lohnabhängigen Massen zu vermitteln.

C. Die grundlegenden Perspektiven dieser Untersuchung sind politökonomische Überlegungen. Daher ist es notwendig, daß die daran Mitarbeitenden in den Semesterferien sich differenzierte Kategorien der Politökonomie erarbeiten. Durch die Einbeziehung der Fachbereiche Soziologie, Politologie und der sogenannten Volkswirtschaft wird die fachidiotische Trennung der Einzelwissenschaften aufgehoben. In den Instituten, in denen an der Untersuchung gearbeitet wird, wird die Forderung nach finanziellen Mitteln, nach Räumen und nach Anerkennung dieser Arbeit als Schein-würig gestellt. Damit die politische Arbeit im Rahmen dieser Untersuchung nicht nicht zum Nachteil derer auswirkt, die trotzdem noch auf die Studienzertifikate als Voraussetzung ihrer existentiellen Basis angewiesen sind, werden für diese Genossinnen und Genossen Vorbereitungs-Arbeitskreise für die Pflichtkurse im kommenden Semester durchgeführt.

Basisgruppe Psychologie

basisjura info

Der Versuch des Kultusministeriums, die studentische Opposition mittels Ordnungsrecht und Zerschlagung der verfassten Studentenschaft zu liquidieren und die technokratische Formierung der Studiengänge über die Köpfe der Betroffenen hinweg durchzusetzen, führt uns die dringliche Notwendigkeit der Organisation in und außerhalb der Universität vor Augen. Ausgehend von einer inhaltlichen als auch formalen Kritik des juristischen Studiums sollen hier die Möglichkeiten studentischer Politik für die nächste Zukunft aufgezeigt weeden.

Inhaltliche Kritik

Der Studienbetrieb in seiner derzeitigen Form beschränkt sich auf die klassischen Fächer des bürgerlichen Rechtsstaates(BGB, StGB, Eingriffsverwaltung u.a.). Die modernen Rechtsentwicklungen (Arbeits-, Steuer-, Wirtschaftsrecht und Sozialrecht) werden bewusst vernachlässigt oder ganz ignoriert.
Der Student muß aber auf Grund der Prüfungsanforderungen das geltende Rech erlernen, in dem das Kategoriensystem des bürgerlichen Rechtsstaates zur Verdrängungsideologie gerinnt (Vgl. etwa die Auflösung des das bürgerliche Recht tragenden Grundsatzes der Vertragsautonomie). S wohl Lehrstoff als auch Praxis des Juristen werden widersprüchlich und können immer weniger verstanden werden. Die Rechtswelt ' st sich auf in zusammenhanglose Rechtsgebiete einer unbegriffenen Totalität. Das Kernproblem des juristischen Studiums ist daher seine Ausrichtung auf die Fächer der klassischen Jurisprudenz und der aus ihr folgenden Integration des Lehrstoffes und der jur. Praxis. Diese Ausrichtung erfährt ihren praktischen Hintersinn in den Interessen der Gruppen, die irrationale Macht akkumuliert haben. Sie hätten eine Juristengeneration , die gelernt hätte, die wahren Machtverhältnisse zu durchschauen und deren Legimitä prüfen, wahrhaftig zu fürchten.
Der Zusammenhang zwischen den in der juristischen Sphäre von einander getrennten Rechtsinstitute kann aber nur zurück gewonnen werden durch die Aufdeckung der sie real verbindenden Bezüge. D.h. die Rechtswissenschaft und ihre Praxis müssen von uns auf ihren gesellschaftlichen und historischen Zusammenhang reflektiert werden.

Den Fächern Philosophie , Geschichte, Soziologie und Politische Ökonomie kommen in diesem Konzwpt Schlüsselstellungen zu. Um diesem Anspruch gerecht zu werden müssen sie in Zusammenhang und in Bezug auf das geltende Recht und seine praktische Konsequenzen betrieben werden.

Der Reflexionsprozess wird nicht dadurch möglich, daß man eine sogenannte Rechts-Philosophie oder Rechts-Geschichte von ihren Mutterdisziplinen abtrennt und der Rechtswissenschaft angliedert. Die Trennung der Philosophie und der Rechtswissenschaft ist historisch bedingt und kann nur verstanden werden als eine Trennung von Theorie und Praxis im Verlaufe der Entwisklung der bürgerlichen Gesellschaft. Folgerichtig verstehen sich die Vertreter der Bindestrichdisziplinen als bloße Archivare juristischen Kulturgutes. Nur eine enge Kooperation aller relevanten Disziplinen an Hand von praktischen Schwerpunktnen kann den Reflexionsprozess einleiten.

Unser politischer Kampf in und außerhalb der Universtiät muß deshalb darauf angelegt sein, die willkürlichen Grenzen zwischen den einzelnen Fakultäten zu durchbrechen und sie durch eine enge Kooperation aller wissenschaftlichen Disziplinen an Hand praktischer Bedürfnisse unserer Politik zu ersetzen.

Institutionelle Kritik

Gerade am institutionellen Rahmen des juristischen Lehrbetriebes hat sich die vorwiegend gewerkschaftlich ausgerichtete Politik der Studenten der letzten Jahre gestoßen. Dabei wurde oft die inhaltliche Kritik , die den institutionellen Rahmen viel gründlicher sprengt und reformistische Verkürzungen verhindert, vergessen. Die Vertreter der bürgerlichen Rechtswissenschaft und die herrschenden Gesellschaftschichten sind sich längst darüber im klaren, daß diese Wissenschaft jeder Rationalität entraten hat. Sie müssen deshalb größten Wert auf institutionelle Absicherung gegen rationale Kritik legen. Sie erreichen das einmal durch eine Verbindung von Sach- und Amtsautorität des Profesors in der Vorlesung und Übung, zum anderen garantieren die das Studium strukturierenden Übungen mit ihrem Scheinzwang und das übermächtige Staatsexamen die Degeneration des ursprünglich sachlichen Interesses an der Materie zu einem bloßen Erfolgs-und Statusinteresse des Studierenden. Deshalb halten auch alle Reformvorschläge der juristischen Fakultäten mit der Billigung durch die Justizministerien so halsstarrig an der

formal richtigen Erkenntnis die Vorlesung verlassen, daß sie nicht in der Lage ist, stoffliche Überblicke über einzelne Rechtsgebiete zu verschaffen. Die Identifikation zwischen Person des Lesenden und Inhalt des Gelesenen und ihre institutionelle Absicherung schützen beide vor inhaltlicher Kritik. Die eng an die Vorlesung geklammerte Massenübung und das Staatsexamen besorgen den Rest.

Unsere Politik an der Universität kann deshalb nicht darauf gerichtet sein, die bestehenden Lehrveranstaltungen der Universität durch Einbringung von Kritischen Gegenpositionen zu neuem akademischem Leben zu erwecken. Vielmehr müssen wir systematisch die Lehrveranstaltungen herausgreifen, die geeignet sind, unsere praktische Politik ausserhalb der Universität vorzubereiten und zu unterstützen. Gelingt es uns, außerhalb der Universität Fuß zu fassen, werden wir die praktischen Erfahrungen in die Universität zurückvermitteln. Dann erst sind wir in der Lage, den Autoritätsanspruch der Ordinarien , die Reglementierung des Studiums durch Scheinzwang und Staatsexamen als Aufluss gesellschaftlicher Ausbeutung und Unterdrückung augenfällig zu entlarven und wirksam in Frage zu stellen.

Studentische Politik

Die technokratische Formierung der Universität kann nicht isoliert betrachtet werden. Sie steht in Zusammenhang mit den Bemühungen der herrschenden und besitzenden Schichten durch die Liquidierung des GG (Notstandsgesetze) und Integration der Gewerkschaften in den Monopolkapitalistischen Staat (konzertierte Aktion), ihre Macht und ihre Profite zu sichern. Eine Strategie-Diskussion ist deshalb auch nicht mit der abstrakten Postulierung der Basisgruppen erledigt. DiesesKonzept muß im Rahmen der aktuellen politischen Auseinandersetzung und ihrer Historie begriffen werden. Die BG's entstanden aus der Kritischen Universität als Ausdruck der Einsicht in die politische Notwendigkeit, die mobilisierten Studenten an ihrem Arbeitsplatz zu organisieren.
Die gewonnenen theoretischen Einsichten sollten nicht folgenlos für die Organisation des eigenen Studiums bleiben. Die Gefahr einer solchen Dezentralisation der politischen Aktivität der Studenten liegen auf der Hand. Die BG reproduziert formal den Fachidiotismus der bürgerlichen Wissenschaft. Wenn sie den Kampf in den einzelnen Instituten nicht inhaltlich zu führen versteht, droht die ihrem Anspruch nach sozialistische bald in gewerkschaftliche Politik abzugleiten, die den gesamtgesellschaftlichen Be-

zug ihres Kampfes aus den Augen verliert.
Die gefährliche Tendenz der BG's kann nur durch eine inhaltliche Strukturierung aller studentischen Aktivitäten aufgehalten werden. Inhaltlich bestimmt sich die studentische Politik durch eine längerfristige Strategie über die Universität hinaus. Denn nur in Zusammenarbeit mit anderen Bevölkerungsgruppen kann die studentische Selbstorganisation zum realen Machtfaktor innerhalb und außerhalb der Universität werden. Ansatzweise wurde diese Strategie in außeruniversitären projektbereichen(Schüler-, Lehrlings-, Betriebsprojektgruppe) verwirklicht. Die Aufgabe der BG'en wird es sein, in Zusammenarbeit mit Arbeitern, Schülern und Lehrlingen deren Organisation theoretisch und praktisch zu unterstützen und die politischen Erfahrungen dieser Gruppen in die Universität zurückzuvermitteln, um so gleichzeitig die Selbstorganisation der Studenten langfristig zu konsolidieren.
Juristen und Politologen bereiten gemeinsam eine Aufklärungskampagne über Wahlen und Parlamentarismus in der Bevölkerung vor.
Lehrlinge und Jungarbeiter benötigen die Unterstützung durch Juristen im Kampf gegen staatliche Zwangssozialisation in Lehrlings- und Erziehungsheimen, gegen die ständigen Übergriffe der Vormundschafts- und Jugendfürsorgeinstitutionen und gegen die unter dem Vorwand der Unmündigkeit betriebene Ausbeutung durch die Lehrherren und Betriebe.
Juristen versuchen gemeinsam mit Psychologen in Gefängnissen mit Gefangenen Kontakt aufzunehmen.

Termine der bestehenden Arbeitsgruppen werden täglich über Wandzeitungen und Flugblätter veröffentlicht!

UNTERSTÜTZT DIESE ARBEIT! ORGANISIERT EUCH IN FREIEN ARBEITSGRUPPEN!

Basisgruppe Jura Basisgruppe Jura Basisgruppe Jura Basis

K i e l : AKTIVER STREIK UND EINHEITSFRONT

Mit dem aktiven Streik vom 2. - 10.6. und der Demonstration vom 9.6. antwortete die Studentenschaft der Universität Kiel auf Ordnungsrecht und Hochschulgesetz. Mit dem Beschluß vom 10.6., den Streik abzubrechen, zeigte die Mehrheit der Studentenschaft, daß sich für sie aus dem aktiven Streik keine langfristige Perspektive für die Organisation des Widerstandes gegen OR und HSG ergeben hatte. Man hatte geglaubt, durch eine breite Solidarisierung aller politischen Gruppen, ohne die Frage nach einer politischen Perspektive zu stellen, einen effektiven Widerstand gegen HSG und OR leisten zu können.

Besonders die Meinung vieler liberaler Studenten, die Professorenschaft würde sich mit der Studentenschaft solidarisieren, erwies sich in dem Augenblick als Illusion, als die Germanisten zur wirklichen Selbstorganisation durch Verlängerung des Streiks übergingen. In den einzelnen Arbeitsgruppen der Germanisten hatten sich während des Streiks ganz konkrete Vorstellungen über einen langfristigen Widerstand ergeben, die sie durch die Fortführung des Streiks auf breiter Basis weiterentwickeln und verwirklichten wollten.

Auf diesen Versuch, Form und Inhalt ihrer weiteren Praxis selbst zu bestimmen und das Germanistik-Studium in die Diskussion über seine gesellschaftliche Relevanz in der spätkapitalistischen Gesellschaft zurückzuholen, reagierte die schon immer reaktionäre, nur scheinliberale Professoren-Riege der Phil.-Fak. mit Aussperrung der Studenten. Herr Braunert hatte uns in seiner subtilen Weise mit lautem Gebrüll schon am vergangenen Freitag klargemacht, um was es hier geht: um die terroristische Verteidigung der Ordinarien-Universität.

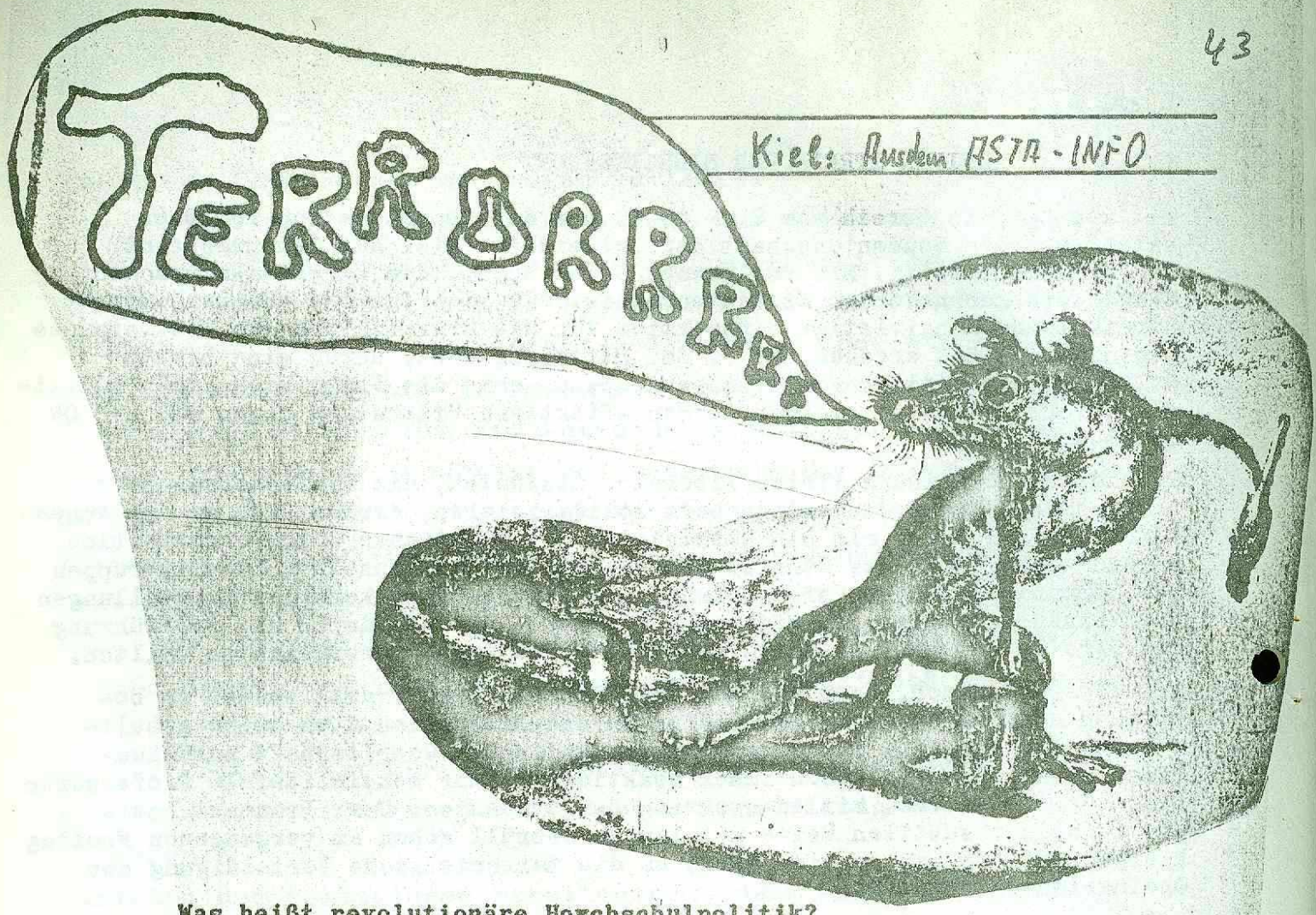
Diese Aussperrung durch die Phil-Fak.Ordinarien-Mafiosi hatte den Zweck, die Studierenden der Phil.-Fak. gegen die Germanisten zu mobilisieren. Indem diese Studenten "bestraft" werden sollten, versuchte man, den Entschluß der Germanisten zu kriminalisieren, von der inhaltlichen politischen Begründung dieses Streiks abzulenken und so - anstelle einer wirklichen politischen Entscheidung der Germanisten-VV - durch eine Angstpsyche die Germanisten gefügig zu machen.

Bei dem Verhalten der Ordniarien wird deutlich, daß es ihnen nie um einen wirklichen Kampf gegen das funktionalistische HSG zugunsten einer Demokratisierung der Hochschule ging, sondern nur um die Erhaltung ihrer feudalistischen Rechte. In dem Augenblick, in dem die Studenten Selbstbestimmung und Selbstorganisation zu verwirklichen begannen, sind sie bereit, die feudale Universität ("Bewahren und Ergänzen" - Göttinger Historiker Heimpel) zugunsten einer funktionalistischen aufzugeben, da diese ihnen immer noch mehr ihre scheinbar "rein wissenschaftliche" Machtstellung garantiert.

Die Professoren haben durchaus erkannt, daß ein von den Germanisten entwickeltes Modell der Selbstorganisation ihren Interessen zum Trotz auch auf die anderen Institute der Phil.-Fak. übergreifen würde. Selbstorganisation als Widerstand heißt: das Studium organisieren nach den Notwendigkeiten einer auf Emanzipation des Teils der Bevölkerung gerichteten Praxis, der die Vertretung seiner objektiven Interessen noch nicht in die Hand genommen hat. Auf genau diese Praxis müssen wir uns in unserem Streik vorbereiten. Das ist die Perspektive, in der wir den aktiven Streik sehen.

KOMMT MASSENHAFT ZU UNSEREN ARBEITSKREISEN .

Kiel: Aus dem ASTA-INFO



Was heißt revolutionäre Hoxchschulpolitik?

Die Politik der Drittelparität ging und geht von einigen fundamental falschen Ausgangspunkten aus:

1. Die Fetischisierung der Parole Drittelparität verdrängte den Zusammenhang zwischen einer kapitalistischen Gesellschaft und der Produktionsstätte Wxs Universität, d.h. an der Fiktion einer demokratischen Universität innerhalb einer autokratisch sturktürierten Gesellschaft wurde stillschweigend festgehalten.

2.. Die mit der Drittelparität operierenden Studentenpolitiker funktionierten als Verwalter der Interessen einer entpolitisierten Masse von Studenten. Das bedeutet: die Praktizierung einer solchen Politik verhinderte konkret die Selbstorganisation der Studenten.

3. Das Konzept der Drittelparität wandte sich zwar egen den Machtanspruch der Ordinarien und beabsichtigte, die studentischen Freiheitsräume abzusichern oder zu vergrößern. Aber diese Strategie arbeitete mit den Mitteln und Methoden bürgerlicher Politik und hatte den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft damit in der Praxis von der Tagesordnung gestrichen.

Aus der Kritik der obigen Positionen ergibt sich die Formulierung einer revolutionären Hochschulpolitik, deren Ziel die sozialistische Hochschule sein muß. Das bedeutet: wir müssen analysieren, welche Funktion wir selber als Studenten sowie die Universität innerhalb des Klassenkampfes in einer spätkapitalistischen Gesellschaft einnehmen müssen.

Die Frage ist also, wie wir den Angriff auf die bürgerliche Wissenschaft entfesseln können mit entsprechenden organisatorischen Konsequenzen, wie wir uns auf eine entsprechende revolutionäre Berufspraxis und damit auf den außeruniversitären Kampf vorbereiten können.

Der Angriff auf die bürgerliche Universität darf sich nicht darstellen als kritische Diskussion in einem professoralen Seminar oder einem studentischen Freizeitzirkel. Er kann nur verstanden werden als ein Kampf um die Selbstorganisation der Studenten im Institut in Form autonomer studentischer Lern- und Arbeitskollektive, deren Bedingungen von den Teilnehmern selbst festzulegen sind (z.B. Form der Benotung, Scheinvergabe, Lehrinhalte usw.). Mit dem Kampf um die Selbstorganisation verbinden sich konkrete Forderungen an die universitären und staatlichen Machthaber: Entscheidendes Gremium in einem Institut muß die Institutsvollve sammlung mit mindestens folgenden Kompetenzen sein:

1. Entscheidung über die Einstellung aller wissenschaftlichen Angestellten,
2. Bestimmung des Lehrplans sowie aller noch vorhandenen Prüfungsordnungen,
3. Entscheidung über die Verteilung aller dem Institut zufließenden finanziellen Mittel.

Gerade die Vorbereitungen auf eine spätere revolutionäre Berufspraxis verlangen die drei oben genannten Essentials. Sie stellen konsequente demokratische Forderungen dar, die wir uns unter Anwendung politischer Kampfmittel (z.B. Streiks, Institutsbesetzungen usw.) erkämpfen müssen.

Wenn es uns gelingt, daß in studentischen Arbeitskollektiven bereits an der Universität die sozialistische Berufspraxis theoretisch und praktisch erarbeitet werden kann, haben wir die Universität den Verwertungsinteressen des Kapitals entscheidender entzogen, als wenn wir in einem funktionslosen Uni-Gremium Mitbestimmung spielen. Wir fordern alle jetzt streikenden Studenten auf: macht Eure Institute und Arbeitskreise zu Instrumenten des Klassenkampfes! Macht Eure Berufsbedingungen zum Gegenstand Eurer Arbeit, d.h. ergänzt die kritische Theorie durch die Vorbereitung auf eine revolutionäre Praxis nach dem Studium.

Aus: ASTA-INFO KIEL

ASTA-Flugblatt

Am Montagabend fand im Innenhof der Mensa ein Teach-In statt, auf dem Kritik geübt wurde an der politischen Funktion und am Verlauf der studentischen Psotestdemonstration, am Dienstagnachmittag fand die studentische Vollversammlung statt, die nach keineswegs ausführlicher Diskussion über die Konzeption und mgögliche Weiterführung des aktiven Streiks entschied, den in der Urabstimmung beschlossenen Streik abzubrechen. Es lohnt sich, die auf diesen Versammlungen deutlich gewordenen gegensätzlichen Positionen noch einmal abzugrenzen und daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Die Sprecher derer, die für Abbruch des Streiks stimmten, meinen, daß es so weitergehen soll:

1. Der Streik, der in Ruhe und Ordnung durchgeführt wurde bzw. werden sollte, um Parlamentarier, Ordinarien, Assistenten und bürgerliche Öffentlichkeit für die berechtigten studentischen Forderungen einzunehmen, war eine Geste de Unwillens. Jetzt sei es an der Zeit, auf der Grundlage des in der Öffentlichkeit erworbenen Wohlwollens zusammen mit Parlament, Professoren- und Assistenten - schaft das fortschrittlichste Hochschulgesetz auszuhandeln, das es je gab. Im dieser Situation seien Streiks, Demonstrationen und Aktionen überflüssig geworden.

2. Man hat die Öffentlichkeit über die studentischen Forderungen informiert; diese Arbeit kann fortgesetzt werden, auch wenn nicht gestreikt wird. Der Druck der öffentlichen Meinung werde die Parlamentarier langfristig zu Kompromissen zwingen.

3. Die studentischen Vertreter sollen sich mit den Gewerkschaften gut stellen, die ja schließlich auch für die "Demokratisierung" des Ausbildungswesens seien. Im übrigen sollen sie sich politische Zielsetzungen, die mit spezifischen studentischen Interessen nichts zu tun hätten, aus dem Kopf schlagen. Richthof (DSU): "Wir wollen eine demokratische Universität, aber nichtddie sozialistische Revolution!"

4. Trotz Einheitsfront aus öffentlicher Meinung, Professoren-, Assistenten- und Studentenschaft, die das argumentative Übergewicht am Verhandlungstisch wirkungsvoll Snterstützen werde, sei es notwendig, neben dem nun wieder anlaufenden Lehr- und Ausbildungsbetrieb die Basisgruppen zu konsolidiren und die "Selbstorganisation" voranzutreiben.

Wir, die wir für die Weiterführung des aktiven Streiks plädierten, meinen dazu:

ad 1.: Diejenigen, die ihre Handlungen an den Reaktionen einer diffusen öffentlichen Meinung orientieren, die auf das Placet unserer Gegner, der Ministerial-, Wirtschafts- und Universitätsbürokratie spekulieren, verhalten sich wie Kinder in der Politik: Belohnung durch politisches Wohlverhalten! Kein noch so system-immanentes, ordentliches, sittsames Verhalten hat die Notstandsgesetze verhindern können, auch system-immanent argumentierende und handelnde DSU-Asten in NRW konnten die technokratische Hochschulreform nicht verhindern. Im Gegenteil! Die Herrschenden gehen ungestört zur Tagesordnung über, wir ernten ein gutmütiges, leicht abschätzig gemeintes Schulterklopfen (siehe KN om 11/12.6.). Und was Verhandlungen, deren sich der Rektor rühmt, erbringen, zeigt das Fernschreiben der CDU-Fraktion, das auf der Vollversammlung verlesen wurde. Einzige "Verbesserung": Die Studenten wählen Studmntenvertreter in den belanglosen Senat und in das belanglose Konsistorium, wo diese Funktionäre sich in einer Minderheitsposition abstrampeln dürfen! NEIN! Wir kommen nur vorwärts, wenn wir konsequenten Widerstand leisten, der seine Aktionsformen nach den Notwendigkeiten der politischen Praxis bestimmt (siehe Besetzung des politologischen Seminars).

ad 2. und 3.: Diese Argumente zeigen die bürgerlich elitäre Haltung der Mehrheit der Studentenschaft: Man will die Öffentlichkeit und die Lohnabhängigen vor den Karren der Studenten spannen. Die Lohnabhängigen sollen sich für die akademische Demokratie einsetzen! Diese Lohnabhängigen interessieren sich einen Scheißdreck für universitäre Demokratie, solange die Demokratie in den Betrieben und Büros, die Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten durch die sozialistische Demokratie nicht verwirklicht ist.
NEIN! Die Politik: alle Privilegien für die schon Privilegierten, universitäre Demokratie ja - Arbeiterdemokratie, sozialistische Revolution nein (Richthof, DSU), ist von gestern und verewigt unsere Isolierung! Aus dieser Isolierung kommen wir nur heraus, wenn <u>wir</u> die latenten Interessen der Lohnabhängigen aktualisieren und uns dann mit ihnen solidarisieren, <u>nicht umgekehrt</u>! Dann müssen wir ernst machen mit der Erkenntnis, daß das Studium für uns nur Durchgangsstadium für eine an der gesellschaftlichen Umwälzung orientierte Berufspraxis ist. Dann dürfen wir die Reorganisation des Studiums und der Universität nur daran messen, ob sie uns vroanbringt in der Vorbereitung auf die spätere revolutionäre Berufspraxis. Wir hätten die Fortführung des aktiven Streiks gebraucht, um in dieser Perspektive voranzukommen. Denn der offizielle Lehrbe-

trieb gibt uns nichts, was uns dabei wieiterhilft. Darum hätten wir ihn weiter lahmlegen sollen!

ad 4.: Dieses Argument zeigt die ganze Schizophrenie der Streikabbrecher. Abgesehen von der Unmöglichkeit, unter dem Leistungsdruck des Ausbildungsbetriebes die Basisarbeit und Selbstorganisation hier in Kiel voranzutreiben, muß man doch fragen, wozu Selbstorganisation, wenn man meint, in Verhandlungen Arm in Arm mit Professoren und Assistenten die demokratische Hochschule aushandeln zu können. Das können doch auch studentische Experten! Aber diese Schizophrenie zeigt, als was die meisten Studenten diesen Streik ansahen: demonstrative symbolische Geste, Freiraum, in dem man auch mal die interessante "kritische Theorie" betreiben kann. Eine Woche absolute Lernfreiheit für die Studiosi, dann wieder ins Geschirr! Aber damit es daneben für die vom Studium frustrierten Studenten immer noch Refugien gibt: Lernfreiheit in den Basisgruppen! Die Herrschenden lachen doch nur über dieses Spielchen!

NEIN! Selbstorganisation soll keine parasitären Freiräume schaffen sondern Gegemachtapositionen aufbauen, von denen aus wir den herrschaftsstabilisierenden Lehrbetrieb angreifen können, um uns schon hier in der Universität die Möglichkeiten zu erkämpfen, im späteren Beruf eine unterstützende Funktion in der Emanzipationsbewegung der Lohnabhängigen ausfüllen zu können.

Das ist die Arbeit und das Ziel sozialistischer Studenten.

Der AStA versteht sich als das politische Instrument, diesen Kampf der sozialistischen Studenten wirksam zu unterstützen und voranzutreiben!

K I E L

Der Streik und die Ordinarien (aus Med Info 6)

Der wichtigste Punkt für die Passivität der Ordinarien scheint mir aber folgender zu sein: Ihre Position als Ordinarien wird zwar durch das neue HSG geschwächt werden, aber die Ordinarienuniversität bleibt als Gesamtstruktur erhalten. Assistenten und Studenten fordern aber die Abschaffung der Ordinarienuniversität. Es wurde zwar auf einer der Klinikervollversammlungen tunlichst das Schlagwort "Ordinarien-Universität" vermieden - man sprach stattdessen von einer Ablehnung "monkratischer Entscheidungen" (Preisfrage: Wer fällt diese Entscheidungen?) und hielt das für einen taktisch klugen Zug, um die Ordinarien nicht zu verschrecken, aber diese Taktik brachte niemandem etwas ein, und wir sollten aufhören, die Konflikte weiter zu verschleiern. Sagen wir es endlich deutlich: Assistenten und Studenten können keine gemeinsamen Interessen mit den meisten Ordinarien haben, wenn es um die Abschaffung dieser hierarchischen Universitätsstruktur geht. In diesem Punkt war gwxf folgerichtig kein geschlossenes Vorgehen gegen das HSG möglich, und da dieser Punkt die entscheidenste Forderung der Studenten und Assistenten beinhaltet, ist es illusionär zu glauben, die Masse der Ordinarien würde wie ein Mann hinter unseren Forderungen stehen. Wer schafft sich selbst schon gern ab?

Nach dem Streik entwickelten einige Ordinarien eine plötzliche und unerwartete Aktivität: Am 11.6. beschloß eine Germanistenvollversammlung, dem Streik fortzusetzen, da die dort versammelten Studenten der Meinung waren, daß ein kurzfristiger Protest gegen HSG und

OR keine verändernde Wirkung gezeigt hat und zeigen kann und daß die Ansätze der Selbstorganisation der Studenten und die Entwicklung langfristiger Arbeit innerhalb der Universität weitergetrieben werden muß. Am 18.6. entschied sich erneut eine VV der Germanisten für die Fortsetzung des Streiks um eine Woche. Auf diesen VVS versuchten einige Studenten wiederholtk Angstzustände bei den Germanisten herbeizuführen, indem sie von Scheinen sprachen, die nicht ausgestellt werden würden, von ausfallenden Seminaren uhd der Existenzbedrohung der Stipendienempfänger, um so gegen die Weiterführung des Streiks zu agitieren. Ähnlich argumentierten die Mitglieder des Lehrkörpers der Phil Fak und das Rektorat. Plötzlich aber wurde es anders: Einige Professoren in anderen Instituten der Phil Fak (besonders Anglisten) sperrten die Studenten aus ihren Lehrveranstaltungen aus, um sich mit ihren bestreikten Germanistenkollegen zu solidarisieren. Gerade die, denen angeblich das Beamtenrecht keine Möglichkeitgab, sich politisch im aktiven Streik für die Gesamtinteressen der Universität zu engagieren, zeigten, daß das Recht für sie nur ein Stück Papier ist, wenn es unmittelbar um ihre eigene Herrschaftsstellung geht. Es zeigte sich also, daß die Meinung vieler liberaler Studenten, die Professorenschaft würde sich mit der Studentenschaft solidarisieren, sich in dem Augenblick als Illusion erwies, als die Germanisten zur wirklichen Selbstorganisation durch Verlängerung des Streiks übergingen. In den einzelnen Arbeitsgruppen der Germanisten hatten sich während des Streiks ganz konkrete Vorstellungen über einen langfristigen Widerstand gegen HSG und OR ergeben, die sie durch Fortführung des Streiks auf breiter Basis weiterentwickeln und verwirklichen wollten. Die Ausperrung durch die Phil-Fak-Ordinarien hatte den Zweck, die Studiere den der PhilFak gegen die Germanisten zu mobilisieren. Indem diese Studenten "bestraft" werden sollten, versuchte man, den Entschluß der Germanisten zu kriminalisieren, von der inhaltlichen politischen Begründung dieser Streikfortsetzung abzulenken und so durch die Herbeiführung eines Angstzustandes sich die Germanisten gefügig zu machen.

Dieses Verhalten zeigt deutlich, daß es diesen Ordinarien nie um einen wirklichen Kampf gegen das HSG und für eine Demokratisierung der Hochschule ging, sondern nur um die Erhaltung ihrer feudalistischen Rechte. Sie hatten begriffen, daß die Selbstorganisation der Studenten ihre Machtposition unterlaufen könnte.

Die FS Anglistik beantwortete das Verhalten ihrer Ordinarien mit der einzig richtigen Maßnahme - einem einwöchigen Streik, weil sie ihrem Protest gegen die Disziplinierungspolitik der Ordinarien, die eine Spaltung der Studentenschaft beabsichtigte, Ausdruck geben wollte.

LIBRO LIBRE: SOZIALISTISCHER BUCHLADEN FREIBURG
7800 Freiburg, Herrenstr. 53, Fon. 48782

Das LIBRO LIBRE verschickt u.a. die verschiedenen vom SDS herausgegebenen Broschüren, die beim BV nur bei Mindestbestellungen von 10 Exemplaren abgegeben werden, auch einzeln.
Das LIBRO LIBRE wird außerdem versuchen Adressenlisten von den Gruppen außerhalb der Universitätsstädte zusammenzustellen. So soll sichergestellt werden, daß alle Publikationen der revolutionären Bewegung allen Interessenten und Genossen zugänglich werden.
Das LIBRO LIBRE wird unregelmäßig Listen aller Publikationen zusammenstellen und verschicken.
Die Freiburger Genossen versuchen über eine bessere Verteilung des Informationsmaterials die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Gruppen in den Universitätsstädten und den anderen Städten zu verbessern.
Diese Arbeit wird in der Konstitutionsphase der revolutionären Bewegung der Lehrlinge, Schüler und Studenten immer wichtiger. Für das Herstellen einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen den Gruppen werden feste Verbindungen notwendig.
Die SOZIALISTISCHEN BUCHLÄDEN die es mittlerweile in fast allen SDS-Gruppen gibt, müssen daher für ihren regionalen Bereich die Verteilung des Materials übernehmen.
Die Freiburger Genossen werden voläufig auch für das gesamte Bundesgebiet Materialien verschicken. Diese Aufgaben müssen die SDS-Läden zunehmend selbst übernehmen.

SCHREIBT DEN GENOSSEN IN FREIBURG !

ARBEITET IN DEN SOZIALISTISCHEN BUCHLÄDEN !

STELLT DEN KONTAKT ZU DEN GRUPPEN IN DEN KLEINEN STÄDTEN HER !

UNTERSTÜTZT DIESE GRUPPEN IN IHREM KAMPF !

Thesen zur aktuellen Situation an der Hamburger Universität

aus APO-PRESS (Hamburger Informationsdienst) 2 Hamburg 4 annenstr.32
tel. 229332

1. Zur Lage der sozialistischen Studentenopposition

Die Situation der sozialistischen Studentenopposition ist gegenwärtig gekennzeichnet durch eine perspektivlose Handwerkelei. Wenn man von einigen kleinen, kontinuierlich aktiven Restgruppen im SDS absieht, bietet sich folgendes Bild.
1.1. Die Hoffnung, auf der Basis einer HSU-SHB-SDS-Koalition einen starken und handlungsfähigen Asta zu erhalten, hat sich nicht erfüllt. Die Bündnispartner des SDS erweisen sich als eine schwerwiegende Bremse: vor allem in der HSU und bei den "Linksunabhängigen" grassiert eine individualistische Spießerei (z.B. Kaufmann-"Uni-Life"), die permanent ihr privates Geltungsbedürfnis mit den Erfordernissen von Strategie und Taktik verwechseln. Die SDS-Fraktion hat sich bis heute nicht gegen diese Gruppierung durchzusetzen vermocht. Perspektivdebatten bleiben regelmäßig in personalistischen Auseinandersetzungen hängen.

1.2. Daß sich die SDS-Gruppierung im Asta bis heute nicht durchzusetzen vermochte, liegt daran, daß es derzeit einen operationsfähigen SDS an der Hamburger Universität nicht gibt. Alle Reorganisationsversuche auf breiter Front sind bis heute fehlgeschlagen. Der SDS ist in eine Reihe von Basisgruppen zerfallen, die eo ipso nicht fähig sein können, die vom Machtkartell auf allen Ebenen gleichzeitig vorgetragene Gleichschaltung der Universität zu bekämpfen. Hinzu kommt, daß selbst in diesen Basisgruppen nicht mehr kontinuierlich gearbeitet wird. Finden überhaupt noch Aktionen statt, dann sie meistens schlecht vorbereitet und knüpfen zudem auch noch an unwichtigen Nebenkonflikten an (angesichts der inzwischen verabschiedeten Hochschulgesetzgebung wie eh und je nur mit Vorlesungsrezensionen anzufangen, ist schwachsinnig. Drexelius hat denn auch die Oehler-Affäre sofort benutzt, um die Schulbehörde als Faktor von Ruhe und Ordnung bei den Ordinarien wirkungsvoll ins Gespräch zu bringen. Die Auseinandersetzung mit Vorlesung und dgl. ist längst zum (relativ) irrelevanten Nebenkonflikt geworden; daß man trotzdem wieder von vorn anfängt, zeigt nur, wie stark das Bedürfnis ist, die versäumten Massenaktionen anläßlich der Verabschiedung des Hochschulgesetzes zu rationalisieren, statt daß man den Fehler einsieht und versucht, noch herauszuholen, was herauszuholen ist).

1.3. Inzwischen hat der AStA zum Boykott der demnächst fälligen Konzilswahl aufgerufen. Es bleibt abzuwarten, ob dieser (richtigen) Konzeption seitens des AStA Taten nachfolgen werden. Für die aktiven Restgruppen im SDS ist es allerdings müßig, von dieser Seite relevante Aktionen zu erwarten. Es liegt vor allem an ihnen, ob es der Schulbehörde gelingt, für dieses erste Instrument der Verinnerlichung der Gleichschaltung der Universität im Bewußtsein der Studenten eine Zahl von Jubel-Studenten hochzukorrumpieren oder nicht. Da sich der Kampf gegen die Hochschulgesetze in den anderen Bundesländern gerade zuspitzt, bekommt die Verhinderung der ersten Institutionalisierung des Hamburger Hochschulgesetzes einen überregionalen Stellenwert. Basisgruppen, die nicht bereit sind, sich bis zum Semesterende zur Realisierung dieser Konfliktstrategie zur Verfügung zu stellen, sollten endgültig abgeschrieben werden. Es muß allen sozialistischen Studenten klar sein, daß die Hochschulabteilung der Schulbehörde und die Universitätsverwaltung (und nicht die Alt- und Neonazis auf den Lehrstühlen) gegenwärtig unser gefährlichster Gegner sind. Folglich muß sich jede Konfliktstrategie auf sie konzentrieren.

2. Zur Lage der Ordinarien und Dozenten

Die sozialistische Studentenopposition hat offensichtlich immer noch nicht begriffen daß die Ordinarien auf Grund des Hochschulgesetzes in gewisser Weise zu sozialen Absteigern werden. Mit der ordinarialen Institutschefherrlichkeit ist es in Forschung wie in Lehre ein für allemal vorbei.

2.1. Die institutsbezogene Forschung wird eindeutig in interdisziplinären Schwerpunkten zusammengefaßt ("Sonderforschungsbereiche" in Afrikanistik, Iberoamerikanistik und Endokrinologie; daneben das neue "Schwerpunktprogramm" des Wissenschaftsministeriums für Ozeanographie (Schiffbau-Versuchsanstalt, Schiffbau-Institut, Meteorologisches Institut, Institut für Radiemeteorologie, Institut für Physik des Erdkörpers)).

2.2. Was den Lehrsektor betrifft, werden gegenwärtig 40 % aller Assistenten zu Dozenten "ernannt". Bei einem Großteil dieser Assistenten handelt es sich um servile Lakaien der SPD, die wohl das richtige Parteibuch, von ihrer wissenschaftlichen Disziplin aber oft keine Ahnung haben. Folglich werden solche Ordinarien, denen es nicht gelungen ist, in einem der komprimierten Forschungsschwerpunkte unterzukommen, praktisch entmachtet. Sie werden zu Opfern der vom Hamburger Machtkartell bewußt betriebenen Zerstörung der Universität, die etwa zu 2/3 (philosophische Fächer) zu einer "Fachhochschule" degradiert wird und auf die Schwerpunktprogramme im Forschungssektor keinen Einfluß mehr hat.

Da also die Ordinarien ohne dies unweigerlich absteigen, brauchen wir diesen Prozeß nicht noch zusätzlich zu beschleunigen. Was fällt, braucht man nicht unbedingt auch

noch zu treten. Auf jeden Fall bedeuten solche Tritte Aktionen in Nebenkonflikten, die nicht die geringste Perspektive haben und somit überflüssig sind.

3. Zur Strategie der Hochschulabteilung der Schulbehörde und der hinter ihr stehenden Machtgruppen

Wie sich aus der Kurzanalyse der Lage der Ordinarien ergibt, hat sich die Hochschulabteilung der Schulbehörde eindeutig als Motor der technokratischen Transformation der Universität ausgewiesen. (Daß die Universitätsverwaltung dabei kräftig mitmischt, versteht sich von selbst. Seiner Funktion nach ist Ehrlicher inzwischen als Bestandteil des gleichschaltenden Staatsapparats aufzufassen, wenn auch als dazu erpreßter; jede Aktion gegen den Rektor kann demzufolge letztlich nur darauf abzielen, die Studenten gegen die Hochschulabteilung zu mobilisieren.)

Der gegenwärtige Stand läßt sich folgendermaßen beschreiben:

3.1. Degradierung der Uni zu einem zwischen höherer Schule und bisheriger Uni gelagerten College-System

Das heißt im einzelnen: numerus clausus in immer mehr Fächern, um die Studentenzahlen auf 20000 einzufrieren; Einführung von Zwischenprüfungen, um die geplante Aufsplitterung des Studiums in "Normal"-, "Haupt"- und Aufbaustudium" durchzusetzen; Erhöhung der Zahl der Dozenten, bei denen es nicht mehr auf wissenschaftliche Qualifikation ankommt (es wird ja nicht mehr geforscht), sondern auf Servilität und Selektionsbereitschaft in den Massenfächern. Diese Entwicklung gilt für folgende Fächer und Fakultäten: für die Philosophische Fakultät (Ausbildung von Gymnasiallehrern), für Soziologie und Politologie (mittleres Management in den Verwaltungsapparaten) und auch für die Wirtschaftswissenschaften (mittleres Industriemanagement; die Spitzen werden aus den etwa 2o % übrigbleibenden "Aufbaustudenten" rekrutiert).

3.2. Imperialistische Transformation der "Sonderforschungsbereiche"

Mit Ausnahme des Sonderforschungsbereichs "Endokrinologie" in Eppendorf bringt die Kompression der Hochschulforschung an der Uni Hamburg deren ausgesprochen imperialistische Funktionalisierung mit sich: es wird ein "Sonderforschungsbereich" Iberoamrikanistik und einen "Sonderforschungsbereich" Afrikanistik geben (über beide wird APO PRESS noch ausführlich berichten).

3.3. Völlige Ausgliederung des naturwissenschaftlichen Spezialzweigs Ozeanographie aus der Universität

Wie schon angedeutet, fallen mehrere Universitätsinstitute in einen neuen Schwerpunktbereich des Bundeswissenschaftsministeriums: sie werden zusammen mit Forschungseinrichtungen an der Uni Kiel, Hannover und (demnächst) Bremen zusammengelegt. Herr Meins, Chef der Hochschulabteilung Hamburg, ist in der "Deutschen Kommission für Ozeanographie" vertreten, ebenso einige Ordinarien (Brocks, Hansen usw.). Auch hierüber wird APO PRESS demnächst Einzelheiten berichten.

3.4. Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Schulbehörde und die Universitätsverwaltung in aller Stille dazu übergegangen sind, die Universität Hamburg systematisch zu zerstören: sie zerfällt tendenziell in eine Massen-Fachhochschule ohne jede Forschung, in drei bis vier zusammengefaßte Forschungsparzellen, und ein Teil der naturwissenschaftlichen Fakultät wird völlig ausgegliedert. Dies ist die Zielsetzung, die mit dem Hochschulgesetz staatlich abgesichert werden soll. Deshalb sollte die sozialistische Studentenopposition endlich aufhören, über die Verstaatlichungstendenzen zu lamentieren; sie sollte sich der Inhalte annehmen, die dahinter verborgen sind, und - eingedenk der Tatsache, daß kritische Erkenntnis nur wissenschaftlich und damit auf der Basis eines gewissen Forschungsapparates möglich ist - den Kampf gegen die Zerstörung der Universität in drei verselbständigte Bereiche aufnehmen.

4. Für eine Revision der bisherigen Konfliktstrategie

Die Kurzanalyse der Strategie der Hochschulabteilung der Schulbehörde, die bis in die letzten Einzelheiten den qualitativ neuen Verwertungsinteressen des großen Kapitals im Hinblick auf die Universitäten entspricht, zeigt, daß die bisherige Konfliktstrategie der sozialistischen Studenten nicht mehr ausreicht, um einen zielorientierten Kampf um die Universität zu führen. Wenn man die Aktivität dieses Semesters mit den tatsächlichen Entwicklungstendenzen der Universität mißt, stellt man ohne weiteres fest, daß sie sich blind auf den künftigen College-Bereich der Universität beschränkt und bezüglich der imperialistischen Kompression der Forschung und der Ausgliederung der Universität nicht im geringsten wirksam gewesen ist. Es muß aber klar sein, daß die Aktivität einiger Basisgruppen in der Philosophischen Fakultät keinesfalls ausreicht, um überhaupt zu einer in sich geschlossenen Gegenstrategie gegen die Zerstörung der Universität zu kommen. Darüberhinaus bedeutet die noch immer beibehaltene Fixierung des Konflikts auf die Auseinandersetzung zwischen Professoren und Studenten im Vorlesungs- und Seminarbereich, daß die Schulbehörde als Agent des Kapitals ungehindert weiter im Trüben fischen kann. Den Herren Drexelius und Konsorten kann nichts lieber sein, als diesen Nebenkonflikt weiter künstlich anzuheizen (vgl. die Aktion von Drexelius im Zusammenhang mit der Oehler-Affäre!).

4.1. Eine wirksame Revision der bisherigen, auf die Philosophische Fakultät beschränkten Konfliktstrategie setzt zunächst einmal die Hebung des Bewußtseinsniveaus der sozialistischen Studenten voraus. Erste Aufgabe der Restkader der Studentenopposition ist demnach, sich in den Semesterferien intensiv auf eine Vermassung der Kenntnis der Ursachen und Mechanismen der Zerstörung und Transformation der Universität und überhaupt der bundesrepublikanischen Wissenschaft vorzubereiten. Geschieht dies nicht, ist die Hamburger Studentenopposition entgültig ohne Perspektive.

4.2. Der Pluralismus dezentralisiert arbeitender Basisgruppen muß so schnell wie möglich wieder aufgehoben werden. Der Kern der Studentenopposition muß sich wieder zu einem schlagkräftigen Aktionzentrum zusammenfinden, das - neben qualitativ verbesserter Agitation - zur Initiierung der neuen Konfliktstrategie in den beschriebenen drei Teilbereichen der auseinanderfallenden Universität befähigt ist. Die neue Konfliktstrategie hat sich primär gegen die Hochschulabteilung und die hinter ihr stehenden Machtgruppen zu richten.

4.3. Ansatzpunkt der neuen, einheitlichen Konfliktstrategie ist zunächst der Kampf gegen die Konstituierung des Konzils. Dieser Kampf muß so rasch wie möglich inhaltlich legitimiert werden: es ist klarzumachen, daß das Konzil nicht fähig sein wird, das Auseinanderfallen der Universität zu verhindern und eine studentische Kontrolle über die imperialistischen Schwerpunktprogramme des Forschungssektors einzuleiten. Dabei kommt alles darauf an, sobald wie möglich ein praktikables Gegenmodell gegen die technokratische Zerstörung der Hochschule vorzulegen. Dieses Gegenmodell muß auch darstellen, durch welche Aktionen in welcher Zeit der Kampf gegen die technokratische Transformation der Universität zu welchen Ergebnissen zu führen hat. Gleichzeitig muß versucht werden, eine sozialistische Alternativstrategie für den gesamten Hamburger Ausbildungs- und Wissenschaftssektor zu entwickeln.

(Autorenkollektiv im SDS-Hamburg)

12

KÖLN: VON DER AKTIVIERUNG DES ANTIAUTORITÄREN KAMPFES ZUM ELEND DES AKTIVISMUS

(erschienen WS 68/69)

"Die Forderung, die Illusion über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung den Zustand aufzugeben, der der Illusion bedarf."

Karl Marx

"Historische Erfahrungen verdienen Beachtung. Eine Linie , eine Anschauung muß ständig erläutert, wiederholt erläutert werden. Es geht nicht sie lediglich einigen wenigen zu erläutern, sondern man muß sie die breiten revolutionären Massen wissen lassen."

Mao

Die Situation des Kölner SDS heute zu begreifen, heißt den geschichtlichen Kontext dessen, was heute sein Resultat ist, sich klarmachen. Die Kritik an der Entwicklung dieser Gruppe seit fast einem Jahr, muß zugleich ihre tatsächliche Vergangenheit, wie auch ihre gegenwärtige Wirklichkeit und die Aussichten ihrer Veränderung in Betracht ziehen. Ziel dieser Arbeit ist nicht, diesem Anspruch umfassend gerecht zu werden; sie kann nur klarer machen, was heute seinen Einfluß scheinbar verloren hat und zeigen, daß die zentralen Probleme - damals ungelöst - heute verstärkt der Lösung bedürfen.

Der Ausgangspunkt ist das Aufkommen der antiautoritären Richtung als eines politischen Faktors im SDS Köln. Dabei lassen sich drei Phasen unterscheiden, die einer kritischen Aufdeckung und Formulierung bedürfen:

1. Der Ausbruch des SDS aus dem Hochschulghetto durch aktive Teilnahme am Kampf gegen die Notstandsgesetze.
2. Rückschlag: Verschärfung der Richtungskämpfe im SDS. Entstehen und Vergehen des Zentrismus.
3. Offensiver Rückzug auf die universitäre Spielwiese.

Phase 1:

Das Vorgehen gegen die NS-Gesetze verschärfte den latent vorhandenen Konflikt zwischen Altgenossen und Antiautoritären. Die Auseinandersetzung spitzt sich durch die verschiedenen Strategien zu: die Antiautoritären entwickeln eine offensive Konzeption, die 1. die Mobilisierung der NS - Gegener, das Hineintragen der politischen Aktion in die Uni 2. gleichzeitig den Ausbruch aus der Uni und den Zugang zu den Arbeitern zum Ziel hat. Sie klammern sich an die Fiktion, die NS-Gesetze tatsächlich verhindern zu können. Diese Fiktion basiert auf ihrem gebrochenen, weil unbewußten Verhältnis zur Realität. Die Folge war eine Fehleinschätzung der überhaupt mobilisierbaren Kräfte, die effektiven Widerstand leisten könnten. Andererseits macht erst diese Fiktion den ungeheuren Arbeitsaufwand für die Antiautoritären erträglich, von dem letztlich die faktisch erreichte Mobilisierung abhing.

Die Strategie der Handlanger des Sowjetrevisionismus ist auf das abziehen eines Teils der von a. mobilisierten Potentials, vor allem unter den Arbeitern gerichtet. Sie verfolgen damit eine Politik gegen die a. und für ihre eigenen Zwecke, nämlich ihre Kader zu vergrößern, dasich für sie nicht das Problem des Ausbruchs aus dem Unibereich stellt und sie ihrem subjektiven Bewußtsein nach eine Agit-Prop-Basis bei Arbeitern haben (sie sind schließlich die "Avantgarde" des Proletariats), arbeiten sie gegen die strategische Konzeption der a.; versuchen sich nachträglich in die erste Reihe zu stellen, um somit die sich anbahnende Aktionseinheit von a. und kampfbereiten Arbeitern unter ihre Kontrolle zu bringen. Wir wissen, daß ihre Kader in den Betrieben die Anweisung zum Abwiegeln bekamen. Der "radikaldemokratischen Bewegung verrücktgewordener Kleinbürger" (B.Hartmann auf einem jour fix: "Warum sollten wir unsere Kader einem radikaldemokratischen Wunsche opfern?), die drauf und dran ist, in einigen Betrieben Arbeiter zum aktiven Kampf gegen die NS-Gesetze zu gewinnen; setzen die Altgenossen den Apparat ihrer Kaderorganisation entgegen, um die a. an dem Einsickern in ihr Arbeitermonopol zu hindern. Das ist jedoch erst die eine Stoßrichtung ihrer Konterrevolutionären und opportunistischen Politik. (Man vergesse die damaligen Mauscheleien der späteren DKPisten mit der herrschenden Reaktion nicht!). Die andere richtet sich gegen die Trotzkisten, die eng mit den a. zusammenarbeiten. Die Strategie der Altgenossen entlarvt sich damit als Handlungshilfe für die Henkel des Marxismus-Leninismus. Durch diesen Gang durch das Arschloch der Legalität werden sie mit dem revisionistischen Bastard DKP belohnt.

ZUSAMMENFASSUNG:

die antiautoritäre Strategie:
a) Verhinderung der NS-Gesetze durch Massenmobilisation
b) Ausbruch aus dem Uni-Bereich
c) Gewinnung des Zugangs zu den Arbeitern

die revisionistische Strategie:
a) Ausnutzung des mobilisierten Potentials
b) Verhinderung des Ausbruchs der a. aus dem Uni-Bereich
c) Verhinderung des Zugangs zu den Arbeitern durch die a.

PHASE 2

Trotz des vollständigen Zusammenbruchs der NS-Strategie wird das A-Lager quantitativ gestärkt. Dadurch ändern sich die Mehrheitsverhältnisse in der Gruppe. Die a. begreifen sich durch und nach dem Kampf gegen die NS-Gesetze als konkrete Negation der Altgenossen, was sich sofort in dem Bestreben artikuliert, eine inhaltliche Bestimmung der eigenen Theorie und Praxis zu fixieren und die schließliche Überwindung der bisherigen altgenössischen Funktion des Kölner SDS, , nämlich als Pforte des KPDistischen Revisionismus auf dem Campus, zu erreichen.
Es gelingt den a. die Schlüsselfunktionen zu übernehmen. (Durchsetzung bei der Vorstandswahl, Übernahme der Delegiertenstimmen, Erreichung einer aktiven linken Mehrheit, taktische Meisterleistung beim Ausschluß Bubenbergers auf der dk). Dabei treten zum ersten Mal in voller Schärfe zwei Probleme auf, die seither immer wieder zu brennpunkten der Auseinandersetzung in der a richtung werden.

a) Das Herauslösen aus der übernommenen Legitimität (abgeleitet aus der Theorie und Praxis der Berliner und Münchner Genossen) und die Entwicklung neuer Handlungsmodelle, die die Kölner Verhältnisse berücksichtigen.
b) Organisatorische Abtrennung der am Sowjetrevisionismus orientierten Altgenossen als politischer Faktor im SDS-Köln.

Beide Probleme sind dialektisch miteinander verbunden: die a als Negation der Altgenossen versagen in der theoretischen Auseinandersetzung mit ihnen. Dieses Versagen wird jedoch nicht zum Ausgangspunkt einer kritischen Analyse der gemachten Fehler (Selbstkritik); stattdessen bringt die a-Richtung den Zentrismus hervor, der jene alteingesessenen Antis, die sich in langem hilflosem Kampf gegen die Altgenossen aufrieben, sammelt und sich als scheinbare Negation der Negation versteht. Die Zentristen praktizierer ein völlig irreales Organisationsmodell für die Gesamtgruppe, das auf eine Monopälisierung der Information mit ihren Händen hinausläuft. Sie dominieren in den endlosen Diskussionen, die inhaltlich nichts bringen, das probleme Bewußtsein der a. jedoch total verschütten; noch spiegeln sie sich in der Selbstgefälligkeit, die Avantgarde im SDS-Köln zu sein; noch ignorieren sie den von 2 a. vorgelegten Organisationsentwurf, der eine Theorie-Praxis-Dynamik und die Hebung des theoretischen Niveaus der a-Richtung zur Absicht hat: "das rothierende Pantoffeltier".
Es hatte zur Mutter die vielbeschlafene Dame Chaos und zum Vater den Horror Vacui. Der radikale Bruch mit den Altgenossen steht beovr. Die a. müssen eine Form finden durch die die koordinierte politische Arbeit langfristig möglich ist. In der Manier einiger Antis, den Zentristen, die wie bunte Fliegen koksend und maulend auf der alten Scheiße hocken, geht es nicht weiter. Die während der NS-Aktionen spontan herausgebildeten, durch permanente Erregung und Anwesenheit konstituierten Gruppen, waren in Frustration und privatem Ferienglück versackt. Um dieses Gefühl der Hilflosigkeit aufzufangen, das viele Genossen mehr oder weniger reumütig in die Arme der KPDisten zurückgetrieben hätte, muß ein Organisationsmodell angeboten werden, das den a. praktikabel und den Handlangern des Sowjetrevisionsismus unannehmbar erscheint. Diese Funktion hat das rotierende Pantoffeltier auf der Spaltungs-MV glänzend erfüllt.

Den Test der praktischen Anwendung besteht es dagegen nicht im mindesten. Um die KPDistische Organisation negieren zu können, hat es die Einbeziehung der Totalität sozialistischer Theorie- und Praxis (tup) in die Arbeit der Gruppe intendieren müssen (Projektgruppen: Arbeiterschaft, Uni, Antifaschismus, Dritte Welt etc.). Der vorgebliche theoretische Background der Zentristen, die vorgebliche Theoriegeilheit der neueingewanderten a. läßt den Irrtum aufkommen, der SDS könne zum Trainingszentrum einer neuen Avantgarde werden, die sich der ganzen Spannweite revolutionärer Aufgaben einmal zu stellen haben wird. Dieser Irrtum beruht auf der Abstraktion von der Klassenlage der Genossen und der spezifischen Kölner Situation.
Die Gründung der DKP-Hochschulgruppe forcierte den Kampf der a. die organisatorische Trennung durchzuführen: notwendig wird damit die Funktion der Zentristen erkannt, denen die Altgenossen durch ihr sektiererisches Absetzen ihre objektive Basis entziehen und die die a., denen sie sich subjektiv zugehörig glauben, als das entlarven, was der Zentrismus tatsächlich ist: ein opportunistischer und damit reaktionärer Bremsklotz, der den zur Entscheidung drängenden Richtungskampf zwischen Altgenossen und a. abblockt und in seiner Existenz die auftretenden Konflikte verschleiert. Als politische Kraft war der Zentrismus damit zerschlagen. Trotzdem verhindern seine Reste - trotz Akzeptierens der theoretischen Notwendigkeit - den Versuch, endlich die Organisationsfrage anzugehen, konkret: 20 DKP-Leute auszuschließen. Die Auseinandersetzung der a. mit den Revisionisten und den Zentristen hat die politische Arbeit der Gruppe paralysiert.

FAZIT:

Die dialektisch miteinander verbundenen Probleme der a.-Franktion des Kölner SDS, nämlich die Herauslösung aus der abgeleiteten Legitimität (oder anders ausgedrückt: Die Gewinnung eines spezifisch Kölner Modells für die Hochschulrevolte) und die Zerschlagung der revisionistischen Fraktion sowie die Aufhebung beider in der Organisationsfrage, sind von den a. nicht

nicht gelöst worden. Es entsteht ein Vulgäranarchismus, der die "radikale Lösung" der a.-Probleme darstellt, indem er ihr Vorhandensein leugnet. Der Vulgäranarchismus ist nicht - wie der Anarchismus - anti-institutionell, sondern antiorganisatorisch. Der Stellenwert der Organisation als Vermittlung von tup wird somit völlig verneint; die Theorie kommt aus derPraxis, die Praxis schafft das qualitativ neue Bewußtsein; das mit der Leugnung der Organisationsfrage auch die a.-Bewegung selbst zur inhaltsleeren Formel wird, wird nicht gesehen.

PHASE 3

Die Mehrzahl des zu Beginn des WS aktiven a.-Genossen sind der Sorge für ihren Unterhalt enthoben worden dadurch, daß sie vom elterlichen Geld, von ihren Frauen oder von Stipendien zehren, welche zu den Privilegien der Bildungsbourgeoisie gehören. Dem Gespenst, daß ihnen in den Hörsälen, den Instituten und auf den Fluren der Uni auflauert, dem Gespenst, daß sie aus den Prüfungs- und Seminarordnungen heraus anstarrt, dem Gespenst der drohenden Proletarisierung, stellen sie verschreckt die große Verweigerung entgegen, die in Wirklichkeit eine kleine abstrakte Negation ist. Dem abstrakten Wissenschaftsbetrieb wird eine gleichermaßen abstrakte aktionistische Betriebsamkeit entgegengesetzt und nichtwissenschaftliche Praxis erarbeitet. Dem irrationalen Leistungsdruck der Uni wird die Verweigerung jeglicher Leistung entgegengesetzt. Daß gerade auch revolutionäre Arbeit und Analyse mühsam ist, die nicht ohne funktionale Leistung auskommt, wird in der breiigen Phrase Frustration ersäuft. Die organisierte Repression der Institution Uni wird wird eine vulgäranarchistische Organisationsfeindlichkeit entgegengesetzt, statt in Kampf-Kritik-Umgestaltung das entscheidende Instrument des Widerstandes zu erkennen. Diese Entwicklung des SDS bedeutet ideell einen Rückfall auf vorsozialistische Funpositionen. Dies wird noch dadurch gefördert, daß die Aktion sich an Handlungsschemas orientieren, die nicht selbständig entwickelt, sondern fertig importiert werden.Durch die Publizität der Berliner, Frankfurter und Münchner Ereignisse wird bei der Kölner Studentenschaft ein Nachholbedarf für "antiautoritäre" Aktionen geweckt. Losgelöst vom Prozeß ihrer theoretischen Ausbildung führt dieser Aktionstyp in der Gruppe zur Vorherrschaft theorieloser Kolporteure.
Materiell führt diese Entwicklung jedoch zu einer in Köln bislang nicht geahnten Mobilisierung und Vermehrung der aktiven SDS-Mitglieder. Ihren Höhepunkt erreicht der Rückzug auf die Uni mit der Rektoratsbesetzung. Von Seiten des SDS geht die Initiative auf den vulgäranarchistischen Flügel über. Die Rektoratsbesetzung ist Resultat einer von linken Hochschulgruppen getragenen Kampagne für die Öffentlichkeit der Hochschulgremien. Während die betriebene Agitation um Vermittlungzu den Studentenmassen die Dominanz Linker - nicht SDS-Studenten krass hervortreten läßt, zeugen die Vulgäranarchisten wie Karnickel ad-hoc-Grüppchen, die ihren "Erfolg" nach der Rektoratsbesetzung stabilisieren und ihre Aktivistengarde verbreitern soll. Die vulgäranarchistische Argumentation stellt den größten gemeinsamen Nenner dar, durch den die individuell erfahrene Frustration artikuliert und in gemeinschaftlichen Handlungsformen umgesetzt werden kann.
Jedoch: "Eintagsfliegen planen leichtfertig den gigantischen Baum zu erschüttern." (Mao).

Das durch die Rektoratsbesetzung relativ schnell herbeigeführte Erfolgserlebnis findet aber keine Wiederholung. Um so totaler ist der anschließende Zusammenbruch, als der Elan der gegründeten Aktionskomitees aufgrund des Fehlens weiterer Konfrontationen mit der Uni-Administration und der Polizei versandet. Diese Frustration hat mehrere Folgen:

1. sie führt zu einer erneuten Privatisierung vieler durch Öffentlichkeitskampagnen und Rektoratsbesetzung gerade erst mobilisierter Studenten.
2. Sie führt zu einem Bedürfnis nach irrationalen, anarchistischen Aktionen, deren politischer Stellenwert in der Selbstbefriedigung liegt.

3. Sie führt zur Gründung von Basisgruppen in einigen Fächern, verbunden mit der Einsicht der Genossen, wirkungsvolleren Aktionen müsse eine effektive Mobilisierung der Basis in den einzelnen Instituten vorangehen.

Die darauf folgende Phase ist von anarchistischen Leerlaufen erfüllt. Ohne reale Basis oder Vermittlung zu den Studenten werden die Konfrontationen voluntaristisch konstruiert: Institutsbesetzungen oder Sprengung von Fakultätssitzungen, an denen zum Teil nur etwa 20 Personen teilnehmen. Die Justizkampagne, die die Funktion haben soll, den Klassencharakter der Justiz und die damit zusammenhängende Problematik den Jurastudenten und der studentischen Öffentlichkeit aufzuzeigen, zeitigt nur dürftige Ergebnisse. Doch hat die Justizkampagne den Nebeneffekt, die Arbeitszeit der Genossen, die sich an ihr beteiligen, vollständig zu okkupieren. So befindet sich ein Großteil der Genossen, insbesondere die erst seit kurzer Zeit in die Gruppe eingetretenen, in einem Dilemma: Ihre Arbeit wird fast ausschließlich zunächst durch die Justizkampagne, dann durch anarchistische Aktionen ausgefüllt. Die Notwendigkeit theoretischer Arbeit wird zwar allgemein akzeptiert, doch fehlt hierfür die Zeit. Aus dem gleichen Grund kann die Arbeit in den Basisgruppen nicht von Anfang an mit erhoffter Effektivität aufgenommen werden.
Im Unterschied zu früher sind die neueingetretenen Genossen meist nicht auf Dauer aus dem Studium herausgefallen. Für sie stellt sich das Problem, ihre notwendige Arbeit im Betrieb Universität mit ihrer revolutionären tup zu verbinden. Dementsprechend wandeln sich die Aktionsformen vom vulgäranarchistischen zu anarcho-syndikalistischen. Durch die Aufnahme des gewerkschaftlichen Kampfes bietet sich die Aussicht auf eine direktere Vermittlung in der Praxis der Gruppe von Studieninteressen (ökonomische Interessen) und anti-institutionellem Kampf. Andererseits wird dadurch das Problem akut, wie das Verhältnis von sozialitischen Kadern zu den auf Zusammenarbeit in breiten Bündnissen angelegten Basisgruppen zu organisierenist. Dabei kann man nicht die Augen davor verschließen, daß der SDS teilweise seine eigene Basis ist.

Das Wintersemester 1968/69 ist somit gekennzeichnet durch
a) das Versagen der a.-Fraktion im Organisationsproblem
b) eine Zwischenphase des vulgäranarchismus, der nichtsdestweniger Mobilisierungseffekte sowohl für die Uni wie für die Genossen gehabt hat.
c) durch eine SDS-Gruppe, die der Mehrzahl nach von jungen Genossen gebildet wird, die in der vulgäranarchistischen Phase gewonnen wurden, und in der als bestimmender Faktor ein Genosse figuriert, der sich ehemals explizit als Gegner der a. um mehr zu den Altgenossen gehörend bezeichnet hat.

Unter neuen Vorzeichen für die absolute Notwendigkeit der Lösung der Organisationsfrage für den revolutionären Kampf neu gestellt und in Angriff zu nehmen.

Lutz Eckhardt, Roland Eckhardt, Alexander P. Mossel, Reiner Voss, Walter Wieland

ROTE WOCHE IN KÖLN

Mit dem Vorschieben einer "spezifischen Situation" (DSU,Revisionistenmekka,Übergewicht reaktionärer WiSo-isten) als Grund für eine laue und kaum in Erscheinung tretende SDS-Politik,rationalisierte die Kölner Gruppe den Mangel einer längerfristigen Strategie und einer revolutionären Politik.Die Genossen wurschtelten individuell vor sich hin, brachten es einerseits dazu,Autoritäten in den zwar bestehenden,aber reformistischen BGs zu werden,waren andererseits aber nicht in der Lage über die reformistischen BG-Positionen hinauszugehen und in und mit den BGs eine sozialistische Politik zu praktizieren.Der Reformismus der BGs zeigte sich an ihrer Unfähigkeit diese Universität der "Ordnung" in eine Universität des Widerstandes zu verwandeln.Ihr "Kampf" reduzierte sich in Parallel-,Ergänzungsveranstaltungen zum offiziellen Lehrprogramm; Verbalbombardement auf KSU/RCDS-AStA;durch das Nichtantasten des repressiven Regel- und Entscheidungsablaufes in der Uni;durch Distanzierung von den tatsächlich Kämpfenden.Man initiierte einige Institutskonflikte, die aber auf das Institut und reformistische Ziele beschränkt waren.Die Genossen waren nicht in der Lage - aufgrund des Fehlens einer artikulierten SDS-Politik - sozialistische Perspektiven aufzuzeigen,und damit Institutskonflikte auf die höhere Ebene eines Unikonflikts und einer Organisierung des Widerstandes gegen das technokratische HG zu heben. Hinzu kommt noch die toale Fixierung des SDS und der BGs in der "Politik" der zweiten Hälfte des SS auf die SP-Wahlen,wobei man einen Sieg der Linksgruppen als deren größten Erfolg ansah.Von dem Ziel "Eroberung des AStA" ausgehend,legitimierte man die reformistische Handwerkelei in den BGs noch mit der Entsagung einer revolutionären Politik um des "größeren Zieles" willen,den AStA zustellen,die Finanzen zu kriegen und in den VDS wieder einzutreten.

Freitag,den 27.6. fand ein von der BG Jura initiiertes go-in in das Institut für Verfahrensrecht statt.Anlaß war die Vorlesung des griechischem Professors Fragistas,der das griechische Obristen-Regime in Straßburg vor dem Europarat verteidigt hat.Während des go-ins wurde Fragistas mit Eiern beworfen;dem Institutsdirektor Baumgärtel,der Fragistas eingeladen hatte,gelang erst nach mehreren gewaltsamen Versuchen das Institut zu verlassen und beim Rektor ("Euere Magnifizenz,was soll ich tun?") die Polizei zu verständigen.Inzwischen hatten die Protestierenden das Institut verlassen und diskutierten vor der Tür über Fragistas.Als die Polizei erschien,setzten sich Rektor Hübner und sein persönlicher Assistent Karpen an die Spitze des Bullentrupps und denunzierten herumstehende Studenten und genossen ("Den da kenne ich,greifen Sie sich den!").

Den darauffolgenden Montag wurde ein teach-in mit den VDS-Genossen M. Wolf,J. von Eckardt,H. Heer,SDS-BV M. Steffen und den IdS Vertretern Ehmann,Viethen,Läpple,Köster durchgeführt,wo man zur Aktion gegen Baumgärtel und die Denunzianten Hübner und Karpen aufrief.Ungefähr 300 Studenten zogen im Anschluß daran vors Rektorat und forderten Aufklärung über die Fragistas-Einladung und die Zusammenarbeit von Rektorat und politischer Polizei.Als der Rektor es ablehnte zu diskutieren,wurden Glastüren zertrümmert.Als darauf Karpen erschien,wurde er festgehalten und ihm und dem Rektor wurde mitgeteilt,daß man Karpen erst nach erklärter Bereitwilligkeit des Rektors zur Diskussion und Herausgabe der Prozeßakten von 50 Genossen wieder freigegeben werde.Daraufhin rief der Rektor die Polizei,die den Gang zum Rektorat abriegelte.Die außenstehenden Studenten versuchten,die im Gang eingeschlossenen etwa 50 Genossen zu befreien,was trotz Abspaltung einzelner Bullen,die dann von der etwa 1000-köpfigen Menge verwahrt wurden,nicht gelang.Nach Feststellung der Personalien wurden die Eingeschlossenen entlassen,worauf man geschlossen gegen die Bullen vorging,indem man sie permanent mit Schaumfeuerlöschern in den Rektoratsgang zurückjagte.Die Schlacht endete,nachdem die Bullen immer wieder knüppelnd vorgestürmt waren,dadurch,daß Studenten und Polizisten mit Wasserschläuchen gegeneinander vorgingen.

Der Rektor erschien unter Polizeischutz und forderte die im Foyer anwesenden Studenten auf mit ihm in der kampffernen Aula zu diskutieren. Die durch den brutalen Polizeieinsatz aufgebrachte Masse brüllte den Uniterroristen Hübner nieder und war bereit sich der "Diskussion" zu verweigern. Jedoch brachten es die am Megaphon agierenden Revisionisten fertig, die Kommilitonen aufzufordern dem Vorschlag Hübners Folge zu leisten. Unter den SDS-Genossen herrschte völlige Konfusion; sie waren außerstande, die momentane Empörung der mobilisierten Studenten politisch zu wenden, d.h. dem Gewaltcharakter dieses Systems nicht als zufällig, sondern als generell begreifbar zu machen.

Dieser geschäckte Schachzug von Hübner, die Haltung der Revisionisten vom SHB und "SDS"-Spartakus und das Unvermögen der SDS-Genossen waren die Bedingungen für das Auftrumpfen des Rektors, der nun selbst die Initiative ergriff und Forderungen an die Studenten stellte, so, daß die Polizei erst abgezogen werde, wenn sie zukünftig auf Gewalt verzichten würden. Nachdem die SDS-Gruppe diesen gravierenden Fehler begangen hatte, fiel ein Großteil der mobilisierten Studenten in ihre vorpolitische Apathie zurück und stimmte der Forderung des Rektors zu. Daraufhin zog Hübner die Polizei ab. Das einzig Notwendige, das Tribunal über die Kollaboration von Uniadministratoren und der Staatsgewalt kam nicht zustande, die Diskussion verfranzte in persönliche Angriffe der Spartakisten über Rektor-Invektiven gegen eine DDR-Woche. Mit Mühe kam gegen Ende noch eine den Polizeieinsatz und Denunziantentum verurteilende Resolution heraus.

Die neue Qualität, die durch diesen bisher schwersten und größten Polizeieinsatz gewonnen wurde, bestand darin, daß der Rahmen eines Institutskonfliktes (Jura-Fragistas) gesprengt wurde, und der Konflikt eines Instituts mit der BG zum Konflikt der Uniadministration mit den Studenten wurde. Zum ersten Mal wurde für eine große Zahl von Studenten sinnlich erfahrbar, was Zerschlagung der Studentenrevolte bedeuten kann. Das führte dazu, daß es in Köln zum ersten Mal zu einer spontanen praktischen Solidarität unter den Studenten gegen die Bullen als prügelnder Arm der Unibürokratie kam. Das erste Mal vergaßen Liberale und Halblinke ihre Aversion gegen den SDS-Radikalimus und praktizierten die einzige mögliche Antwort gegen die Gewalt des Rektors und der Bullen: Gegengewalt in From von Zerschalgung von Rektoratstüren und Einsatz von Feuerlöschern gegen die Polizei. Durch diese direkte und gewalttätige Auseinandersetzung mit dem terroristischen Polizeiapparat haben die schon mobilisierten Studenten der BGs erfahren, daß ihre reformistische Arbeit ihrem Ziel nach revolutionärer Berufspraxis nicht gerecht wird, wenn man latente Konflikte in der Uni nicht zum Platzen bringt, sondern durch Reformismen beizubiegen versucht.

Die Aufgabe des SDS und der BGs wird es jetzt sein, diese erreichte Eskalation mit der Uniadministratien im Hinblick auf die Verunmöglichung der Anwendung des HG und auf die Organisierung des Widerstandes gegen den autoritären Staat zu heben.

$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$MMMMMMMMMMM$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$$

BÜCHER ÜBER DEN BV   BÜCHER ÜBER DEN BV   BÜCHER ÜBER DEN BV

*) jeweils ab 20 Expl. à 2,50 DM
ab 50 Expl. à 2,00 DM

Kuron-Modzelewski: Offener Brief an die Ver. Poln. Arbeiter-Partei
80 S., DinA 5, ab 20 Ex. nur gegen Nachnahme jeweils DM 1.50

*) Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften
ca. 100 S., DinA 5, ab 10 Ex. nur gegen Nachnahme jew. DM 3.–

Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution
ca. 100 S., DinA 5, ab 10 Ex. nur gegen Nachnahme jew. DM 3.–

%%

B O N N :

Zur Neukonstituierung des antirevisionistischen SDS

Emanzipatorische Versuche einzelner SDS-Mitglieder von bevormundenden Autoritäten hat es schon lange vor der Spaltung gegeben.

Die Kritik an einigen älteren Genossen und mithin an der alten Struktur des SDS entzündete sich vor allem und zunächst daran, daß neu hinzugekommene Genossen nach kurzer Zeit der Mitarbeit den Eindruck gewannen, daß sie selbst nur dahingehend "emanzipiert" werden sollten, die Anordnungen der Autoritäten zu befolgen. Es ging den Autoritäten also keineswegs darum, für die neu hinzukommenden Genossen Bedingungen zu schaffen, sich zu bewußten sozialistischen, selbstverantwortlichen und kritischen Individuen zu entwickeln, sondern nur darum, sie zu Flugblattverteilern und Demonstrations"subjekten" fuggibel zu machen.

Die dadurch aufkommende revoltierende Kritik wurde von seiten der Autoritäten mit Hilfe autoritärer Manipulation abgewürgt und mit angehäuftem Wissen totgeschlagen. Dieses machte in zunehmendem Maße die Theorie jener Autoritäten für die anderen verdächtig, und zwar gerade in dem Maße als man sich nicht davon abbringen ließ, in der sozialistischen Theorie die einzige rationale zu sehen.

Konsequenterweise war man dazu gezwungen, sich selbsttätig die Grundlagen der revolutionären kritischen Theorie anzueignen. Das führte schließlich dazu, daß sich etwa 10 bis 15 Genossen, die mit Theorie und Praxis des Bonner SDS unzufrieden waren, zu einem Arbeitskreis Kommune zusammenschlossen, um gemeinsam und ohne Bevormundung von außen die sozialistische Theorie aufzuarbeiten. Dieser Arbeitskreis scheiterte im wesentlichen an der Illusion, man könne zunächst einmal einige Monate in Klausur gehen, um dann mit einem besseren theoretischen Verständnis die Praxis zu bewältigen. Gescheiterte Versuche seitens der Autoritäten, sich in diesen Emanzipationsprozeß kontrollierend einzuschalten, machten deren Verständnis für sozialistische Bewegung nur noch verdächtiger.

Wenige Monate später, Weihnachten 1968, bildete sich eine neue Arbeitskommune heraus, die sogenannte Wihnachtskommune. Diese war von vornherein an der Kampagne gegen die Zwischenprüfungsordnung orientiert, in ihr war also die Gefahr des Herausfallens aus der Praxis sowie autistischer Tendenzen viel weniger vorhanden. Außerdem war von Vorteil, daß die meisten Teilnehmer Nicht-SDS-Mitglieder waren, was nur Ausdruck ihres linken Selbstverständnisses war, nämlich sich dem Einfluß des inzwischen inhaltlich und organisatorisch chaotischen Bonner SDS (der sich mittlerwile in SDS-Spartakus umgenannt hatte) zu entziehen. Revisionismus-Ahnungen stellten sich als richtige heraus. Die revisionistische Theorie der "Autoritäten" mußte weiterhin reformistische Praxis bewirken (was inhaltlich hier nicht weiter aufgeführt werden kann: Eine Darstellung dessen würde Seiten füllen) und wurde im Verlaufe des Kampfes gegen die Hochschulformierung immer mehr als theorieloser Pragmatismus erkannt. Das i-Tüpfelchen der Entwicklung zur Konstituierung eines, des neuen SDS war der DKP-Vorschlag zur Bildung einer Einheitsfront von linken Studenten, RCDS, Corporierten, reaktionären Assistenten und Professoren gegen die NRW-Hochschulreform. Am 16-5-69 wurde die organisatorische Konsequenz gezogen und der neue SDS gegründet.

60

B O N N :

Aus : vds Militant 1

Kampf gegen das HS-Gesetz heißt Kampf gegen RCDS und DSU

1. Reaktionäre Parteigruppen wie der RCDS oder die präfaschistischen Korporiertenbünde bewiesen erst mit Beginn der Studentenrevolte ihre Daseinsberechtigung: Während die Aktionen der Protestbewegung auch auf dem Campus von der Realität des Klassenkampfes ausgingen, postulierten sie den Dialog und boten sich dafür der Studentenschaft als Wortführer an. Aber die Wirklichkeit des autoritärem Staates, wie sie sich bei den Springer-Blockaden, bei Durchsetzung der NS-Gesetze und schließlich in den Hochschulermächtigungsgesetzen darstellte, zerstörte die Basis solch reaktionäre Demagogie. Die Praxis von RCDS und Korporierten-DSU ist seitdem offen identisch mit der ihrer Auftraggeber und Finanziers: Als Beitragssaboteure, Prozeßgehilfen, Rollkommandos der Rektoren gegen sog. Störer, als Streikbrecher und Denunzianten. Im IDS haben sich diese Vertreter der politischen Unterwelt vereinsmäßig organisiert.

2. Sie bestimmen in NRW die Politik der drei größten Universitäten: Bonn, Köln, Münster. Zumindest für die beiden ersten muß die von der KP bestimmte Prxis der Linken für den Nachtrab verantwortlich gemacht werden. In Köln überließen die Traditionalisten ihrer gesellschaftsverändernden Gewerkschaftsschulung halber die Hochschule dem RCDS. In Bonn gelang es nicht, die antiautoritäre Mobilisierung der Teach-in-Demokratie in der Basisgruppenarbeit zu stabilisieren. Die Studentenrevolte verkam in perspektivloser Tagespolitik und mündete in der Einheitsfront mit dem RCDS.

3. Der mit Beginn des Sommersemesters neu konstituierte anti-revisionistische SDS Bonn begriff den Kampf gegen das in NRW anstehende HS-Gesetz konsequenterweise als einen gegen die studentischen Handlangerder Ermächtigungsgesetze primär also gegen den RCDS und die Korporiertenclique, da diese den AStA bildeten und das Studentenparlament majorisierten auch gegen die klassischen Vertretungskörperschaften sog. studentischer Interessen. (Die DKP mußte sich nach hilflosem Widerstand, wollte sie sich nicht total isolieren, dieser Linie vorübergehend anschließen.)

4. Die Entlarvung der reaktionären Demagogie und der desorganisierenden Scheinmilitanz von rechts gelang innerhalb kürzester Zeit:
   - Nach einem Eierbombardement gegen drei vom AStA eingeladene Landtagsabgeordnete forderte die gesamte studentische Rechte in einem Akt der Lynchjustiz die Relegation der Eierwerfer.
   - Einen 3-stündigen Warnstreik, den das SP beschlossen hatte, transformierte der SDS: Der Vorlesungsbetrieb im Hauptgebäude wurde während des ganzen Tages lahmgelegt. Die "radikale Mitte" zeterte: Gewalt! - und nannte dem Rektor die Namen der "Störer".
   - Das Rektorat verweigerte wenig später dem SDS für eine Arbeitskonferenz - trotz vorheriger Zusage - alle Universitätsräume. Die darauf erfolgte Besetzung eines Festsaales im Rektorat wurde mit Polizeihunden und -knütteln aufgehoben. Am Abend fand die Wahl des neuen Rektors unter Polizeischutz statt. Die Professoren lehnten eine Diskussion der Universitätsbesetzung ab. Ein deswegen beschlossener Auszug aller studentischen Wahlsenatoren wurde durch den RCDS sabotiert. Damit blieb die Versammlung beschlußfähig. Das Seminar für politische Wissenschaft trat am folgenden Tag in einen eintätgigen Proteststreik - und säuberte den Fachschaftsvorstand von dem einzigen RCDS-Mitglied.

5. Diese Kette von Aktionen führte in dem von der Reaktion majorisierten Studentenparlament zu einer Unzahl von Distanzierungen. Auf der Ebene der Fachschaften und Basisgruppen führte diese Entwicklung zu einer rapiden Radikalisierung. Die Fachschaftsleiterkonferenz (FLK), in der die Vertreter aller Fachschaften der Universität Bonn zusammengefaßt sind, geriet auf diese Weise zum Sprachrohr der Studentenbewegung. Die Ansätze von Doppelherrschaft bildeten sich heraus und stabilisierten sich durch die folgenden Aktionen:
   - Das Studentenparlament hatte eine Urabstimmung zum Streik gegen das Hochschulgesetz beschlossen, dabei manipulative Abstimmungsmodalitäten und einen 3 Tage dauernden "freiwilligen" Streik (bei positivem Ausgang) festgesetzt. Als die Anträge der Fachschaften über einen 14-tägigen aktiven Streik abstimmen zu lassen, von der rechten SP-Abstimmungswalze vom Tisch gebracht wurden, beschloß die FLK, eine eigene Urabstimmung durchzuführen und zur Vorbereitung zwei leerstehende AStA-Räume zu besetzen. Die Besetzung erfolgte gewaltlos. Aber die Arbeit der Basis wurde nach vier Stunden unterbrochen. AStA-Chef Breyer hatte die Polizei geholt. Was noch kein AStA-Chef vor ihm getan hatte: Er diktierte dem Einsatzkommando die Namen von Parlamentsmitgliedern, Fachschaftsvorständen und anderen Studenten in die Protokollbücher. Anfeuernd leitete er sodann den brutalen Abtransport der Genossen und Kommilitonen zur Wache.
   - Am folgenden Abend beschloß die FLK erneut die Besetzung und bestimmte einen eigenen Leiter für die Urabstimmung. Diesmal setzten Breyer und RCDS-Chef Rosorius zunächst Korporierte ein, schließlich erneut Polizei. In einer konzertierten Aktion mit dem Rektorat illegalisierten sie die Urabstimmung auf Fachschaftsebene. Die Studentenzeitung Akut, die sich dezidiert auf die Seite der Fachschaften gestellt hatte und in einer Polizeinummer das Treiben der Al Capones vom RCDS aufgezeigt hatte, wurde mit einer CDU-Redaktion besetzt. Die alte Redaktion kommt in einer Woche mit einer Gegenzeitung heraus.

6. Die Bonner Studenten haben den Denunzianten und Streikbrechern eine erste klare Absage erteilt. Die Urabstimmung der Fachschaften wurde mit einer durchweg höheren Wahlbeteiligung als die des AStA durchgeführt. Ungefähr 65% sprachen sich für einen 14-tägigen aktiven Streik aus. Der Schwimmbadstreik des AStA wird die letzten Zweifel über diese Art von "Kampf dem Hochschulgesetz" beseitigen. Die militanten Auseinandersetzungen während des aktiven FLK-Streiks in der nächsten Woche werden zeigen von wo alleine an der Universität Bonn Widerstand gegen Formierung und Liquidation erwartet werden kann.

Steif steht im Sturme die Fregatte,
Doch steifer steht die Morgenlatte.

Wild spritzt der Gischt am Kattegatte,
Doch wilder spritzt die Morgenlatte.

Tief schürft die Strategiedebatte,
Doch tiefer schürft die Morgenlatte.

Aus dem Lattenlo: Konstanzer Technologie-Papier
bei: Christa Childs, 775 Konstanz, St. Johann-Gasse 2. Fassung

ERLANGEN: DIE LEHREN AUS DEM STREIK

Zur Situation an der FAU nach dem Arbeitsstreik der Phil. Fak. und Nat.Fak.

F u n k t i o n d e s S t r e i k s

Als die Studenten der Phil. Fak. zum Streik antraten, ist eines klar gewesen: dieser Streik kannn, wie jeder andere Universitätsstreik - zumindest im geisteswissenschaftlichen Bereich - sein Ziel nicht in der bloßen Verweigerung der Arbeitskraft finden. Allerdings ist die genaue Funktionsbestimmung nicht geleistet worden, sondern es ist nur ein vages Vorverstämdnis um die Begräffes Selbstorganisation und Gegenrealität hergestellt worden. Es soll nun im folgenden versucht werden, in knapper Zusammenfassung diese Lücke zu schließen, wobei berücksichtigt werden muß, daß in diesen Versuch einer Funktionsbestimmung schon Erfahrungen aus dem Streik selbst eingehen.

1. Der Streik soll den Lehrbetrieb wenigstens für einige Zeit total lahmlegen und langfristig empfindlich stören. In dieser Zielsetzung sind zwei wesentliche Momente des Widerstands gegen die technokratische Hochschulreform enthalten: einmal die demonstrative Verweigerung der eigenen Arbeitskraft für die Zwecke des herrschenden Systems, zum anderen die konkrete Bekämpfung des bestehenden Universitätsbetriebes in der Erkenntnis, daß die jetige Hochschulstruktur und das künftige Hochschulgesetz auf der gleichen Ebene liegen.
2. Der Streik soll durch Streik-Arbeitskreise den Lehr- und Forschungsbetrieb exemplarisch übernehmen. Das kann allerdings nur dann über die Bildung kritischer Seminare hinauskommen, wenn die Lahmlegung des traditionellen Lehrbetriebes weitgehend gewährleistet ist und wenn die Arbeit dieser AK's sich versteht als die Unterstützung und Vorbereitung der agitatorischen Streiktätigkeit innerhalb und außerhalb der Universität.

Daraus ließe sich ableiten, daß der Streik schließlich das Ziel haben muß, die Hochschule so zu verändern, daß sie überhaupt erst die Voraussetzungen zu einem Widerstand gegen die technokratische Hochschulreform bietet. Geht man von dem liberalen Bewußtsein der meisten streikwilligen Studenten aus, so hat diese Zielsetzung keine reale Basis. Es ist einfach unmöglich diese Studenten innerhalb kürzester Zeit zu einer Kampfbereitschaft zu mobilisieren, die für die Führung eines langfristigen, totalen Streiks notwendig wäre. Vielmehr kann der Streik gerade von diesem Aspekt her nur als ein zeitlich begrenzter Schritt verstanden werden, der zweierlei bewirken soll:

1. exemplarisch die notwendige Form studentischen Widerstands gegen die technokratische Hochschulreform vorzuführen, nämlich den massierten Widerstand gegen die bestehende Universität, also gegen die Ordinarien.
2. über die Streikaktionen das Potential der nicht nur mobilisierten, sondern politisierten Studenten zu erhöhen und dieses Potential so zu organisieren, daß es sofort im weiteren Kampf eigesetzt werden kann. Hiermit wäre dann die Funktion des Streiks, von einer weitergehenden Perspektive her gesehen, erfüllt. Das krampfhafte weitere Aufrechterhalten des Ausnahmezustandes kann von da an nur noch verschleißend, nicht aber mehr mobilisierend wirken. Der Kampf an der Hochschule muß wieder im und gegen den normalen Universitätsbetrieb besonders auf Institutsebene nach einer zentralen Strategie stattfinden. Die weitere Mobilisierung der Studentenschaft muß von der im Streik personell und organisatorisch erweiterten Agitationsebene aus geleistet werden;(etwa durch Entwicklung einer Konfliktstrategie, die die Voraussetzungen zu einem wirklich langfristigen Streik schafft).

ERLANGEN: STREIKANALYSE

Die hochschulpolitische Revolte hatte in Erlangen nur in Ansätzen stattgefunden. Eine gewisse Primärmobilisierung in der Notstandsopposition konnte nicht aufgegriffen werden, da die hochschulpolitische Opposition gegen Universitätssatzung und Prüfungsordnungen parallel dazu lief und nicht von dem Funktionszusammenhang von Hochschule und Gesellschaft her mit den gesellschaftspolitischen Perspektiven einer studentischen Oppositionsbewegung vermittelt werden konnte. So blieben die Formierungstendenzen des autoritären Staates und die Effektivierungsbemühungen der Hochschule im Rahmen einer technokratischen Hochschulreform weitgehend abstakt.
Um von diesen allgemeinen Bedingungen die Studenten zu einem Widerstandsbewußtsein gegen das bayrische Huber-HSG zu führen, schien der Ansatz bei einem liberalen radikal-demokratischen Bewußtsein mit der Empörung über die evident autoritären Elemente im HSG der einzig gangbare Weg zu sein. So führte denn eine informative und agitatorische Anti-Huber-Kampagne zuerst bei den Philosophen und dann in der naturwissenschaftlichen Fak. zu einem aktiven Arbeitsstreik, der von etwa 1500 Studenten beschlossen wurde.

1. Diese mobilisierten, streikwilligen Studenten haben jedoch die politischen Funktion des Streiks nicht begriffen, was dazu führte, daß sie NICHT zu den Trägern der weiteren Mobilisierung wurden und der Streik ein bedenkliches Ausmaß an Funktionslosigkeit annahm.
   Diese These kann durch einige charakteristische Elemente des Streiks erhärtet werden.

a. Daß die Funktion des Streiks primär als demonstrativer Protestakt überbewertet wurde, führte dazu, daß die Studenten immer wieder ein gemeinsames Vorgehen von Ordinarien und Studenten wünschten. Die Frage nach der Einheitsfront war geleitet von dem Interesse, der Öffentlichkeit und dem Kultusministerium zu zeigen, daß die gesamte Universität sich mit diesem HSG nicht abfinden wird. Damit blieb diese Zielrichtung begriffslos und die Frage nach der Einheitsfront für die Studenten ungeklärt, obwohl die Ordinarien den Streik nahezu durch manipulative Abstimmungen in den Vorlesungen und durch windelweiche Erklärungen, die die radikalen Studenten ins Leere laufen lassen sollten, sabotierten. Alle konkreten Konfliktmöglichkeiten wurden durch die Befürchtung verdrängt, die prinzipiell mögliche Einheitsfront könne durch eigenes Verschulden verunmöglicht werden.

b. Der Streik wurde als demonstrative Widerstandsmaßnahme gegen das KuMi und die autoritären Veränderungen der Hochschule durch das HSG verstanden, möglicherweise sogar als eine Möglichkeit u.a.. Von daher ist es auch erklärlich, daß selbst noch nach 14 Tagen auf der 2. Streikvollversammlung immer wieder die Forderungen kamen, man möge eine Bayrische Urabstimmung an allen Universitäten durchführen und somit das KuMi "mit einer massiven Drohung unter Druck setzen", oder daß eine Unterschriftensammlung über 4000 Unterschriften erhielt, die von einigen liberalen Ordinarien und Studenten initiiert war und mit der Ablehnung des Gesetzes die Voraussetzung dummdreist verband, daß an der Universität eine große Familie lebt und wirkt. Es war nicht begriffen, daß die Hochschule schon die Vorwegnahme der technokratischen Hochschulreform ist in der Tendenz, daß die Ordinarien als Sozialisationsagenten gesellschaftlicher Normvostellungen fungieren und die entpolitisierte und technokratische Funktion von Wissenschaft und Ausbildung schon erfüllen, wenn auch wegen feudal-struktureller Autonomievorstellungen nicht effektiv genug. Sie waren es, die die Notwendigkeit von Zwischenprüfungen, numerus clausus und sonstigen Selektionsmechanismen nur zu schnell aufhamen, denen studentische Kritik lästig und hochschulpolitische, oppositionelle Studenten Störenfriede waren, denen man mit Disziplinierung und Klassen-

justiz begegnen muß. Die Frage nach der Einheitsfront war auch oder gerade aus diesem Zusammenhang heraus falsch gestellt, weil die Interessen der Ordinarien, dem HSG ablehnend gegenüber zu stehen, selbstherrlich syndikalistisch sind; d.h. ihre ablehnende Haltung gleicht dem Versuch, unzeitgemäße berufsständische Privilegien zu verteidigen gegenüber den Effektivierungsversuchen, die mit der unkontrollierbaren ordinarialen Privatwissenschaft kollidieren.

c. Die politische Funktion sollte der Streik wahrnehmen durch eine Gegenrealitätskampagne. Die AK's entwickelten jedoch mehr modellhafte Gegenrealitätsvorstellungen, die nicht durch einen praktischen Durchsetzungswillen getragen waren, als daß sie begriffen, daß Gegenrealität einem Politisierungsprozess entspricht, der von der agitatorischen Notwendigkeit ausgeht, den bestehenden Wissenschaftsbetrieb empfindlich zu stören und tendenziell zu zerschlagen. Das Selbstverständnis der AK's bestand darin, möglichst schnell möglichst effektive Ergebnisse zu erstellen, um ihre Qualität modellhaft zu demonstrieren.

2. Die Agitation zum Streik und während des Streiks war nicht so angelegt, daß die anfängliche Mobilisierung hätte umfunktioniert werden können zu einem Widerstand gegen die Ordinarienuniversität.

a. Die Vorlesungsagitation war auf den Ordinarius fixiert in der Erwartung, daß er sich mit den Streikenden solidarisiere. Diese Erwartung hatte ein liberales Element der Toleranz: man könne doch niemanden zur Solidarität mit den Demonstrierenden zwingen. Die Sabotagefunktion der Ordinarien konnte verschleiert werden durch die kanalisierenden Vorlesungsabstimmungen. In der Agitation wurde nicht berücksichtigt, daß die Auswirkungen des Sozialisationsprozesses die Studenten daran hinderte, sich von der Autoritätsfixiertheit auf die Ordinarien zu befreien. Selbst die Mobilisierten waren diesen Sozialisationsauswirkungen teilweise unterlegen. Das führte dazu, daß die Alternativen studentischer Arbeitsbetrieb und traditioneller Lehrbetrieb in qualitativer Pluralität gesehen wurden, soll heißen, diese Alternativen befanden sich in einer Konkurrenzsituation wissenschaftlich-bürgerlicher Leistungserwartung. Die tendenzielle Gegenrealität wurde nicht als einzig sinnvolle Alternative begriffen, die die Zerschlagung des Bestehenden intendieren muß. Die Attraktivität der Gegenrealität als Modell beinhaltet schon die systemerhaltende Leistungsverinnerlichung, die im Falle des Streiks nicht honoriert werden kann,

b. da sie den kämpferischen Durchsetzungswillen vermissen lassen mußte. Die Agitation im Streik vernachlässigte leichtsinnig die Dialektik von Destruktion (Vorlesungsagitation) und Konstruktion (AK's). Der AK Lehrerbildung machte zaghafte Versuche die Vorlesungen in seine Arbeit aufzunehmen, jedoch vorwiegend im selbstaufklärerischen Sinne, indem der Lehrstmil und -effekt mit dem Lehrerverhalten in der Schule verglichen wurde. Diese Fragestellung hat gewissermaßen eine akademisch-theoretische Priorität. Die agitatorische Intention konnte dabei noch nicht relevant zum Ausdruck kommen, sicher auch bedingt durch die allgemeine demobilisierende Streiksituation.

Der Positivismus-AK beschränkte sich in seinen agitatorischen Ansätzen nur auf das Psychologische Institut, ohne jedoch die konkrete Perspektive zu entwickeln, den Wissenschaftsbetrieb in diesem Institut lahmzulegen. Der AK war mehr von dem Gedanken der attraktiven Konkurrenz gegenüber Toman motiviert, um somit aufklärerisch zu wirken, als daß er sein Verständnis der Instrumentalisierung der Wissenschaft für die politische Bewegung hätte deutlich machen können in einer Situation, die die Chance einer Politisierung der Universität beinhaltete.

In den anderen AKs scheinen gar keine Ansätze entwickelt worden zu sein, die die Notwendigkeit hätten erkennen lassen, daß praxisorientierte Agitationsmuster auf die Störung des bestehenden Lehrbetriebs gerichtet sein müssen.

In der Streikagitation ist kaum die Notwendigkeit außeruniversitärer Praxis aufgezeigt worden, um überhaupt entsprechend den Funktionszusammenhängen von Hochschule und Gesellschaft die Perspektive der Instrumentalisierung von Wissenschaft zu bekommen. Der AK Öffentlichkeit ist eingerichtet worden, unter dem Motto, die Bevölkerung zu einer Sympathisierung mit den Streikenden zu gewinnen. Daß er dann doch konsequent eine kontinuierliche Arbeiteragitation entwickelte, blieb für die hochschulpolitische Situation vorerst irrelevant. Jedoch zeigen sich hier konkrete organisatorische und inhaltliche Ansätze für eine über die Universität hinausgehende sozialistische Politik, die zwar vom SDS immer gefordert wurde, jetzt aber unbedingt verstärkt aufgenommen werden muß.

3. Die Streikräte blieben unverbindliche Organe, ohne die Chance politischer Perspektiven organisatorisch aufzugreifen.

Die Initiative, die zum Streik führte, ging von der Fakultätsebene aus, ohne daß die BGs derart in die Streikpraxis integriert waren, daß sie multiplikatorisch den Widerstand und die Streikforderungen für die Institutsebene und die speziellen Seminare konkretisierten. Die Streikräte verlängerten die fakultätsbezogene Streikinitiative. Ihre praktisch organisatorische Tätigkeit erforderte den Arbeitsaufwand vieler Genossen, sodaß sich eine Kaderbildung nicht einstellen konnte, die für eine Kontinuierung der Praxis notwendig gewesen wäre. Die Agitation blieb abhängig von den Streikräten.

Die interdisziplinäre Ebene der AKs fand nicht ihren organisatorischen Niederschlag für die Fortführung der agitatorischen Streikinitiative.

Zusammenfassung

Diese Analyse birgt die Gefahr, in einer wertenden Deskription stecken zu bleiben. Sie ist jedoch motiviert, die Fehler herauszufinden, die zu der jetzigen demobilisierten Situation führten und zur Ausweitung einer resignativen Haltung bei den Genossen, um herauszufinden, welche Konsequenzen wir für die nächste Zeit ziehen können.

Zusammenfassung und Versuch einer weitergehenden Perspektive

- Man trat in den Streik, um gegen die formierenden Tendenzen des HSG zu kämpfen und das HSG so zu unterlaufen und Freiräume beziehungsweise Freiheitsräume (rote Inseln) zu schaffen.

- Das hätte bedeuten müssen, die Ordinarienuniversität inhaltlich und formal so zu verändern (in Ansätzen zu einer Strategie), daß das Hochschulgesetz nicht mehr ohne massivste Repressionen realisierbar wäre.

- Dabei muß gesehen werden, daß sich das HSG bereits genau auf die Strukturen der Ordinarienuniversität stützen kann, die heute bereits die Repression der Studenten besorgt.

- D.h.: die Volksfront mit den Ordinarien war in keiner Phase des Streiks auch nur annähernd realisierbar - es sei denn, man wäre ein ohnmächtiges Bündnis der "papiernen Manifestationen nach außen" eingegangen. (Dies tangiert aber nicht einmal unsere Zielrichtung).

- Objektiv richtig ist aber, daß es eine durch rote institutionalisierte Inseln gestörte O-Uni oder gar Techno -Uni in einer ungestört bürgerlichen Gesamtgesellschaft nicht geben kann.

- D.h.: die Begriffe Freiräume, Freiheitsräume, Gegenrealität nehmen inhaltlich die Dimension "mobiler Gegenmacht" an, die als organisierte studentische Gegenamacht jederzeit das notwendige revolutionäre Kampfpotential (Produktivkräfte und Produktionsmittel) in der Uni für den revolutionären Kampf außerhalb der Uni realisieren kann.

- Das läuft auf die Bildung einer Guerilla an den Universitäten hinaus, einer Guerilla, die ähnlich der Tupamaro-Guerillia zwei Formen annehmen muß:

1. Die der militanten Gruppe, die auf allen gesellschaftlichen Ebenen exemplarische Aktionen in Form der "Direkten Aktion" vornehmen kann.
2. Die subversive, langfristig angelegte Maulwurfstätigkeit in den institutionalisierten Bereichen, die die gesellschaftliche und ökonomische Macht der Bourgeoisie untergräbt.

- Der Streik, der nun mittlerweile so ziemlich auf der Nase liegt, mobilisierte zunächst eine größere Anzahl von Studenten gegen die dem System innewohnenden Formierungstendenzen, nicht aber gegen das System selbst (zumindest nicht konkret).

- D.h.: Der Protest gegen das HSG muß in der noch verbleibenden Zeit transformiert werden in den manifesten Protest gegen die heute bereits lokalisierbaren Herrschaftsträger des Systems selbst (Ordinarien!), um von der sinnlichen Erfahrung der Betroffenen zur revolutionären Theoriebildung des mobilen Potentials fortzuschreiten.

- Dies läuft auf eine qualitative Steigerung des notwendigen Kampfpotentials hinaus, welche aus der quantitativ mobilisierten Studentenschaft gewonnen werden muß.

- Dabei müssen wir darauf bedacht sein, daß sich di ses Machtpotential (student-power) mit diesem Anspruch auch entsprechend organisieren muß.

- D.h.: langfristig muß ein Organisationsprinzip entwickelt werden, welches die zu erwartende verschärft einsetzende Repression gegen diese "Uni-Guerilla" wirksam abschirmen kann.

- Abstrakt hieße das wohl, eine straffe Kaderorganisation zu installieren, die demokratisch zentralistisch ist und die Möglichkeit beinhaltet, dezentral wirksam vorgehen zu können.

- Kurzfristig müssen wir also nochmals unsere ganze Macht gegen die den Streik sabotierenden Ordinarien und Studenten stellen, um eine qualitative Polarisierung permanent zu betreiben.

SDS Erlangen

EKLEBALEX

Zwei Genossen treffen sich im Bus. Sagt der eine: "Vencere-mos!" - Sagt der andere: "Wenn Du noch mal meine Frau anfaßt, mach ich Dich auf der nächsten MV fertig."

M U N C H E N

Der aktive Streik in München, begonnen von revisionistischen Spartakus-Gruppen hat faktisch nie stattgefunden. Außer einigen verbalradiaklen Erklärungen, lächerlichen friedlichen Demonstrationen, wiederholten Apellen an eine nicht spezifizierte Öffentlichkeit wurde an der Münchner Uni nicht gestreikt. Im Erfahren dieser Unfähigkeit studentische Massen dazu zu mobilisieren ihre eigenen Interessen zu vertreten und in Selbstorganisation für den langfristigen außeruniversitären Kampf umzusetzen, hat sich der fast völlig partikularisierte SDS zusammengefunden, um an einem Schwerpunkt in der Universität (Soziologen), radikalisierend einzugreifen. Dabei muß besonders die Beteiligung der Arbeiterbasisgruppen in den Stadtteilen, der Schülergruppen sowie der interfakultative Charakter der Arbeitskriese hervorgehoben werden.
Die Besetzung des soziologischen Instituts war schon nicht mehr getragen von Forderungen, die allein auf das Institut bezogen waren. Vielmehr wurde in Arbeitskreisen, die auch in den Ferien arbeiten werden, begonnen die außeruniversitäre Arbeit zu diskutieren und zu organisieren.
Aus den Anforderungen der Zusammenarbeit mit Schülern, Lehrlingen und Arbeitern ergaben sich Forderungen für die Organisation des Soziologiestudiums, um die im Wintersemester gekämpft werden wird.
Darüber hinaus hat sich die in Ansätzen reorganisierte SDS-Gruppe in München dazu entschlossen sich des Produktionsmittels AStA für den universitären Kampf zu bedienen. Seine Übernahme kann für München bis zu seiner Abschaffung durch das Gesetz Huber eine Festigung der revolutionären Gruppen und vielleicht sogar in der Hochschule zur Entfaltung studentischen Widerstandes auf langfristiger Basis führen.

Kritik an der bisherigen Institutspolitik und der Strategie der Hodhschulrevolte in München

Die Perspektivlosigkeit des sogenannten "aktiven Streiks" an der Münchener Universität und die Stagnation der Mobilisierung von Studenten im Rahmen der Politik am soziologischen Institut zwingen uns zu einer fundamentalen Überprüfung der bisherigen Politik auf allgemein-universitärer wie auch institutsspezifischer Ebene.

Dem Anspruch nach sollte der "aktive Streik" folgendes sleisten:

1. Bedingungen in den einzelnen Fachbereichen für die Unterlaufung der technokratischen Hochschulreform schaffen, und zwar durch "Selbstorganisation" eines relevanten Teils der Studenten.
2. Organisierung der Münchner Linken und damit Aufhebung des institutsbornierten Partikularismus der Basisgruppen.

Die Selbstorganisation ist nur in flüchtigen Ansätzen gelungen und reicht nicht aus, um den Streik genügend lange aufrechtzuerhalten, damit sich diese Ansätze konsolidieren und politisch strukturieren können.

Die Organisierung der Linken hat ebenfalls nicht durch oder während des aktiven Streiks geleistet worden. Sie ist erst jetzt im Entstehen begriffen durch das Eingestehen des Fehlschlagens des Streiks und die Einsicht in die Notwendigkeit, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Am soziologischen Institut ist es nicht gelungen, das abstrakt vorhandene gesellschafts- und wissenschaftskritische Bewußtsein vieler Studenten in konkret politisches Engagement umzusetzen, also politisch zu organisieren.

Das liegt zum Teil daran, daß der Versuch, die Studenten zur Selbstorganisation zu motivieren, nicht aus konkreten hochschulpolitischen Kampfzielen und aus außeruniversitären, politischen Projekten hergeleitet war und daß die realen Chancen der propagierten "Freiraumpo-

litik" niemals ausgewiesen, sondern einfach postuliert wurde.

Wir verbreiteten also die ~~Mx~~ Illusion unter den Studenten, daß wir eine aus studentischen Interessen hergeleitete Organisation gegen die Interessen des Kapitals - zudem noch sanktioniert durch die Herrschenden - institutionalisieren könnten. Es muß jedoch im Gegenteil klargestellt werden, daß es im kapitalistischen Staat unmöglich eine sozialistische Universität geben kann. Wir dürfen uns nicht auf eine legalistische Politik der Studentenvertreter einlassen, die glaubt, daß man durch Verhandlungen wesentliche Erfolge erzielen kann. So eine Politik absorbiert unsere Kräfte und entpolitisiert die Studenten, denen vorgegaukelt wird, durch parlamentarisches, weitgehend passives Vorgehen ~~Mx~~ ihre Interessen wahren zu können.

Über den illusionären Hochschulreformismus hinaus entwickelten wir keine Perspektiven einer jetzt schon notwendigen sozialistischen Praxis außerhalb der Hochschule für die bereits politisierten Studenten.

Auch in Städten, in denen die Hochschulrevolte in profilierterer Form aufgetreten ist, zeigt es sich jetzt, daß die Hochschulrevolte in sich selbst rotiert, und in ihrer jetzigen Form nichts Wesentliches mehr zu einer sozialistischen Politik auf gesamtgesellschaftlicher ~~Mxxxx~~ Ebene beiträgt.
Daraus müssen wir folgende Konsequenzen ziehen:
Eine sozialistische Praxis außerhalb der Hochschule; die zur Rekonstruktion einer revolutionären Arbeiterbewegung beiträgt, ist zum wesentlichen Inhalt der Hochschulpolitik zu machen. Konkret bedeutet das Zusammenarbeit mit Lehrlingen, Schülern und Betriebsbasisgruppen und zur Verfügung stellen unserer wissenschaftlichen Mittel und Fähigkeiten zur Mobilisierung und Selbstorganisation der Arbeiterklasse.

Wenn wir nun versuchen, die Hochschulrevolte in den Dienst der sozialistischen Arbeit außerhalb der Hochschule zu stellen, so ist jedoch an die syndikalistischen Interessen der Studenten anzuknüpfen. Jedoch müssen wir die aus den syndikalistischen Ansätzen sich ergebenden hochschulpolitischen Pesrspektiven jetzt endlich realistisch einschätzen.

Die Politik der Freiräume muß auf die minimalen Forderungen, die amn durchsetzen kann, reduziert werden. (Scheine für kollektive Arbeit, studentische Projekte, kollektive Prüfung).

Die Durchsetzung solcher Forderungen darf jedoch nur einen taktischen Stellenwert haben und nicht die strategischen Ziele unserer Politik ersetzen.

Die taktischen Funktionen solch einer Institutspolitik besteht vor allem in der ständigen Mobilisierung von Studenten und damit in der Aufrechterhaltung der Hochschulrevolte und in der Freisetzung von Zeit und Energie der bereits politisch arbeitenden Studenten für ihre außeruniversitären Prodjekte. Selbstorganisation wird hauptsächlich bedeuten müssen:
Kollektive Vorbereitung auf Prüfungen etc., um dadurch die Bedingungen für die Emanzipation des einzelnen zu schaffen, die sich jedoch nur in der konkreten politischen Arbeit verwirklichen kann.

Der bloß taktische Zusammenhang der syndikalistisch ansetzenden Mobilisierung der Studenten gegen irrationale Leistungsnachweise und Prüfungsbedingungen kann dadurch strategisch aufgehoben und vermittelt werden, daß wir in diesem Zusammenhang mit Hilfe agitatorischer Aufklärung über die Verwertungszusammenhänge einen Teil der dadurch mobilisierten Studenten für die sozialistische Praxis der Proejektgruppen mit außeruniversitären Bezugpunkten gewinnen.

Konkrete institutspolitische Initiativen sind auf folgenden Gebieten zu ergreifen:
1. Kampagne über Prüfungsproblematik (Prüfungsgruppe arbeitet aufklärende Agitation über die Verwertungszusammenhänge aus und bereitet Maßnahmen für individuelle Scheinvergabe für kollektive Arbeit aus).

2. Interdisziplinäre Gruppenarbeit ist vorzubereiten, um Schüler- und Lehrlingsgruppen wissenschaftliche Hilfen zu geben.

3. Berufsberatung ist vorzubereiten für Soziologie-Neuanfänger (Zulassungsstop wird aufgrund unseres Vorgehens noch nicht durchgeführt).

4. Kampagne gegen Auftragsforschung - zusammen mit AStA - die besonders krass den Herrschaftsinteressen dienen (Bundeswehr, Arbeiterdisziplinierung, siehe Lutz-Institut).
Durch Untersuchung dieser Forschung bei den Naturwissenschaften (biochemische Kriegsforschung, Pentagon-Aufträge) Mobilisierung der Technologen erreichen.

Basisgruppe Soziologie

MÜNCHEN: Vom re-aktiven Streik zum offensiven sozialistischen Kampf

Studenten aus verschiedenen Basisgruppen (Soziologen, Germanisten, Mediziner, Juristen, Zeitungswissenschaftler) haben inzwischen die Lehren des re-aktiven Streiks an den münchner Hochschulen verarbeitet und bereits praktische Konsequenzen entwickelt.

In einer gemeinsamen Kampfaktion werden sie am Montag das soziologische Institut besetzen. Sie werden im Rahmen dieser Besetzung die jetzt in Ansätzen existierenden interfakultativen und interdisziplinären Kampf- und Forschungsprojekte politisch und organisatorisch weitertreiben, um die Perspektive einer sozialistischen Praxis im Rahmen der Hochschulrevolte zu konkretisieren.

Zugleich werden sie durch diese Aktion studentische Macht realisieren, um die Ordinarien am soziologischen Institut zu Zugeständnissen bezüglich der Demokratisierung des Zusammenhangs von Forschung und Lhere zu zwingen.

> DIE STUDENTEN KÖNNEN DER GEWALT DER HERRSCHENDEN UND IHRER LAKAIEN EIGENE MACHT NUR IN DEM MASSE ENTGEGENSETZEN, IN DEM SIE SOLIDARISCH UND KÄMPFERISCH POLITISCHE INITIATIVEN ERGREIFEN !

Der offensive Akt einer gemeinsamen Besetzung des soziologischen Instituts durch die aktivsten Teile der münchner Linken im Zusammenhang der Weiterentwicklung langfristiger politischer und wissensch ftlicher Projekte (Lehrlihgsrevolte, Schülerbewegung, Kampagne gegen Kriegsforschung) wird die Perspektivlosigkeit des re-aktiven Streiks gegen das Hubergesetz aufheben.

Denn was droht uns durch den Zusammenhang von technokratischer Hochschulreform und Formierung des autoritären Staates?

- Fachidiotentum durch Verschulung und extreme Steigerung von repressivem Leistungsdruck;

- totale Integration der Wissenschaft in den kapitalistischen Herrschaftszusammenhang durch die Liquidation kritischer Elemente in der Wissenschaft;

- Unterdrückung aller kritischen Initiativen durch staatlichen Interventionismus, durch Ordnungsrecht, Relegation, Kriminialisierung usw.

INSGESAMT: DIE ZERSCHLAGUNG DER ANTIKAPITALISTISCHEN BEWEGUNG AN DEN HOCHSCHULEN !

Was aber haben wir dem entgegengesetzt?
Einen "re-aktiven Streik", der zwar einige Studenten mobilisiert und vielleicht auch langfristig politisiert hat, der aber keine wesentlichen Bedingungen geschaffen hat, zur organisatorischen Stabilisierung der aktiven linken Studenten und damit die wesentliche Voraussetzung zum Überleben der Studentenbewegung unter dem Hubergesetz und den reaktionären Formierungstendenzen in der BRD.

Was aber hätte der aktive Streik leisten müssen?

- Aufhebung des instituts- und fachbornierten Partikularismus der Basisgruppen und damit den Ansatz zu einer zentralen Organisation der sozialistischen Studenten

- die Entwicklung einer sozialistischen Pespektive der Hochschulrevolte über$ bloßen und teilweise illusionären Hochschulreformismus hinaus. Nämlich eines gemeinsamen Kampfes von Studenten mit Arbeitern, Lehrlingen und Schülern schon jetzt und nach Beendigung des Studiums.

- die Organisierung von kollektiver Vorbereitung auf Prüfungen, Klausuren u.$. und damit die weitgehende Reduzierung von repressiver individueller Wissensaneignung im Hinblick auf den Studienabschluß.

Im Rahmen der Besetzung des soziologischen Instituts werden bereits existierende interdisziplinäre Projektgruppen konkrete Aktionsmodelle sowie langfristige wissenschaftliche Grundlagen entwickeln für eine gemeinsame sozialistische Praxis mit den Arbeitern der Stadtbaisisgruppen, den rebellischen Lehrlingen in den Lehrlings- und Erziehungsheimen, mit den Schülern, die sich gegen ihre psychische und intelektuelle Verstümmelung im autoritären Sozialisationsprozeß der Schulen aufbäumen.
Außerdem werden Institutspolitische Kampagnen und Modelle von Selbstorganisation ausgearbeitet. Insbesondere muß der Kampf für einen autonomen studentischen Forschungsetat entschlossen aufgenommen werden.

DIE PERSPEKTIVE DER HOCHSCHULREVOLTE IST DER SOZIALISTISCHE KAMPF IN DER GESELLSCHAFT !

Die Basisgruppen rufen alle kritischen Studenten auf zur Solidarität und aktiven Teilnahme an der notwendigen Besetzung des soziologischen Instituts!

LANDESKRIMINALAMT
Baden-Württemberg

Tgb. Nr. II/5/3-339/68

Strafanzeige

Tatort Oberesslingen, Zeppelinstraße

AG.-Bezirk Esslingen

Tatzeit 12./13. April 1968

Strafbare Handlung Verdacht von Vergehen i.S. der §§ 116, 240 StGB i.V. mit § 1 StVO

Geschädigt Fa. Richard Bechtle, Obereßlingen, Zeppelinstraße 116

Täter

Karl F r e i b e r g,

II. Sachverhalt

Bei seiner Vernehmung durch das Kriminalkommissariat Heidelberg am 7. Mai 1968 machte er nur Angaben zur Person und erklärte sich nach erfolgter Belehrung nicht bereit, vor der Polizei zur Sache auszusagen.

F r e i b e r g ist am 26. Oktober 1964 als Student der Universität Münster/Westf. mit 2 anderen Studenten in die SBZ gefahren, um an der Universität Halle/Saale Kontaktgespräche zu führen.

Im Februar 1967 wurde er als SDS-Vertreter in das Heidelberger Studenten-Parlament gewählt.

(Haberstroh)
Kriminaloberkommissar